

PROTOKOLL

über die 47. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

am Donnerstag, 15. Mai 2003, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr

Anwesend:

BÜRGERMEISTER: Ing. David Forstenlechner

VIZEBÜRGERMEISTER/IN: Friederike Mach, Dr. Leopold Pfeil, Gerhard Bremm

STADTRÄTE: Roman Eichhübl, Gunter Mayrhofer, Ing. Dietmar Spanring, Walter Oppl

GEMEINDERÄTE: Kurt Apfelthaler, Rudolf Blasi, Claudia Durchschlag, Helga Feller-Höller, Martin Fiala, Mag. Michaela Frech, Stefan Fröhlich, Monika Freimund, Walter Gabath, Roswitha Großalber, Ing. Wolfgang Hack, Wilhelm Hauser, Ing. Klaus Hoflehner, Stephan Keiler, Mag. Gerhard Klausberger, Maria Koppensteiner, Andreas Kupfer, Helmut Oberreiter, Hans Payrleithner, Edith Radmoser, Rosa Rahstorfer, Elfriede Reznar, Rudolf Schröder, Beatrix Toman, Ingrid Weixlberger, Dr. Wilfried Wetzl

VOM AMT: MD. OSR Dr. Kurt Schmidl, SR Mag. Helmut Lemmerer, OMR Mag. Augustin Zinedner, Dr. Michael Chvatal

ENTSCHULDIGT: GR Günter Fürweger, GR Engelbert Lengauer

PROTOKOLLFÜHRER: OAR Anton Obrist, Gabriele Obermair

T A G E S O R D N U N G

1) ERÖFFNUNG DER SITZUNG, FESTSTELLUNG DER ORDNUNGSGEMÄSSEN EINBERUFUNG, DER BESCHLUSSFÄHIGKEIT UND BEKANNTGABE DER PROTOKOLLPRÜFER

2) BEANTWORTUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN

3) MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS

4) KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATES GEM. § 54 ABS. 3 STS

5) VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

6) AKTUELLE STUNDE

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. Pkt. 4 der Tagesordnung:

1) GHJ2-22/03 Durchführung von erforderlichen Adaptierungen im EG des Reithoffergebäudes.

2) BauH-78/03 Stiegenaufgänge und Stützmauer Ortskai; Reparatur des HW-Schadens

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER ING. FORSTENLECHNER DAVID:

1) Präs-213/03 StR Mayrhofer und GR Koppensteiner; Antrag an den Gemeinderat betr. Wiedereinrichtung eines gemeinderätlichen Ausschusses für Schule und Sport.

2) Präs-390/03 GR Mag. Frech und GR Ing. Hack; Antrag an den Gemeinderat betr. Grundsatzbeschluss für mehr Bürgerbeteiligung in Steyr.

3) BauGru-32/02 Flächenwidmungsplan; Änderung Nr. 104; Franziskaner Gründe.

BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

4) Fin-71/03 „Pro mente,, – Atrium Steyr; Subvention 2003.

5) SH-316/96 Gesundheits- und Sozialservice Steyr (GSS); Subventionsansuchen 2003.

6) Fin-65/01 OÖ. Hilfswerk; Tagespflegezentrum Ennsleite; Subventionsansuchen für den laufenden Betrieb 2003.

7) Fin-137/03 Alten- und Pflegeheim Münchenholz; Aufnahme eines Wohnbauförderungsdarlehens in Höhe von Euro 5,190.000,--.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

8) Umw-5/98 Richtlinie zur Förderung von Umweltschutzmaßnahmen mittels eines Umweltschutzpreises; Abänderung der Richtlinie.

9) Umw-11/03 Beitritt der Stadt Steyr zum Klimabündnis.

10) ÖAG-19/94 Abschluss eines Kaufvertrages mit der Parkdeck GmbH & Co KEG über das Grundstück 688/2, Grundbuch Steyr.

11) ÖAG-5/02 Verkauf der Liegenschaft „Pfungstmann-Garten“ an die Ehegatten Mag. Andreas und Astrid Prehal sowie an die Pfefferlweg Bauträger KEG.

12) ÖAG-9/01 Ankauf des Geschäftslokales Kovacic, Steyr, Stadtplatz 25.

13) GHJ2-18/02 zweite Etappe der Erneuerung der Fenster – Hauptschule Promenade.

14) Umw-3/03 Umweltbericht 2001/2002.

15) Präs-309/03 Antrag der GAL-Gemeinderatsfraktion betreffend „Kein Mülltransit durch Steyr“; Resolution an die OÖ. Landesregierung und an den OÖ. Landtag.

BERICHTERSTATTER STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

16) BauT-17/02 Kanalisation Innere Stadt Teil 3; Antrag um Vergabe und Mittelfreigabe der

A) Kanalbauarbeiten NK Ölberggasse, NK Schulstiege, NK Enge Gasse.

B) Baustellenkoordination laut BauKG

C) Beweissicherung von Gebäuden

D) Geländer und Handläufe Schulstiege und Ölberggasse

E) Baumeister- und Steinmetzarbeiten Sanierung Schulstiege

17) BauStr-2/03 Asphaltierungsprogramm 2003; Vergabe der Arbeiten.

18) BauStr-20/99 Abschluss einer Vereinbarung mit der Landwirtschaftskammer für Oberösterreich über eine Grundabtretung im Bereich Tomitzstraße zur Einrichtung einer Rechtsabbiegespur in die Werndlstraße.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

19) Fin-295/01 Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung; Rechnungsabschluss 2002; Mitgliedsbeitrag der Stadt Steyr.

20) Fin-233/02 Verein „Musik Festival Steyr“; Projektförderung 2003.

21) Präs-120/03 Gleichbehandlungsprogramm für den Magistrat der Stadt Steyr samt städt. Betrieben

und selbständigen Einrichtungen.

22) Präs-308/03 Mitarbeitervorsorgekasse; Erteilung einer Vollmacht an das Land OÖ für das vom Land durchzuführende Vergabeverfahren.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte die heutige GR-Sitzung eröffnen. Ich möchte die ordnungsgemäße Einberufung dieser feststellen. Die Beschlussfähigkeit ist demnach gegeben. Ich möchte bekannt geben, dass die Protokollprüfer die Frau GR Großalber Roswitha und Herr GR Fröhlich Stefan sind. Entschuldigt sind GR Fürweger Günter und GR Lengauer Engelbert. Der GR Hoflehner wird etwas später kommen und etwas früher weggehen. Ebenfalls später kommen wird der GR Willi Hauser.

Ich komme zu Punkt 2), Beantwortung von allfälligen Anfragen.

Herr Gemeinderat Hans Payrleithner richtete mit Schreiben vom 7. Mai 2003 folgende Anfrage an mich:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Gem. § 12 Abs. des Stadtstatutes der Stadt Steyr richte ich folgende schriftliche Anfrage an sie:

Hochwasserhilfe der Stadt Steyr

Viele katastrophengeschädigte Steyrer Bürger haben den Winter abgewartet und sanieren jetzt ihre Häuser und Wohnungen.

Bei der Sondergemeinderatssitzung am 6. 9. 2002 wurde ein Maßnahmenpaket für die Hochwasseropfer beschlossen. Die Sachleistungen der Stadt, vor allem jene des Wirtschaftshofes, sind unumstritten.

Für Finanzierung der Schadensbehebung beschloss der Gemeinderat unter anderem eine Übernahme der Zinsen für einen Kredit in Höhe bis max. 10.000,- Euro auf drei Jahre Laufzeit.

Meine konkrete Frage:

Wie viele Steyrer Bürger haben diesen Kredit in Anspruch genommen?

Mangelnde Informationen bzw. komplizierte, bürokratische Antragsformalitäten verhindern offensichtlich die Inanspruchnahme dieser Hilfe.

Der Gemeinderat sollte daher sofort einen einfacheren Zugang zu dieser Finanzierungshilfe bei Aufnahme eines Kredites beschließen.

Mit der Bitte um Beantwortung bei der nächsten Gemeinderatssitzung.“

Hiezu kann ich Folgendes berichten:

Der Gemeinderat der Stadt Steyr hat in seiner Sitzung am 6. September 2002 als „Hochwasserhilfe“ der Stadt Steyr unter Pkt. III beschlossen - „Die Stadt trägt für ein Darlehen (bis max. Euro 10.000,00) in den ersten drei Jahren die Zinsen in Höhe von 3-Monatsdurchschnitt EURIBOR plus 0,4% Aufschlag (variabel). Die Darlehenshöhe beträgt max. 25% der Summe, welche vom Land als Katastrophenhilfeentschädigung an- und zuerkannt worden ist. Die Zinsenübernahme erfolgt in gleicher Höhe wie das Land OÖ mit den Kreditinstituten vereinbart hat“.

Aus dem Beschlussabschnitt III. geht hervor, dass die Zinsenübernahme erst dann in Anspruch genommen werden kann, wenn seitens des Kredit gewährenden Institutes eine Zuzählung der Zinsen erfolgt. Logischerweise und im üblichen Geschäftsablauf des Bankensektors wird eine Zinsenzuzählung viertel-, halbjährlich oder jährlich vorgenommen. Daraus ist zu schließen, dass diesbezügliche Zinsenübernahmeanträge erst in zeitverzögerter Form an die Stadt Steyr herangetragen werden können.

Bei dem für die Gesamtkoordination der „Hochwasserhilfe“ der Stadt Steyr sind in den letzten

Monaten seit Beschlussfassung durch den Gemeinderat im September vergangenen Jahres unzählige Anfragen zur Zinsenübernahme und dem erforderlichen Prozedere eingegangen. Aufgrund der z. B. per anno erfolgenden Zinsenzuzählung und der daraufhin erforderlichen Ausstellung einer Bestätigung über die erfolgte Zuzählung wird im weiteren Vorgehen jeweils das Kredit gewährende Institut diese Bestätigung direkt dem Magistrat mit einer Kopie des Darlehensvertrages übermitteln und im Anschluss seitens des Magistrates die Anweisung der von der Stadt Steyr zugesagten Zinsenübernahme vornehmen.

Wie viele Steyrer Bürger sohin diese Möglichkeit des Zinsenzuschusses in Anspruch nehmen werden, kann spätestens erst nach Ablauf eines Jahres ab Beschlussfassung - d. h. frühestens im Oktober d. J. - einer seriösen Beantwortung zugeführt werden.

Bei 1.028 Katastrophenhilfeanträgen, die bei der Stadt Steyr eingelangt sind und in weiterer Folge an den öö. Katastrophenfonds übermittelt wurden, kann deshalb keine Aussage getroffen werden, wie viele tatsächlich diese Möglichkeit in Anspruch nehmen werden.

Da der Gemeinderat der Stadt Steyr in seiner Beschlussfassung am 6. September 2002 keine zeitliche Fristsetzung zur Darlehensbeantragung und dem damit verbundenen Antrag auf Zinsenzuschuss festgelegt hat, ist deshalb auch in Zukunft eine Beantragung in der beschlossenen Art und Weise zur Gewährung eines Zinsenzuschusses möglich.

Ist das ausreichend beantwortet?

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Eine Feststellung noch: Dass das sehr kompliziert ist, ist ja dadurch bewiesen worden. Es wäre aber trotzdem im Interesse vor allem jener die große Schäden haben, die erst jetzt sanieren, dass man das vielleicht noch einmal im Amtsblatt bekannt gibt, dass es diese Möglichkeit gibt. Ich habe selbst mit einigen Personen im Wehrgraben gesprochen, die wissen das gar nicht, dass es das gibt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Herzlichen Dank, das werden wir selbstverständlich tun, das ist ein guter Hinweis.

GR Ing. Klaus Hoflehner kommt um 14.17 Uhr

Ich komme zu Punkt 3), Mitteilungen des Bürgermeisters.

Seniorenzentrum Münchenholz

Mit dem Fortschritt auf der Baustelle Seniorenzentrum Münchenholz können wir sehr zufrieden sein. Ein halbes Jahr nach Baubeginn liegen wir genau im Plan und wenn alles so gut weiterläuft, wird das Gebäude wie geplant im Spätherbst des nächsten Jahres fertig.

Auf der Baustelle an der Leharstraße ist der Keller bis zur Decke im Erdgeschoss fertig. Die Wände und Säulen für die Erdgeschosssetage sind bereits aufgestellt. In Kürze wird der Einbau der Einrichtung und die Versorgung mit Pflegehilfsmitteln ausgeschrieben und bis Herbst 2003 soll außerdem ein Leitbild entwickelt werden, dabei wird eine breite Schicht der Bevölkerung miteinbezogen werden.

Die Baukosten betragen 15 Millionen Euro, die Stadt wird finanziell unterstützt durch Mittel aus der Wohnbauförderung mit rund 5,2 Millionen Euro, durch einen Zuschuss der Sozialabteilung des Landes in der Höhe von etwa 3,2 Millionen Euro und durch einen Zuschuss der Gemeindeabteilung des Landes in Höhe von 1,1 Millionen Euro.

Zum Thema Burg-Design im Wirtschaftspark Stadtgut

Für mich als Bürgermeister ist es eine große Freude, dass sich mit der Firma Burg Design wieder ein innovatives, erfolgreiches Unternehmen im Wirtschaftspark Stadtgut ansiedeln wird. Das Unternehmen wird seine bisherigen Standorte Haidershofen, Steyr und Molln im Wirtschaftspark Stadtgut zu einem einzigen Betrieb zusammenlegen. Burg Design spielt mit seinem neuen Partner, der Magna-Tochter Intier, in der stärksten Liga der Automobil-Zulieferer. Die Firma bietet hochqualifizierte und gut dotierte Arbeitsplätze, was sich positiv auf die Kaufkraft und somit auf die gesamte Wirtschaft der Stadt auswirken wird. Die Tatsache, dass ein Vorzeigebetrieb wie Burg

Design seine Kräfte im Wirtschaftspark Stadtgut konzentriert, beweist, dass dieser Standort im Speziellen und Steyr im Allgemeinen ein guter Boden für Betriebsansiedelungen ist, dass die Wirtschafts-Politik stimmt und dass das Konzept unseres Wirtschaftsparks Stadtgut erfolgreich und richtig ist.

Gemeinsam mit dem Land Oberösterreich, dem Bund und der Europäischen Union hat die Stadt Steyr an einem Strang gezogen. So ist der Wirtschaftspark Stadtgut zu einem attraktiven Standort für ansiedlungswillige innovative Unternehmen geworden.

Zusammenarbeit Kultur und Wirtschaft

Die Tischlerei Hackl bedankte sich schriftlich für die gute Zusammenarbeit anlässlich des Tages der Offenen Tür am 5. April d.J.

Unter dem Motto Kultur und Wirtschaft gab es ein optimales Zusammenwirken zwischen der Kulturabteilung und dem Tischlereiunternehmen Hackl.

Herr Franz Hackl gratulierte zu dieser guten Idee der Zusammenarbeit von Kultur und Wirtschaft und würde sich freuen, wenn auch in Zukunft wiederum gemeinsame Kooperationen gefunden werden könnten.

Beirat für e-business

Am Mittwoch, den 14. Mai - also gestern – konstituierte sich der Beirat für den Steyrer FH-Studiengang e-business.

Mit Experten wie IBM-Generaldirektor Ernst Nonhoff, übrigens ein Steyrer, Josef Broukal, Jet-to-web Geschäftsführer Klaus Hanisch oder voestalpine-CIO Stefan Huber ist dieser hochkarätig besetzt. Das Know-how und die jahrelange praktische Erfahrung der Beiratsmitglieder werden im Studiengang e-business für höchste Aktualität und Praxisbezug sorgen. Die wirtschaftliche Nutzung der Potentiale des Internets für Unternehmen aller Branchen ist der zentrale Inhalt dieses in Österreich einzigartigen Studiums. Ab Herbst 2003 kann man eBIZ auch berufsbegleitend studieren, was ebenfalls schon eine lange Forderung der Fachhochschule in Steyr war.

Der Studiengang eBIZ vermittelt als erstes FH-Studium die Schlüsselqualifikation für die neue Generation von Führungskräften, präzisierte Studiengangsleiter Dr. Heimo Losbichler. eBIZ bietet eine generalistische Ausbildung, in der die Bereiche Wirtschaft und Technik ausgewogen vernetzt sind. Diese Ausrichtung trägt auch die Zusammensetzung des neu etablierten Beirates Rechnung.

Für die Stadt Steyr bedeutet die Aufwertung des FH Standortes durch den erfolgreichen Studiengang eBIZ einen Erfolg im österreichweiten Standortwettbewerb. Traditionell stark als Standort mit Ingenieurs- und Produktionsausrichtung hat Steyr jetzt auch ein gewichtiges Standbein im Zukunftsfeld „Digitale Ökonomie“.

Sport- und Kulturhalle

Die Arbeiten in der neuen Sport- und Kulturhalle am Tabor gehen zügig voran, liegen genau im Zeitplan und was noch wichtiger ist, auch im geplanten Kostenrahmen. Von den freigegebenen Euro 7,425.000,- an den Generalunternehmer STRABAG/-DYWIDAG wurden bis dato 88,85% ausbezahlt, was einer Gesamtsumme von ca. Euro 6,6 Mio. entspricht. Alle Estricharbeiten wurden bereits erledigt, die Sanitäranlagen im 1. Stock, Brausen in den Garderoben bereits alle verfließt und im Hallenbereich selbst wurde der flächen- und mischelastische Unterbau bereits verlegt. Nächste Woche wird der Sportboden aufgetragen. Vorher war es natürlich unbedingt notwendig, dass alle Arbeiten im Dachbereich fertig gestellt sind und lediglich die Montage der Trennvorhänge, Netze und Turngeräte noch zu erfolgen hat. Im Bereich der Außenanlagen wurde der Urzustand der Mozartstraße wieder hergestellt bzw. neu asphaltiert.

Der Baubeginn war am 3. Juni 2002 und die Fertigstellung wird wie geplant mit 31. Juli 2003 seitens des Generalunternehmers erfolgen.

Die Eröffnung wird wie geplant am 30. August 2003, beginnend um 10 Uhr mit dem offiziellen Teil, stattfinden.

Der Betrieb in der neuen Sport- und Kulturhalle wird mit Schulbeginn, das ist der 8. September 2003 voll anlaufen.

Fun Night mit Live Musik in 15 Steyrer Lokalen

Live-Musik von Rock über Jazz und Volksmusik bis zur Klassik wird bei der fünften Steyrer Fun-Night am 24. Mai 2003 geboten. 15 Steyrer Gastronomen machen bei dieser Veranstaltung mit. Der Steyrer Bummerzug pendelt zwischen den Gastro-Betrieben und befördert die Gäste bis in den frühen Morgenstunden gratis zum Lokal ihrer Wahl. Dadurch kann man ohne eigenes Fahrzeug mehrere Lokale besuchen und beliebig aus den unterschiedlichen Musikrichtungen wählen. Zum „Aufwärmen“ spielt ab 19 Uhr die Band mit dem kurzen und prägnanten Namen „X“ auf dem Stadtplatz.

Für einen Gutschein um 8 Euro bekommen die Gäste drei Getränke. Diesen Gutschein gibt es in allen teilnehmenden Lokalen und beim Tourismusverband.

Die Fun-Night ist Bestandteil der Stadtmarketing-Aktivitäten der Stadt. Das Konzept für diese Veranstaltung sieht vor, dass die Stadt Steyr die Bewerbung des Events und den Transport der Gäste finanziert und die teilnehmenden Gastronomen kümmern sich um die Live-Musik. Die Fun-Night wird heuer auch durch eine Plakat-Kampagne beworben, bei der wieder der Slogan „Steyr - ein starkes Stück Stadt“ kommuniziert wird. Die Plakate sind an 80 Stellen in Steyr und an gut frequentierten Verkehrspunkten in der Umgebung platziert.

Anlaufstelle für junge Leute im Magistrat

Seit kurzem können sich Steyrer Jugendliche mit Fragen, Problemen und Wünschen an eine Jugend-Koordinatorin wenden. Ihr Name ist Regina Wolfsberger, ihr Büro ist im Amtshaus in der Redtenbachergasse 3, Zimmer-Nr. 10, 2. Stock und ihre Aufgabe ist es, für die Jugendlichen Kontakte zu den jeweiligen Beratungs- und Informationsstellen zu schaffen.

Das Jugend-Koordinationsbüro ist nicht direkt eine Beratungsstelle, sondern in erster Linie eine Anlaufstelle, in der man für die Jugendlichen die richtigen Kontakte herstellt, egal, ob es sich um Förderung von Jugendprojekten handelt oder um Angelegenheiten, bei denen Jugendliche den Kontakt mit öffentlichen Institutionen benötigen.

Regina Wolfsberger ist eine erfahrene Jugend-Funktionärin. Die Mutter von zwei Buben (10 und 13 Jahre alt) ist seit ihrer Jugend ehrenamtlich in der Jugendarbeit tätig.

Mit diesem Jugend-Koordinationsbüro ist der nächste Schritt bei der Umsetzung der Jugendstudie gesetzt worden.

Museumssteg und Schwimmschule eröffnet

Gleich zwei Eröffnungsfeiern stehen am 17. Mai in Steyr auf dem Programm. Um 10 Uhr wird auf dem Vorplatz des Museums Arbeitswelt der Museumssteg wieder offiziell eröffnet. Der Neubau des vom August-Hochwasser zerstörten Bauwerks hat 936.000 Euro gekostet. Bei Schlechtwetter findet die Feier in der Aula der Fachhochschule statt.

Ab 14 Uhr wird in der Schwimmschule der Beginn der Badesaison 2003 mit einem kleinen Fest gefeiert. Dabei wird der neue Kabinentrakt an die Benutzer übergeben (Investitionskosten: 350.000 Euro). Auch die Schwimmschule, das älteste Arbeiterbad Europas, ist im Vorjahr vom Hochwasser schwer getroffen worden.

Schreiben Landesrat Dr. Walter Aichinger; Hochwasserereignis im August 2002:

Herr LR. Dr. Aichinger teilte mir mit Schreiben vom 6. Mai 2003 mit, dass die oö. Feuerwehren bei den Hochwasserereignissen im August 2002 Großartiges geleistet haben. Durch das Wirken der Einsatzorganisationen konnte noch Schlimmeres vermieden werden.

Bei den Einsätzen ging Ausrüstung unwiederbringlich verloren. Das Land OÖ. Hilft bei der Ersatzbeschaffung. Er informierte mich darüber, dass der Stadt Steyr Euro 119.093,03 für die Feuerwehr demnächst angewiesen werden.

Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage

Die Gesamtsumme der vorgemerkten Arbeitslosen betrug im April 2003 2.353. Diese verringerte sich gegenüber dem Vormonat um 9,7 % (d.s. 252 Personen) und gegenüber dem Vorjahr verringerte sie sich um 3,2 % (d.s. 77 Personen).

Im April 2003 sind 308 offene Stellen gemeldet, das sind im Vergleich zum Vormonat um 15 Stellen weniger sowie auch gegenüber dem Vorjahr um 28 Stellen weniger.

Das war Punkt 3). Ich komme nun zu Punkt 4) und bitte um die Kenntnisnahme der Beschlüsse des Stadtsenates.

Jetzt komme ich zu Punkt 5), zu den Verhandlungsgegenständen. Mir liegt ein Dringlichkeitsantrag vor. Und zwar: Dringlicher Antrag der Fraktion „Die Grünen Steyr“, gemäß § 7 der Geschäftsordnung des Gemeinderates.

Der Gemeinderat möge beschließen:
Resolution

Dem Bundeskanzler Hr. Dr. Wolfgang Schüssel (Hr. Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer
abschriftlich zur Kenntnis mit dem Ersuchen um Unterstützung)

Hier geht es um die geplante Pensionsreform. Es ist sehr ausführlich beschrieben. Soll ich das Ganze verlesen? Ist es gewünscht?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Wissen wollen wir schon um was es geht!

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Es gibt einen Kopierer!

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Okay, dann lese ich ihn vor. Wollt ihr es hören?

Zwischenrufe: Nein!

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gut, dann lassen wir ihn kopieren.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Ich kann nicht abstimmen, wenn ich überhaupt nicht weiß um was es geht.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Wir stimmen ja nur über die Dringlichkeit ab.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Zum Text vielleicht:

Die geplante Pensionsreform der Bundesregierung wird den Gemeinden hohe Kosten verursachen! Die Pensionsreform stößt aus vielerlei Gründen auf breite Ablehnung. Für uns als verantwortungsvolle Kommune ist es von besonderem Interesse, mit welchen Mehrbelastungen wir in Zukunft durch die Pensionsreform zu rechnen haben, da die Bundesregierung mit der Pensionsreform weitere hohe Kosten auf die Stadt Steyr und das Land OÖ abwälzt. Daher muss sofort der Konsultationsmechanismus in Gang gesetzt werden.

In Oberösterreichs Alten- und Pflegeheimen leben ca. 11.400 Personen. Zur Bezahlung des Heimentgeltes sind vorrangig das Einkommen und Vermögen des/der Heimbewohnerin heranzuziehen, 20 % der Pension und die Sonderzahlungen (13. u. 14. Bezug) sowie ein Vermögen bis 7.267,28 EUR werden nicht berücksichtigt, verbleiben also dem/der Heimbewohnerin. Vom Pflegegeld müssen 10 % der Stufe 3 dem/der Bewohnerin als Taschengeld verbleiben. Reichen das anrechenbare Einkommen und Vermögen zur Bezahlung nicht aus, wird Sozialhilfe gewährt. Wenn nun die Pensionen gekürzt werden, können die Heimbewohnerinnen entsprechend weniger zu den tatsächlichen Kosten ihrer Betreuung beitragen. Einspringen müssen Land und Gemeinden und die Stadt Steyr.

Wenn etwa durch die drastischen Pensionskürzungen rund 20 % der zu erwartenden Pensionshöhe wegfallen, müssten Land und Gemeinde sogar einer/m ASVG-HöchstpensionsbezieherIn (nach derzeitigem Recht etwa 1.670 EUR monatlich!) bereits mehr als 4.000 EUR jährlich zuschießen. Durch die Pensionskürzungen werden auf der anderen Seite viele zusätzliche PensionsbezieherInnen unter den Ausgleichzulagenrichtsatz fallen. Bei diesen Personen füllt der Bund zwar die Pension bis zum Ausgleichzulagenrichtsatz auf, den Rest müssen aber doch Länder und Gemeinden bezahlen. Und dazu noch jene Vergünstigungen, die dieser Personengruppe in OÖ zustehen (etwa Heizkostenzuschüsse und andere Vergünstigungen ...).

In Summe ergibt das eine Neubelastung des Landes OÖ und der Gemeinden, die unserer Schätzung nach mehrere Millionen EUR jährlich ausmachen.

Die Mitglieder des Gemeinderates der Stadt Steyr in Verantwortung für alle Bürger und BürgerInnen der Stadt Steyr stellen daher den Antrag an sie, Herr Bundeskanzler, den im Juni geplanten Beschluss der Pensionsreform zu stoppen und sämtliche Konsultationsmechanismen in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern in Gang zu setzen, im Interesse der Sicherung der Landes- und Gemeindefinanzen.

Das ist die Resolution. Ich bitte sie, dass wir jetzt über die Dringlichkeit abstimmen. Gibt es eine Wortmeldung? Pro Fraktion eine Wortmeldung: Keine Wortmeldung. Wer für die Dringlichkeit dieser Resolution ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Einstimmig beschlossen. Wir werden diesen Antrag am Ende der Tagesordnungspunkte behandeln.

Ich übergebe den Vorsitz an meine Kollegin Vizebürgermeisterin Friederike Mach.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche den Bürgermeister um seine Berichte.

BE: BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich komme noch auf eine Änderung zu sprechen. Und zwar bei meinem Punkt 3) gibt es einen Austauschbericht. Ich möchte darauf hinweisen, dass jeder einen Austauschbericht bereits hat.

Damit komme ich zu meinem ersten Antrag und dabei geht es um einen Antrag gemäß § 12 Abs. 1 des Stadtstatutes für die Stadt Steyr i.V.m. § 6 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Steyr. Es ist ein Antrag von der Frau Koppensteiner und vom Herrn StR Mayrhofer.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Der Ausschuss für Schule und Sport wurde 1997 bei der konstituierenden Sitzung des Gemeinderates von Steyr nicht mehr beschlossen. In letzter Zeit wird immer wieder Kritik laut, dass im Bereich Schulen sowie im Sportbereich der Magistrat Steyr seinen Verpflichtungen nicht nachkommt.

Als Gemeinderätin stelle ich daher, namens der ÖVP-Fraktion folgenden

ANTRAG

1) Präs-213/03 StR Mayrhofer und GR Koppensteiner; Antrag an den Gemeinderat betr. Wiedereinrichtung eines gemeinderätlichen Ausschusses für Schule und Sport.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Wiedereinrichtung eines gemeinderätlichen Ausschusses für Schule und Sport

Begründung für die Schule:

- Resthofschule
- Kostenexplosion an der Ganztagschule Ennsleite
- Computerausstattung an Pflichtschulen (Beilage Schreiben Präsident Enzenhofer)
- Dringender Handlungsbedarf bei Substanzerhaltung der Schulgebäude

Begründung für Sport:

- Steyr läuft Gefahr den Ruf als „Sportstadt“ zu verlieren (Zeitungsmeldung)
- kleinere Sportvereine fühlen sich in ihren Anliegen nicht mehr vertreten.

Ich bitte um Diskussion zu diesem Antrag.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Zu Wort gemeldet ist Frau Gemeinderätin Koppensteiner. Ich erteile es ihr.

GEMEINDERÄTIN MARIA KOPPENSTEINER:

Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Presse. Ich weiß schon, dass es meine GR-Fraktion war, die in der vorigen Legislaturperiode die Auflösung, Einstellung, ich weiß nicht wie man es genau sagt, mit einer treibenden Kraft war, dass dieser Ausschuss 1997 nicht mehr installiert wurde. Dass die Ursachen damals alle waren, und es waren mehrere, laut Informationen die ich bekommen habe, ist auch heute nicht von Belang. Warum ein neuerlicher Anlauf diesen Ausschuss wieder zu installieren? Ich war viele Jahre Personalvertreter der Pflichtschullehrer und habe in diesem Zusammenhang mit dem Herrn Vzbgm. Bremm sehr viele Gespräche zur Ausstattung der Schulen, zur Substanz unserer Schulgebäuden damals geführt. Wir sind, glaube ich, aus meiner Sicht sagen zu können, wirklich einen Schritt weiter gekommen in der Hinsicht, dass ein Bewusstsein entstanden oder ausgebaut wurde, dass wirklich Handlungsbedarf an den Pflichtschulen ist. Nichtsdestotrotz glaube ich, je breiter die Diskussion geführt wird, desto wichtiger ist es. Ich habe hier nur wirklich punktuell vier Punkte herausgegriffen, was das Schulthema anbelangt. Ich glaube kaum, dass alle am letzten Stand der Informationen sind, welche die Resthofschule betreffen. Die VS Resthof als Zentrum für Bildung von Veranstaltungen, war lange Zeit im Gespräch. Es gab einen Plan. Der Plan wurde verworfen. Man hat neuere Statistiken genommen, man hat umgeplant. Der derzeitige Stand ist eine 8-klassige Volksschule, die ganz sicher dringend notwendig ist, auch wenn so mancher meint zu argumentieren die Schülerzahlen gehen zurück. Wenn man sich die Situation in Gleink und am Tabor in der Volksschule anschaut, dann weiß man, dass die VS Resthof dringend notwendig ist und eben eine breite Diskussion braucht. Der zweite Punkt den ich hier anführen möchte ist die Kostenexplosion in der Ganztagschule. Das war eigentlich für mich dann der Ausschlag, warum ich meine, dass es ganz, ganz wichtig wäre in einem Ausschuss Dinge im Vorfeld zu diskutieren, die dann nicht notwendigerweise, wie an diesem Abend Herr Bürgermeister, sehr unangenehm, meines Erachtens, waren. Man hat mit verschiedenen Zahlen hantiert, man hat mit verschiedenen Behauptungen hantiert, die alle nicht notwendig gewesen wären, wäre dieses Thema, Thema Ganztagschule, und sie wissen ganz genau wie positiv ich dazu stehe, im Vorfeld abgeklärt. Der dritte Punkt, die Ausstattung der Schulen, bedarf glaube ich absolut keines Kommentars, wenn ich mir anschau in welchem Verhältnis Schülerzahlen mit Computern sind. Der vierte Punkt, dass es auch sehr notwendig ist über den Zustand unserer Schulen zu reden und zu handeln, sie haben heute in den Unterlagen drinnen die 2. Etappe bei der Promenadeschule, die Fenster. Ich glaube, wir haben noch nicht das Ende der Fahnenstange erreicht, was die Ausstattung, aber ich glaube auch die Substanz der Verbesserung, hier habe ich geschrieben Erhaltung, aber ich glaube auch, dass die Verbesserung sehr, sehr notwendig ist, denn die Stadt Steyr ist Schulstadt. Nur das zu betonen glaube ich ist um eine Spur zu wenig und eben die Diskussion in einem Ausschuss wäre da sicher förderlich. Genau das Gleiche glaube ich auf dem Gebiet des Sports. Ich bin absolut nicht der Meinung, dass ein Ausschuss einen Spitzensportler hervorbringt. Ich weiß genau wie schwierig es in dem Bereich ist. Ich bin an der Sporthauptschule gewesen und weiß daher wirklich wovon ich spreche. Trotz allem glaube ich, dass man Rahmenbedingungen nicht nur schaffen, sondern verbessern, erweitern und auch, glaube ich, mit viel mehr neuen Ideen, anderen Ideen auch auf einer Ebene diskutieren muss, wie in einem gemeinderätlichen Ausschuss.

GR Wilhelm Hauser kommt um 14.40 Uhr.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nächster zu Wort gemeldet ist Herr StR Eichhübl. Ich erteile es ihm.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, sehr geehrte Herrn Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates, wertere Vertreter der öffentlichen Medien, sehr geschätzte Gäste. Wenn ich hier so hinausschaue, muss ich feststellen, nicht nur die Bäume schlagen aus, sondern der Vorwahlkampf treibt offensichtlich auch bereits seine Blüten. Denn, meine Damen und Herren, wie sonst ist denn das zu verstehen, wenn am Ende einer Funktionsperiode des Gemeinderates, der ja bekanntlich über

6 Jahre gewählt ist, plötzlich Gemeindemandatare draufkommen, dass am Beginn dieser Funktionsperiode, dieser Legislaturperiode ein Ausschuss nicht mehr installiert wurde und plötzlich das große Chaos ausgebrochen ist. Darum habe ich den Kollegen Mayrhofer gefragt, ob das seine Unterschrift ist, so kann ich mir zumindest vorstellen, wird er mit Freude diesen Antrag unterschrieben haben, denn er ist ja auch ein armer schwarzer Kater, ...

Gelächter

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

... denn er ist ja auch in seinem Ressort nicht mit jenen finanziellen Mitteln ausgestattet worden die manchmal, und das sei ihm bestätigt, wünschenswert wären. Vor allen Dingen hat man ihm ja sein Lieblingsprojekt, den Städtepartnerschaftspavillon, in unserem altehrwürdigen Schlosspark wieder weggenommen.

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren der österreichischen Volkspartei, sie werden doch wirklich nicht ernsthaft annehmen, dass es jetzt möglich ist, all die aufgelisteten Probleme, die teilweise durchaus auch den Tatsachen entsprechen, durch die Installierung eines Ausschusses wieder gut zu machen. Das wird doch wirklich niemand von ihnen ernstlich annehmen. Sie selbst, Frau Kollegin Koppensteiner, haben in ihrer Wortmeldung darauf hingewiesen, dass es durchaus notwendig ist, Maßnahmen in Schulen zu setzen, sei es in baulicher Hinsicht oder sei es auch bei der Ausstattung und das ist wohl eine Frage des Budgets. Da hätten sie über sechs Jahre Zeit gehabt, wo sie immer wieder mitgestimmt haben bei den Budgets, hier entsprechende Beträge hineinzureklamieren. Ich weiß schon, dass für dieses Budgetjahr, das für sie besonders schwierig war, denn soweit mir berichtet wurde, hat ja der Vertreter oder die Vertreter der österreichischen Volkspartei dieses Gemeinderates den Verhandlungssaal, das Sitzungszimmer des Herrn Bürgermeister fluchtartig verlassen, weil offensichtlich irgendein Projekt, das man sich vorgestellt hat, nicht sofort die Zustimmung bekommen hat. Und auch, und das bestätigen sie auch Frau Kollegin Koppensteiner, wird es einem Ausschuss nicht gelingen, jetzt Spitzensportler hervorzubringen.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Das hat sie eh gesagt!

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ja, ich wiederhole halt. Es sei mir erlaubt Herr Kollege Hack, dass ich das wiederholen darf. Ich bin ja nicht derjenige der nur Kritik übt, sondern auch feststellt, dass sie durchaus die richtige Feststellung getroffen haben. Es fragt allerdings dann, für was sie den Antrag gestellt haben. Aber bitte, das sei vorweg genommen. Und wenn ich mir so in der Beilage anschau, dass Politiker, so steht es zumindest in der Überschrift, an der Sportmisere schuldig sind, dann kann ich nur dem Verfasser dieses Artikels attestieren, dass er durchaus Recht hat, denn am allerwenigsten kann, glaube ich, ein Referent dafür, wenn es im Sport nicht so läuft wie man sich das eben so vorstellt, aus welchen Gründen das auch immer ist. Er hat natürlich die Aufgabe, und das macht er ja, die Rahmenbedingungen entsprechend darzustellen. Also, nochmals, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, und da spreche ich wiederum die Vertreter der ÖVP an, nehmen sie es mir nicht übel, wenn ich ihnen jetzt das nicht so ganz abnehme, dass sie ernsthaft hinter dieser Angelegenheit stehen. Ich danke ihnen für die Aufmerksamkeit.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Vzbgm. Bremm. Bitte sehr.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, werte Presse. Jetzt ist mir gerade so eingefallen, ich habe mir gedacht, in Steyr gehen wirklich die Uhren etwas anders. Wenn mich der Roman Eichhübl am Ende einer Periode lobt, dass eigentlich eh alles ganz gut funktioniert, ...

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Nein ich meine das auch ernst. Herzlichen Dank. Aber ich selbst bin ja da betroffen gewesen, nicht an Lebensjahren, aber jung in der Funktion, ich glaube 1995 muss das gewesen sein, nach meinen ersten Ausschusssitzungen, wo ich Ausschussvorsitzender war für Schule und Sport, ist es wie ein Keulenschlag auf mich hereingedrungen, dass auf einmal ein Antrag gestellt wird und man nimmt mir

meinen Ausschuss weg. Also, die Begeisterung hat sich bei mir damals wirklich allen Ernstes in Grenzen gehalten, weil ich es nicht verstanden habe. Es ist aber mit der damaligen Mehrheit von F, ÖVP und Grünen im Gemeinderat beschlossen worden, dass der Ausschuss aufgelöst wird. Mittlerweile ist aber das Geschehen in diesen Bereichen weiter gegangen. Es ist kein Stillstand, nicht in den Schulen und nicht im Sport, eingetreten. Ich glaube, dass es gerade in dieser Zeit gelungen ist, doch immer wieder einen Konsens im Schulbereich mit der Personalvertretung der Lehrer, mit dem Bezirksschulinspektor, mit den Direktoren, hier einen Konsens herzustellen, wie das zur Verfügung stehende Budget auch sinnvoll und nach Prioritäten gereiht, wir haben gerade in dieser Zeit die Schritte in diese Richtung gemacht, dass nach Prioritäten das Budget eingesetzt wird. Natürlich Frau Koppensteiner, ich bin bei ihnen, aber ich glaube so geht es jedem Referenten. Der Kollege Eichhübl hat es gesagt, jeder Referent würde mehr Geld brauche. Es würde mehr Straßen zum Herrichten geben, beim Stadtbad haben wir viele Jahre herumdiskutiert, dort sind wir noch nicht am Ende. Also, es gibt eine Menge. Es gibt überall Bedürfnisse. Das Geld wird aber überall zu wenig und das ist auch in meinem Bereich, im Schulbereich, so gewesen. Dort ist auch nicht unbedingt das Geld so zur Verfügung gewesen, wie ich es mir als Referent gewünscht hätte. Ich glaube aber, dass mir gerade heuer ein Durchbruch gelungen ist, ich habe immer darum gerungen, dass wir das Budget für die Instandhaltung der Schulen, für die Sanierung der Schulen, gewaltig erhöht haben. Wir werden heuer über 8 Millionen Schilling, wenn ich es noch in Schilling zum Ausdruck bringen darf, zur Verfügung haben. Sie sind ja immer dabei gewesen als Personalvertreterin, dass wir gesagt haben, jetzt wollen wir mit der Sanierung auch wieder nach Prioritäten im größeren Ausmaß vorgehen. Ich glaube nicht, dass da die große Lücke eingetreten ist, weil wir den gemeinderätlichen Ausschuss aufgelöst haben. Dass natürlich vielleicht für so manche Gemeinderäte ein Informationsrückstand dadurch eingetreten ist, das mag schon sein, aber das hättet ihr euch ja vorher überlegen können. Ich meine das ist halt einmal so. Wenn man etwas aufhört. Apfelthaler Kurt, du warst ja auch dabei. Du warst einer, der mir wirklich sehr nahe getreten ist. Aber im Bereich Sport ist es ja auch erwähnt worden, wir haben in Steyr, muss ich ehrlich sagen, Gott sei Dank ein sehr gutes Klima zwischen allen Dachverbänden. Wir haben einen ausgezeichnet funktionierenden Sportausschuss. Natürlich ersetzt der nicht einen gemeinderätlichen Ausschuss, das ist schon klar, das ist vom Recht her eine andere Geschichte, aber das ist trotzdem auch eine legitime Einrichtung, die abgeleitet ist von der Bundessportorganisation über Landessportorganisation und Stadtsportausschuss. Also, eine öffentliche Einrichtung die vom Gesetzgeber auch vorgesehen ist. Zwischen den drei Dachverbänden, UNION, ASVÖ und ASKÖ, ist eine hervorragende Zusammenarbeit. Es sind alle Projekte die im Sportbereich in diesen Jahren errichtet worden sind und realisiert worden sind, in einem breiten Konsens und in einer breiten Abstimmung geschehen. Wenn man sich nur die Debatte über die Sporthalle, die ja nicht einfach auf die Schienen zu bringen war, oder die Sportförderungsrichtlinien oder andere große Projekte, Sportplatzerrichtung udgl. anschaut, das ist alles in diesen Ausschüssen vorbereitet worden. Ich sage das deswegen, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, damit nicht der Eindruck entsteht hier hat der Referent alleine und ohne irgendwelche äußerlichen Einflüsse schalten und walten können wie er wollen hat. Das ist sowieso nicht möglich. Gerade die großen Projekte sind ja im Stadtsenat und im Gemeinderat auch zu beschließen gewesen. Also, die Verantwortung, dass wir den Ausschuss aufgelöst haben, tragen ja zu einem Großteil die Fraktionen die im Gemeinderat der Stadt Steyr sind. Ich möchte aber auch dazu sagen, man könnte schon den Eindruck gewinnen, wie es der Eichhübl Roman gesagt hat, dass es ein bisschen ein Wahlvorgeschmack ist. Ich unterstelle das einmal nicht von Haus aus. Man könnte den Eindruck gewinnen, wenn man jetzt gut drei Monate vor der Gemeinderatswahl mit einem Ausschuss kommt, der nicht einmal tagen würde, weil die Vorbereitung ja notwendig ist, dann könnte man zu dem kommen. Ich will das gar nicht in dieser Form da unterstellen, sondern ich vertrete diese Meinung, dass wir sicherlich nach der Wahl, und das ist ein relativ kurzer Zeitraum, über die Installierung der Ausschüsse reden und diskutieren sollten. Ich bin da überhaupt nicht abgeneigt davon, dass wir wieder einen Ausschuss für Schule und Sport installieren. Ich habe damit persönlich überhaupt kein Problem, es gibt keine Geheimnisse, wenn da eine breitere Diskussion über dies und jenes stattfindet. Ich habe kein Problem ob sie dann im Sportausschuss zu mir kommen. Als Lehrervertreterin gehen sie mir dann ab, weil sie ja in Pension gegangen sind. Vielleicht könnte es das sein, weil sie sind ja jetzt nicht mehr dabei als Personalvertreterin. Also, wir werden als sozialdemokratische Fraktion dem Antrag heute nicht zustimmen, aber ich möchte schon signalisieren, dass wir in der nächsten Periode sehr wohl darüber reden können, ob wir so einen Ausschuss wieder installieren sollen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Mag. Frech. Bitte sehr.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ja, es ist schon ganz interessant, mit wie viel Polemik man einen eigentlich sehr sachlichen Antrag der vorliegt behandeln kann. Es hat uns eingangs der Kollege Eichhübl gezeigt, dass er sagt, da könnte irgendwo ein Wahlmotiv dahinter sein. Na ja, bei einem Dringlichkeitsantrag zum Thema Pensionsreform ist es natürlich überhaupt nicht der Fall, das hat mit der Wahl überhaupt nichts zu tun. Aber es könnte ja sein, Herr Kollege Eichhübl ...

Unverständlicher Zwischenruf von StR Roman Eichhübl

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Aber vielleicht ist ja auch der Fall, ich möchte das nur ganz kurz an sie zurück geben, weil inhaltlich haben sie zu diesem Antrag überhaupt nichts vorgebracht. Wenn ich genauso polemisch wäre wie sie, Herr Kollege Eichhübl, und Leute dann als schwarze Kater oder so zu bezeichnen, dann würde ich sagen, sie haben einfach Angst wenn sie, wie bereits in den Zeitungen zu lesen war, möglicherweise die FPÖ auf 4 Mandate runterfällt, dann müssen sie in mehr Ausschüsse gehen, dann ist das mehr Aufwand und dann kann man die Ausschüsse nicht mehr besetzen.

Gelächter

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Scherz beiseite. Ich muss sagen, ich habe mich eigentlich sehr gefreut, wie dieser Antrag vorgelegen ist und bei der Tagesordnung zum Gemeinderat durchzulesen war, und zwar aus einem Grund, er bestätigt im Prinzip die Erfahrungen die ich in den letzten fünf Jahren auch gemacht habe, wo ich mir sehr oft gedacht habe, eigentlich verstehe ich nicht, warum alle Fraktionen in diesem Gemeinderat, ich weiß nicht ob die SPÖ damals auch mitgestimmt hat, aber jedenfalls der Großteil der Fraktionen die Abschaffung dieses Ausschusses wollte.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Wir haben dagegen gestimmt.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ja, das ehrt sie. Und zwar deshalb habe ich es nicht verstanden, weil einen Sinn hat dieser Ausschuss auf jeden Fall und das ist das Herr Kollege Bremm, was derzeit zu kurz kommt. Wenn es einen Ausschuss gibt, dann gibt es ein Akteneinsichtsrecht und bei jeder Sitzung eines Ausschusses gibt es eine Tagesordnung und zu jedem Punkt habe ich als Mandatar ein Akteneinsichtsrecht. Diese Information ist derzeit so nicht vorhanden. Sie haben gesagt, es wird im StS beschlossen. Nur in die StS-Unterlagen hat eine Fraktion die nicht im StS vertreten ist keinerlei Einsichtsrecht. D. h., selbst wenn ich als Mandatar mich informieren möchte, was passiert beim Themenbereich Schule und Sport, dann kann ich nicht auf Aktenmaterial zurückgreifen wie ich es sonst kann, bei jedem anderen gemeinderätlichen Ausschuss. D. h., in diesem Fall hat man wirklich den Fehler gemacht, als Opposition, und den Vorwurf kann ich ihnen nicht ganz ersparen die da mitgestimmt haben, die diesen Ausschuss abgeschafft haben, sie haben sich selbst um ihr Informationsrecht gebracht, um ihr Akteneinsichtsrecht usw. Das war sicherlich schlecht. Aus diesem Grund, denke ich mir, wäre es sehr sinnvoll, diesen Ausschuss wieder einzuführen, weil damit das Akteneinsichtsrecht gegeben ist, das ist für mich ein wesentlicher Punkt, und zum anderen auch die Möglichkeit tatsächlich sportliche und schulische Themen auch zu diskutieren auf einer breiten Ebene. Das passiert derzeit nicht. Das was wir Politiker derzeit im Bereich Sport machen ist Pokale zu verteilen, aber das ist eigentlich nicht wirklich die große Gestaltung. Ansonsten ist im Sportbereich eigentlich nicht die große Diskussion. Im schulischen Bereich geht es mir als Mandatarin z. B. so, dass ich eigentlich immer dann über Dritte, über Lehrerkollegen an Pflichtschulen beispielsweise erfahre wo die Probleme liegen. Aber auf der offiziellen Ebene sind sie ja nicht vorhanden. Es gibt kein Gremium wo darüber diskutiert wird. Aus diesem Grund wäre ich sehr wohl dafür diesen Ausschuss wieder zu installieren, auch wenn das sicherlich was ist, was für kleinere Fraktionen noch schwieriger ist, weil dann gibt es noch mehr Ausschüsse in die man gehen muss. Größere Fraktionen tun sich da leichter. Aber alleine im Sinne des Informationsgehaltes. Zum anderen, um auch ein bisschen auf das einzugehen was in diesem Antrag angeführt wird, glaube ich, dass es auch wichtig wäre, gerade im schulischen Bereich über manche Dinge zu diskutieren. Ich muss sagen, ich war schon sehr erschüttert über dieses Schreiben vom Herrn Enzenhofer, Präsident des Landesschulrates, dass eben die EDV-Ausstattung an den Steyrer Schulen sehr schlecht ist und dass es ein Verhältnis gibt von ungefähr 1:50.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Das stimmt nicht, das ist falsch. Er hat eh das Schreiben bekommen, dass es falsch ist.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Gut, dann ist vielleicht das Verhältnis nicht 1:50 ...

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Stimmt's Frau Koppensteiner?

GEMEINDERÄTIN MARIA KOPPENSTEINER:
Aber ich habe nichts bekommen.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Aber sie wissen, dass es nicht stimmt.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Ich glaube, es ist ziemlich egal ob das Verhältnis 1:50 oder 1:40 oder 1:16 ist. 1:16 heißt noch immer ...

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Also, da brauchen wir nicht darüber diskutieren. Dass ein jeder einen PC hat, das wollen wir doch nicht.

GEMEINDERÄTIN MARIA KOPPENSTEINER:
Das gibt es aber nicht, dass sich das in 3 Monaten von 1:50 auf 1:60 geändert hat. Das glaube ich nicht.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Das war eh nicht vor drei Monaten.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Herr Kollege Bremm, sie haben sicher die Gelegenheit dann, uns das aktuelle Zahlenmaterial zu sagen, das wäre sehr interessant. Ich würde sie bitten, es auch mitzuteilen, wie jetzt tatsächlich die Situation an den Pflichtschulen aussieht im Bereich der EDV-Ausstattung. Aber eines muss uns auch klar sein, dass gerade der Bereich der EDV, der Informations und Kommunikationstechnologie was ist, was Zukunftschancen für unsere Kinder und Jugendlichen mit sich bringt und gerade das ein Punkt wäre, wo man nicht sparen sollte. Aber leider müssen wir die Diskussion hier im Gemeinderat führen, weil es ja kein Gremium gibt wo man tatsächlich über schulische Angelegenheiten diskutieren könnte. Gerade der Schulbereich wäre mir in diesem Bereich der wichtigere und zwar deswegen, weil hier die Politik sehr, sehr viel Einflussnahme machen könnte und ich aus eigener Erfahrung weiß, dass es also durchaus einen Handlungsbedarf gibt an den Steyrer Pflichtschulen. Ob das jetzt die EDV-Ausstattung anbelangt, ob das jetzt Sanierungsleistungen anbelangt und so weiter und so fort. Der Gemeinderat ist glaube ich nicht das geeignete Gremium dazu. Also, ich werde mich diesem Antrag sehr wohl anschließen und ihn unterstützen und ich sehe darin nicht die große Wahlpropaganda, sondern einen sachlich fundierten Antrag.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Nächster zu Wort gemeldet ist GR Apfelthaler.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Wertes Präsidium, meine Damen und Herren im Gemeinderat, ich kann mich noch gut erinnern, warum kann ich mich gut erinnern, am Ende der letzten Legislaturperiode waren es nämlich die Grünen die ausgerechnet diesen Stadtsportausschuss bzw. den Ausschuss für Schule und Sport abgelehnt haben im Austausch für den Stadtentwicklungsausschuss. Warum war das so? Ich bin damals drinnen gesessen, 4 Jahre war ich damals im Gemeinderat, wenn ich es in kurzen Worten vielleicht erklären kann, es war derartig fad dort. Es war fürchterlich fad dort. Wir sind alle drinnen gesessen, der Herr Bezirksschulinspektor hat alles heruntergelesen was so quasi an Fenstern, Türschnallen und anderen Lamperln installiert worden ist und dann ist im Wesentlichen berichtet worden, was an den Sportplätzen so an Sand hingestreut worden ist und wo Rasen gepflanzt worden ist und über Inhalte haben wir so gut wie überhaupt nie geredet. Also, wir sind damals schon ziemlich blöd gestorben. Dass wir die nächsten sechs Jahre noch blöder sterben tut mir Leid, aber ich möchte eines dazu sagen, dass wir bereits Anfang der neuen Legislaturperiode Gespräche geführt haben mit dem Bürgermeister Leithenmayr und auch mit dem Kollegen Vzbgm. Bremm, dass wir gesagt haben, Gerhard Bremm, wie wäre denn das, wenn du uns zumindest vierteljährlich berichten würdest, was

denn du so alles in Erfahrung gebracht hast, was du an Plänen hast, ect. Lass uns nicht blöd sterben. Dass wir diesen Ausschuss gestrichen haben hat ja nichts mit dem zu tun, dass wir uns nicht mehr interessieren dafür. Ich habe damals auch mit dem Herrn Sommer darüber gesprochen und dann war halt ein Schulterzucken von 30 cm, aber mehr ist nicht dabei herausgekommen. Jetzt reden wir eigentlich schon sechs Jahre darüber, bei jeder Gelegenheit, wie war denn das, könntest du nicht, ect. ect. Es ist halt nichts zustande gekommen. Ich meine, ich verstehe das auch sehr gut, aber ich verstehe es nicht, warum die ÖVP diesen Antrag stellt. Aber wir hätten ihn ja im Prinzip auch stellen können, nur hätte es halt ein bisschen blöd ausgesehen, wenn wir ihn auf der einen Seite abgestellt hätten und ihn in der nächsten Legislaturperiode wieder eingesetzt hätten.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Pensionen und das, ist auch ein bisschen viel.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Ich hoffe nicht, dass ich schon in Pension bin, wenn dieser Ausschuss wieder kommt Herr Kollege.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Dann bleibt er daheim.

Gelächter

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Das könnte schon sein. Also, irgendeine Lösung müssen wir treffen. Wenn der Herr Vizebürgermeister sich noch einmal herausstellen würde und sagen könnte, er hat es zwar eh schon gesagt, ich meine, es muss ein Gremium geben, wo man über die Entwicklung des Sportes und der Schulen miteinander reden kann. Ob das jetzt ein spezieller Ausschuss ist, wie jetzt die ÖVP verlangt, ist ja jetzt nicht die Frage. Es geht einfach auch um die Information für die Gemeinderäte und Gemeinderätinnen und dem wirst du dich als gelernter Demokrat nicht verschließen können denke ich mir. Also, wenn du vielleicht noch einen netten einleitenden Satz ablegen würdest, hier an diesem Pult, dass du gewillt bist, dass du in der nächsten Legislaturperiode ...

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Das hat er gesagt.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Aber wie hat er auch nicht gesagt.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Ich bin gewillt.

Gelächter

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Danke. Aber bevor du gewillt bist möchte ich es mir trotzdem noch anschauen und wir werden selbstverständlich diesem Antrag unsere Zustimmung erteilen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nächster zu Wort gemeldet ist Herr StR Mayrhofer.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren, nehmen sie es mir nicht übel, hat der Kollege Eichhübl gesagt. Beim besten Willen nicht Herr Kollege Eichhübl, wir würden etwas vermissen, wenn sie ihre launigen, schauspielerisch auf hohem Niveau vorgetragenen Reden nicht mehr halten würden und freuen uns, dass sie uns in der nächsten Periode, noch dazu als Spitzenkandidat der F, erhalten bleiben. Ich darf ihnen hier alles Gute wünschen und gratulieren.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Aber sie sind auch nicht schlecht. Als Kammerschauspieler.

Gelächter

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Ein Wahlkampfthema, da muss ich sie aber korrigieren, lieber Kollege Eichhübl, kann es nicht sein, wenn die ÖVP sagt, wir haben einen Fehler gemacht. Wir haben nicht den Vorwurf gemacht, dass die SPÖ, die den Referenten dafür stellt, einen Fehler gemacht hat, sondern wir sind aufgestanden und haben gesagt, das was wir seinerzeit als Fraktion mitbeantragt haben war falsch. Es hat sich im Nachhinein als nicht richtig herausgestellt. Ich glaube nicht, dass das in einem Wahlkampf recht zieht und damit positiv auf uns fallen würde, aber ich glaube, wir sind aufgerufen, auch einmal einzugestehen, wenn etwas nicht so gelaufen ist, wie es laufen sollte. Dass ein Thema wie Schule oder Sport eine Lobby braucht, ich glaube, das ist unbestritten. Wir haben in den letzten Jahren einfach das Gefühl bekommen, dass zuwenig in diesem Kreise, das beschlussfassend ist, über diese Themen gesprochen wird und damit auch zuwenig der Boden aufbereitet wird für Entscheidungen die ein Mal im Jahr bei der Budgeterstellung dann getroffen werden. Es ist vollkommen richtig, dass es auch in anderen Ressorts diesen Wunsch nach Mehr gibt. Ich glaube aber, dass man nur wenn wir geschlossen auftreten und wenn wir an einem breiten Meinungsbildungsprozess zu unserem Urteil kommen, dass das auch ein gutes Urteil ist. Darum muss ich das mit dem Wahlkampf wirklich zurückweisen. Es tut mir fast Leid, dass sie das gemacht haben, obwohl es wirklich ein humorvoller Einwurf war, keine Frage, aber es geht am Ziel vorbei. Ich glaube wir sitzen alle da herinnen, damit wir was besser machen und darum würde ich auch den Kollegen Bremm ersuchen, sich das noch einmal zu überlegen, ob er diesem Antrag nicht die Zustimmung gibt. Es ist uns allen klar, dass selbstverständlich vor September so ein Ausschuss nicht mehr tagen wird und er ist auch gedacht als Initiative für diese kommende Periode. Aber ich glaube, es ist wert, dass wir hier wieder einen eigenen Ausschuss machen. Ich bin nicht ihrer Meinung, dass auch eine andere Form als ein Ausschuss die richtige ist, weil wir einfach auch kein Einsichtsrecht natürlich in Akten haben und damit wirklich nur auf vorgetragene Informationen angewiesen sind und ich glaube, das entspricht auch nicht den Statuten und wäre auch nicht richtig. Ich ersuche daher also wirklich, abseits von jeder Polemik und jedem Vorwahlkampfstress oder wie immer man das bezeichnen möchte, trotzdem unserem Antrag die Zustimmung zu geben, weil ich glaube, es ist ein sehr, sehr vernünftiger und wichtiger Antrag. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Kupfer.

Es steht aber nicht dabei, dass er erst in der neuen Legislaturperiode sein soll. Also, ich glaube, das hätte schon dazu geschrieben gehört wenn man das will.

GR Dr. Wilfrid Wetzl verlässt um 15.10 Uhr die Sitzung

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Gäste. Ich glaube, dass es nicht gescheit ist, dass wir bei der Diskussion dieses Antrages signalisieren, dass 5 Monate vor der Wahl die Arbeit aufhört. Es sind 5 Arbeitsmonate nach wie vor vor uns und wenn es ein berechtigtes Anliegen ist, das zu diskutieren, dann denke ich mir, dann sollte man es nicht nur der Öffentlichkeit signalisieren, sondern sollte es auch tun darüber zu diskutieren ob es gescheit oder nicht gescheit ist. Wenn wir uns heute dafür entscheiden diesen Ausschuss einzusetzen, dann bleiben uns 5 Monate zu arbeiten. Ob wir diesen Ausschuss jetzt einmal, zweimal oder dreimal einberufen, das liegt an uns. So machen wir es bei anderen Ausschüssen auch, wenn es ein dringendes Anliegen ist, dass wir diesen Ausschuss dann eben öfters einberufen.

Zur Sache muss ich sagen, ich habe es ja nicht miterlebt wie es in der letzten Periode war. Ich kann es mir gut vorstellen wie es gewesen ist. Ich denke mir ein zukünftiger Ausschuss für Schule und Sport darf auf keinen Fall ein Berichtsausschuss sein. Das muss ein Arbeitsausschuss sein, wo wir, wie in anderen Ausschüssen auch, die Rahmenbedingungen für Schule und Sport diskutieren. Es gibt einige Beispiele der letzten Jahre, die wir alle kennen, wo es vielleicht gar nicht so blöd gewesen wäre, wenn wir sie in einem Ausschuss diskutiert hätten. Ich erinnere an die lange Diskussion über die Sportförderungsrichtlinien, ich erinnere an die Diskussion über die Sporthalle, da hätten wir uns unter Umständen einiges erspart. All die Punkte, die meines Erachtens tatsächlich wichtig sind und die in diesem Antrag auch formuliert sind, bedürfen auch einer Diskussion und meines Erachtens gibt es auch einige Punkte wo man nicht sagen kann, da warten wir jetzt bis November oder Dezember, denn der nächste Gemeinderat wird ja bekanntlich erst relativ spät einberufen. Ich möchte auch sozusagen sachlich auf diese Themen eingehen, nur ganz kurz mit Stichworten. Resthofschule, ein ganz wichtiges Stadtteilthema, wo es nicht nur um die Schule, sondern auch um den Stadtteil geht. Da wissen wir, ich sage das jetzt einmal als ganz einfacher Gemeinderat, eigentlich schon lange nicht

mehr wie der aktuelle Stand ist. Die Geschichte Ganztagschule Ennsleite, die habe ich persönlich miterlebt. Die Kollegin Koppensteiner, der Kollege Vzbgm. Bremm und ich waren bei dieser Diskussion anwesend. Das hat auch gezeigt, dass das ein Punkt gewesen wäre, wo es sinnvoll gewesen wäre, nicht nur auch mit den Lehrern zu sprechen, sondern auch mit allen Fraktionen darüber zu diskutieren. Die Computerausstattung an unseren Pflichtschulen. In dem Brief sind zwei Hauptschulen angeführt. Ich kenne aus persönlicher Erfahrung, von meinem Sohn der die Volksschule besucht, wie die Computerausstattung z. B. auch in den Volksschulen ist. Es gibt auch in den Volksschulen und auch an anderen Pflichtschulen das Bedürfnis mit dem Computer zu arbeiten. Auch über dieses Thema könnten wir diskutieren, auch über dieses Thema könnten wir uns z. B. Informationen einholen. Wenn ich will, kann ich natürlich den Vizebürgermeister anrufen und ihm sagen, bitte mich interessiert das. Aber da muss ich ständig anrufen. In einem Ausschuss hat es doch ein bisschen mehr öffentlichen Charakter, da ist auch der verpflichtende Charakter dabei. Über die Substanzerhaltung der Schulgebäude, das ist natürlich für jeden ersichtlich wie der Zustand ist.

Ich möchte signalisieren, dass ich diesem Antrag zustimme, möchte dazu aber auch sagen, dass es mich freuen würde, wenn dieser Ausschuss nicht nur ein Ausschuss für Schule und Sport ist, sondern ein Ausschuss für Bildung und Sport ist. Denn Bildung endet nicht bei unseren Schulen, Bildung findet auch bei vielen Erwachsenenbildungseinrichtungen statt. Steyr ist seit geraumer Zeit auch eine Fachhochschulstadt. Wir wollen eine Universitätsstadt werden mit internationalem Profil. Darum denke ich mir, es gibt sehr wichtige und gute Diskussionen in den Einrichtungen der Fachhochschule. Ich selbst sitze z. B. auch in diesem Förderverein. Der Bürgermeister hat es auch angeführt, auch bei der Entwicklung der Lehrgänge gibt es immer sehr gute Vorbereitungen, es ist alles sehr professionell aufbereitet. Aber z. B. das Thema Campus Wehrgraben wäre auch ein Thema, das sehr wohl ein Bildungsthema ist, dass wir sehr wohl in einem Bildungsausschuss diskutieren könnten. Im Sportbereich möchte ich nur ein Beispiel anführen, vielleicht als einen Arbeitsauftrag für das kommende Jahr, weil ich mir das vor kurzem angeschaut habe wie das ist, in Linz ist gerade ein Sportentwicklungskonzept im Abschluss. Das ist sehr umfassend gemacht worden, wo nicht nur die Vereine und die Tätigkeiten der Vereine miteinbezogen worden sind, sondern Sport heißt auch Bewegung, Gesundheit ect., findet nicht nur in den Vereinen statt und da gäbe es sehr viele Möglichkeiten, dass auch wir als Gemeinde viel mehr im öffentlichen Raum auch tätig werden. Aus diesem Grund stimme ich gerne diesem Antrag zu.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Vzbgm. Bremm zum 2.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich wollte eigentlich nicht so in die Details gehen, wenn das aber gewünscht ist, kann man schon diskutieren. Die Punkte, die in dem Antrag beispielsweise angeführt wurden. Es ist nicht so signalisiert worden, dass man da eine tiefere inhaltliche Diskussion führen will. Wenn man den Antrag stellt, um die Einsetzung eines neuerlichen Ausschusses für Schule und Sport, kann man das jederzeit schon tun. Wenn er da anführt beispielsweise die Resthofschule, meine sehr verehrten Damen und Herren, da brauchen wir ja da herinnen nicht so tun wie wenn wir, die da sitzen, und dass der Ausschuss, wenn es einen gäbe, dass der das beschleunigen könnte. Wir wissen ganz genau, dass es nicht im Einflussbereich, nicht im direkten Einflussbereich der Stadt liegt, dass wir da halt auch für die Errichtung der Resthofschule, wo wir als Stadt Steyr, wir der Gemeinderat, gesagt haben, wir wollen dort eine Schule errichten, damit auch die Infrastruktur im Resthof dementsprechend ausgestattet wird. Das waren eh wir da. Dass wir die Schule nicht alleine machen können, muss auch jedem bewusst sein. Wir sind auch bei den Landesvätern angetreten und es ist uns schon vor zwei Jahren gesagt worden, von den Verantwortlichen des Landes, und das haben wir halt auch zu akzeptieren, weil es dort halt auch Budgets gibt. Ich sage das jetzt gar nicht angreifend oder kritisierend, sondern ich möchte das nur feststellen, dass uns vom Land gesagt worden ist, von den Verantwortlichen, vom Landeshauptmann und über die anderen, die für einen Schulbau zuständig sind, dass wir frühestens 2004 mit Subventionen, mit Förderungen für die Errichtung der Schule am Resthof rechnen können. Das ist so. Ob wir da jetzt einen Ausschuss hätten oder nicht, der würde das überhaupt nicht im Geringsten beeinflussen. Es ist halt so, dass wir von Förderungen des Landes auch abhängig sind. Ob das bei Straßen ist, beim Posthofknoten oder in anderen Dingen, die Musikschule oder Resthofschule, das werden wir halt nicht da direkt beeinflussen können. Ich bin überzeugt, dass alle Fraktionen da auch schon beim Land interveniert haben um hier doch schneller zu Förderungen zu kommen. Ich bin überzeugt, dass der Kollege Mayrhofer da auch in seiner Funktion schon mit dem LH Pühringer darüber geredet hat. Davon bin ich überzeugt, weil es uns ja eh allen ein Anliegen ist. Also, dass es ein Wunsch ist diese Schule dort zu errichten und ein Ziel der Stadt ist, an dem wir auch festhalten,

das ist klar, hat aber mit der Einführung eines Ausschusses oder weil wir keine Ausschuss haben, überhaupt nichts zu tun. Wir haben auch das Projekt Schule intensiv diskutiert. Wir haben einen Architektenwettbewerb gehabt, wo alle Fraktionen in der Jury gewesen sind, wo wir dann das Siegerprojekt ermittelt haben. Also, es ist nicht so, dass da nichts geschehen ist und dass alles im stillen Kämmerlein gewesen ist.

Kostenexplosion Ganztagschule. Die Frau Koppensteiner und der Herr Kupfer waren dabei. Also, da kann man nicht so tun als wenn das im Ermessen der Stadt gewesen wäre.

GEMEINDERÄTIN MARIA KOPPENSTEINER:

Aber im Vorfeld hätte man das diskutieren können.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Wir hätten das genauso wenig gewusst wenn es einen Ausschuss gegeben hätte, weil alle etwas überrascht waren. Auch die Frau Direktorin war etwas überrascht, weil nämlich die Kostenexplosion dort aus dem Grund entstanden ist, weil es aufgrund von verschiedener Sparmaßnahmen im Bund, sie waren dabei, sie wissen es ganz genau Frau Koppensteiner, ...

GEMEINDERÄTIN MARIA KOPPENSTEINER:

Aber auch wenn etwas fünf Mal gesagt wird, wird es nicht richtig. Das sind ausgemachte Dinge und das wissen sie, Herr Vizebürgermeister, ganz genau.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Also sagen sie, die Frau Direktor hat die Kosten explodieren lassen? Dann sagen sie es ihr selbst aber nicht da.

GEMEINDERÄTIN MARIA KOPPENSTEINER:

Na bitte, sie habe es ganz genau, damals auch oben, auf den Punkt gebracht, auch sie wurden nicht informiert davon, wie das schnell gegangen ist, was da explodiert ist. Auch der Herr Inspektor war nicht informiert.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Wir wissen ganz genau, dass es Einsparungen im Schulbudget gibt und dass Stunden gekürzt worden sind, das wissen sie selbst am besten. Das ist nicht meine Erfindung.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Das Problem war das, dass keine richtigen Zahlen da waren.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Es ist ja wirklich so, dass in ein paar Monaten die Wahl ist. Es ist wirklich so. Es ist sehr schwierig, sachlich zu diskutieren. Aber es ist nichts Neues, ich bin eh schon lange genug in diesem Geschäft. Ich kenne das eh, wenn die Zeit näher kommt, wird die Debatte immer intensiver.

Computerausstattung in unseren Schulen. Ich möchte wirklich darauf hinweisen und betonen, ich habe das auch dem Herrn Landesschulinspektor geschrieben.

GEMEINDERÄTIN MARIA KOPPENSTEINER:

Das ist der Herr Dr. Saxinger, der Landesschulinspektor.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Landesschulratspräsident, Entschuldigung, dass ich zu nieder angefahren bin, aber wir wissen von was wir reden. Sind sie da nicht so pingelig, in der Hierarchie habe ich mir eh nicht weh getan. Ich habe ihm das auch geschrieben. Ich unterstelle auch nicht, dass er bewusst das geschrieben hat, sondern er ist informiert worden, in einer Schule. Jetzt zur Sache: Ich habe da genau aufstellen und ermitteln lassen, von der zuständigen Sachbearbeiterin, wie tatsächlich die Ausstattung unserer Schulen mit PC's gegeben ist. Wir haben im Bereich HS 1 Promenade, Musikhauptschule, Informatik mit KS 1 Promenade, 368 Schülerinnen und Schüler, das ist die Schülerzahl 2002/03 und wir haben dort eine Verhältniszahl im Computerbereich, wo man natürlich schon sagen muss, gerade die Musikhauptschule ist ja nicht unbedingt eine EDV-Schwerpunkt-Hauptschule, da komme ich dann eh noch dazu, das ist nämlich eine Schwerpunktschule für musische Erziehung. Wir haben dort eine Verhältniszahl von 16,7, in den beiden Hauptschulen Promenade und Musikschule. Hauptschule Ennsleite, und wir müssen schon alle Schulen betrachten, weil wir nämlich auch Schwerpunktschulen in unserer Schulphilosophie haben, weil wir machen ja auch nicht überall Schwerpunkt Sport, das

machen wir in unserer Sporthauptschule, weil es eine Schwerpunkthauptschule ist Frau Koppensteiner, deshalb haben wir dort mehr Sportler als wo anders. Hauptschule Ennsleite, HS 1, da haben wir 147 Schülerinnen und Schüler, dort haben wir eine Verhältniszahl von 4,2 und nicht, wie es so pauschal geschrieben worden ist, von 50. 4,2 ist die Verhältniszahl. HS 2 Ennsleite, 158 Schüler und Schülerinnen, eine Verhältniszahl von 7,9. HS Münchenholz, 168 Schüler und Schülerinnen, eine Verhältniszahl von 6,2. Sporthauptschule, und da sieht man es wieder, Musikhauptschule und Sporthauptschule, sie wissen selbst, das halt da die Schwerpunkte wo anders gesetzt sind, auf der Ennsleite ist Schwerpunkt Computer und in der Sporthauptschule ist Schwerpunkt Sport und nicht Computer. Wir haben in der Sporthauptschule und in der HS 2 Tabor insgesamt 467 Schülerinnen und Schüler, ich nehme an, dass die Zahlen stimmen, sie nicken zustimmend, da bin ich froh, wirklich, weil da geistern Zahlen herum die dann nicht stimmen, weil ein Lehrer eine falsche Zahl gesagt hat, wird die vom Präsidenten gleich benutzt und schreibt uns als Stadt offiziell. Das ist auch nicht in Ordnung. Wir haben in diesen beiden Schulen eine Verhältniszahl von 18,7. Der Polytechnische Lehrgang, berufsvorbereitend, da sieht man auch wieder, dass da ein anderer Schwerpunkt ist, da haben wir 125 Schülerinnen und Schüler im Polytechnischem Lehrgang und haben dort eine Verhältniszahl von 6,6. Also, das sind die Fakten in unseren Schulen.

Zwischenruf: Volksschulen!

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Schaut's, die Volksschulen sind alle ausgestattet, auch mit PC's, haben Internetanschluss. Natürlich nicht direkt die EDV-Räume.

Zwischenruf von StR Gunter Mayrhofer: Beim Direktor!

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Sie wissen das selbst ganz genau, dass es gerade im Bereich der Volksschulen von den Direktoren und Direktorinnen nicht der große Wunsch und die große Forderung ist, dass man dort flächendeckend mit Computer ausstattet. Das ist dort nicht so. Dort sind andere Schwerpunkte. Das liegt nicht im Einfluss der Stadt. In den Volksschulen war die Diskussion und wir haben die hier herinnen auch schon geführt, dass wir den Internetanschluss machen, den Education-Highway, und dass wir in den Lehrerzimmern und in den Direktorenzimmern dort eine PC-Ausstattung hineingeben. Das war die Forderung, die Anliegen der Lehrer aus dem Volksschulbereich. Also, Hauptschule und Volksschule ist schon ganz etwas anders. Zu diesen drei Bereichen wollte ich das nur im Detail auch erwähnt haben.

Vielleicht schon noch ein paar Sätze zur Schule. Meine sehr verehrten Damen und Herren, da müssen wir schon wissen, von was wir reden. Welche Aufgabe hat der Gemeinderat, welche Aufgabe hat die Stadt im Bereich Schule. Wir haben nicht die Aufgabe und haben keine Kompetenz in der Frage der Bildung. Es unterstehen uns nicht die Lehrkräfte, es untersteht uns kein Lehrplan und irgendwelche Bildungsaktivitäten. Das untersteht ausschließlich dem Land und dem Bund. Die Pflichtschullehrer dem Land und die Bundesschulen ausschließlich dem Bund. In den Bundesschulen, sie Frau Mag. Frech wissen es eh. Wir können jederzeit mit unseren städt. Schulen gegen die Bundesschulen antreten. Sie wissen eh, in welchem Zustand die sind. Da sind ja wir Weltmeister gegenüber den Bundesschulen. Das wissen sie ganz genau. Gerade in der HAK und im Realgymnasium wissen sie das. Im Gymnasium Werndlpark, erzählen sie mir nichts, mein Sohn geht dort in die Schule. Da regnet es bei den Decken herein, die Verkleidungen am Plafond fliegen herunter. Katastrophale Zustände. Ich will das gar nicht kritisieren, sondern nur feststellen, dass das dort so ist. Unsere Aufgabe als Stadt, im Schulbereich, ist ausschließlich die Schulerhaltung. Das ist unsere Aufgabe und sonst nichts. Wir haben keine Kompetenzen und auch keine rechtlichen Voraussetzungen dazu. Also, damit man das auch ein bisschen relativiert, was in einem Ausschuss für Schule und Sport dann debattiert und geredet werden kann. Wir haben auch nicht die Kompetenz und die rechtlichen Grundlagen, dass wir über Bildung in den Fachhochschulen reden, die kommen nur, weil sie von uns eine Subvention wollen.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Das ist schon Thema der Stadt, ob wir eine Lehrgang wollen oder nicht.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Herr Kollege, wenn sie das schon ansprechen, wenn wir wirklich so wenig Kompetenzen haben, dann brauchen wir aber auch gar keinen Stadtrat für Schule und Sport, wenn wir eh nichts entscheiden können.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Wir haben die Zuständigkeit für Lernmittel, für die Schulerhaltung, für die Ausstattung, also für diesen Bereich sind wir zuständig, da hat uns auch der Gesetzgeber dafür verantwortlich gemacht. Aber im Bildungsbereich überhaupt nicht. Frau Koppensteiner, sie wissen das ganz genau, dass das so ist wie ich das sage. Wir können dort nur diskutieren, wie viele Sessel wir in die Schulklasse geben, wie viele Computer in die Schulklasse kommen. Ich möchte das nur relativieren. Das ist nicht unsere Aufgabe, das soll ja auch keine Plauderstunde und kein Plauderausschuss werden. Da geht es um sachliche Dinge.

Im Sportbereich, meine sehr verehrten Damen und Herren, kann es ja auch nur darum gehen, dass die Stadt und die öffentliche Hand die Rahmenbedingungen für den Sport herstellt. Es muss in den Sportvereinen eine Eigendynamik sein, es muss aus den Vereinen kommen, es muss aus der Jugend kommen, die halt dem Sport nachgehen. Es gibt Organisationen, es gibt Dachverbände, es gibt Fachverbände und von dort müssen die Impulse kommen. Die öffentliche Hand hat nur die Aufgabe, dass wir die Rahmenbedingungen dazu herstellen. So ist unsere Aufgabe. Nicht das, welche Sportarten wir in Steyr machen. Das kann nicht die Aufgabe der öffentlichen Hand sein und ist es auch nicht, sondern wie ich schon gesagt habe. Man muss das mit dem Ausschuss relativieren um welche Aufgaben und Zuständigkeiten es wirklich geht. Ich komme wirklich zur Meinung, das was der Kollege Eichhübl am Beginn gesagt hat, dass das schon ein bisschen mitspielt, weil die Debatte schon ein bisschen intensiver geführt wird und dass wir uns nach dem 28. September darüber unterhalten und uns festlegen, welche Ausschüsse wir im Gemeinderat haben sollen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Zu Wort gemeldet hat sich zum 2. Mal die Frau Koppensteiner. Bitte sehr.

GEMEINDERÄTIN MARIA KOPPENSTEINER:

Wertes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren. Zwei Sätze nur. Der erste Satz: Es tut mir Leid, wenn ich den Eindruck vermittelt hätte, dass der Sport- und Schulreferent verantwortlich ist schulzugewiesen hätte. Das habe ich absolut nicht. Ich glaube, sachlicher kann man einen Antrag nicht stellen.

Zweiter Satz: Diese hier von ihnen doch sehr emotional vorgebrachte Art und Weise zeigt mir, wir brauchen den Ausschuss dringend, wo wir diese Dinge diskutieren müssen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Meine Damen und Herren, Frau Mag. Frech hat sich zum 2. Mal gemeldet. Bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Ich komme mit einem Satz aus, was ich noch anbringen möchte. Herr Kollege Bremm, wenn sie gerade auch sehr bildhaft die Situation in Bundesschulen geschildert haben, ich wünsche mir, dass die Situation an den Pflichtschulen nicht so weit kommt wie sie an den Bundesschulen ist. Und, Bildung hat sehr viel mit Ressourcen zu tun und ich kann nicht die Ressourcen entkoppeln von der Qualität der Bildung. Ich würde sie wirklich bitten zu erkennen, dass Ressourcen mit Bildung zu tun haben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Gibt es noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Schlusswort Herr Referent.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das war eine hochinteressante Diskussion und ich kann nur eines sagen, das Thema ist ja vor 8 Jahren beerdigt worden, das heißt mit ÖVP, F und Grüne ist dieser Ausschuss gestrichen worden. In den 8 Jahren ist natürlich in Steyr eine Entwicklung gewesen. Wir haben 12.000 Schüler in Steyr, wir haben Fachhochschulen in Steyr. Ich sitze selbst im Fachhochschulförderverein, nicht nur im Förderverein, sondern auch im Förderverein Oberösterreich und das Thema Bildung, Schule und Sport ist in den vergangenen Jahren auf eine andere Ebene gekommen. Das muss man ganz klar sagen. Es muss auch wesentlich mehr Geld in Zukunft investiert werden. Das ergibt sich alleine schon deswegen, weil wir momentan den Fördervertrag mit den Fachhochschulen diskutieren und finalisieren und diese Schulen werden uns in Zukunft erhebliche Mittel kosten. D. h., wir werden in Zukunft, jetzt diskutieren wir es ja noch im Planungsausschuss oder im Finanzausschuss, aber wir werden in Zukunft, und da bin ich ganz überzeugt, nach der nächsten Wahl einen Sport- und Bildungsausschuss brauchen. Da werden wir nicht umhin kommen. Das ist eine Entwicklung die einfach auf uns zukommt. Ich habe das gerade in den letzten Tagen wieder ganz stark gemerkt, wie ich bei dieser Pressekonferenz zum Thema e-business gestanden bin, welche riesige Dimension Bildung, Schule in Steyr angenommen hat. Also, ich würde auch sagen, machen wir einen Bildungsausschuss nach der nächsten Wahl. Jetzt würde

das nur dazu führen, dass vor der Wahl ein riesiges Theater aufgeführt wird. Mehr sehe ich darin nicht mehr. Ich bitte um die Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke, wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. ÖVP; GAL, LIF. Wer ist dagegen? SPÖ. Wer enthält sich der Stimme? FPÖ. Der Antrag wurde mit Mehrheit abgelehnt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich komme zu meinem zweiten Antrag und da geht es um einen Antrag der GR Michaela Frech. Sie legt ausdrücklich wert darauf, dass das nur ihr Antrag war und der Herr GR Hack nur mitunterschieden hat, damit er eingebracht werden konnte. Habe ich das richtig formuliert? Bei diesem Antrag geht es um einen Grundsatzbeschluss für mehr Bürgerbeteiligung in Steyr.

2) Präs-390/03 GR Mag. Frech und GR Ing. Hack; Antrag an den Gemeinderat betr. Grundsatzbeschluss für mehr Bürbeteiligung in Steyr.

Der Gemeinderat möge beschließen:

- Bei sämtlichen Vorhaben der Stadt Steyr werden die von diesen Vorhaben betroffenen Bevölkerungsgruppen ab sofort mehr als bisher in den Entscheidungs-, Planungs- und Realisierungsprozess eingebunden.
- Das Ziel ist dabei ein deutliches Mehr an Bürgerbeteiligung als bisher.
- Die Art der Einbindung bzw. Beteiligung wird sich an dem konkreten Projekt orientieren, wobei eine gewisse Methodenvielfalt anzustreben ist, damit die jeweils adäquateste Form der Einbindung erzielt werden kann.
- Damit sichergestellt ist, dass dieses Mehr an Bürgerbeteiligung bewusst gelebt wird, soll einmal pro Jahr ein schriftlicher Bericht dem Gemeinderat vorgelegt werden, in dem sämtliche Aktivitäten/Maßnahmen aufgelistet werden, die der eingangs erwähnten Zielerreichung dienen. Dieser Bericht soll jedenfalls auch auf der Homepage des Steyrer Magistrats platziert werden.
- Politiker und Bedienstete des Steyrer Magistrates sollen von nun an gemeinsam stets alle Möglichkeiten ausloten, um ein Mehr an Bürgerbeteiligung in Steyr zu forcieren.

Begründung:

In einer gut funktionierenden Demokratie reicht es nicht aus, dass die Bürgerinnen und Bürger einmal in sechs Jahren zur Gemeinderatswahl schreiten. Wenn auch in der Zwischenzeit juristisch gesehen die alleinige Entscheidungsgewalt beim Bürgermeister, Stadtsenat oder Gemeinderat liegen mag, so sollen die Bürgerinnen und Bürger wie auch die Einwohnerinnen und Einwohner trotzdem in alle relevanten kommunalen Entscheidungen nach Möglichkeit eingebunden werden.

So sollen bereits im Vorfeld der Entscheidung wie auch in der konkreten Planungs- und Realisierungsphase von Projekten jene Bevölkerungsgruppen gezielt eingebunden werden, welche diese sozialen, kulturellen, freizeitorientierten Einrichtungen etc. nutzen.

Mit dieser gezielten Einbindung und Beteiligung der Bevölkerung könnten unter anderem erreicht werden: ein Mehr an gelebter Demokratie, ein Mehr an Transparenz, ein Mehr an Planungseffizienz sowie ein positives Image der Politik.

Ich bitte um Diskussion dieses Punktes.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke, zu Wort gemeldet hat sich Frau GR Frech, ich erteile es ihr.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ja, ich möchte sie mit diesem Antrag sehr herzlich einladen, einen Grundsatzbeschluss für mehr Bürgerbeteiligung in Steyr zu schaffen. Warum einen Grundsatzbeschluss? Ganz einfach deshalb, weil ich glaube, dass es lange an der Zeit ist, dass wir der Bevölkerung nach außen auch signalisieren sollen und ein Zeichen setzen sollen, dass in Zukunft nicht nur wir in erster Linie immer die sind die entscheiden, formal tun wir das, wir sind für 6 Jahre gewählt als 36-köpfiger Gemeinderat, aber wir sollten ein Signal setzen an die Bevölkerung, sie viel mehr als bisher in Entscheidungen einzubinden. Mir persönlich, und ich gehe davon aus, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass es ihnen

auch so geht, ist es zu wenig, dass alle 6 Jahre GR-Wahlen stattfinden, wo der Bürger die Möglichkeit hat, seine Wahl zu treffen und innerhalb dieser 6 Jahre wird er dann nicht mehr gefragt. Natürlich, so schwarz-weiß ist das nicht. Es gibt auch Ansätze in Steyr die positiv sind für manche Spielvarianten der Bürgerbeteiligung. Aber worum es mir mit diesem Antrag geht, ist wirklich, sie einzuladen, ein Stück gemeinsamen Weges zu gehen, über alle Fraktionsgrenzen hinweg, und zu signalisieren, wir wollen, geschlossen als Steyrer Gemeinderat, mehr Bürgerbeteiligung in Zukunft erreichen. Die Art und Weise wird sicherlich eine sein, die man sich von Fall zu Fall überlegen wird müssen. Ein Wunsch meinerseits wäre einmal, dass es auf jeden Fall eine Bericht dazu gibt, der dem GR vorzulegen ist, damit man auch immer wieder sehen kann, ob Aktivitäten in diese Richtung gesetzt worden sind. Ich glaube ganz einfach, dass ein Grundsatzbeschluss deswegen nötig ist, damit man ein gemeinsames Bewusstsein nach außen transportiert. Es ist ein langwieriger, mühsamer Prozess, es geht sicher nicht von heute auf morgen. Ich glaube, dass es einmal ein wichtiges Signal ist an die Bevölkerung, zu sagen, wir Politiker sind nicht nur alle 6 Jahre für Wahlen greifbar, sondern wir wollen gezielt, dass die Bevölkerung mitentscheidet.

Die Begründung dazu ist einfach jene, dass ich davon ausgehe, dass es in einer gut funktionierenden Demokratie nicht ausreicht, dass eben der Bürger alle 6 Jahre zur Wahl geht und er soll deshalb in alle relevanten kommunalen Entscheidungen miteingebunden werden. Wie stelle ich mir das vor? Dass zum einen bereits in der Vorfeldphase, in der Planungsphase die Bevölkerung gezielt eingebunden wird, aber dann auch in der Projektphase. Und zwar sowohl bei sozialen, kulturellen, freizeitorientierten Einrichtungen. Warum lassen wir z. B. nicht Kinder unsere Spielplätze mitgestalten? Warum binden wir bei der Errichtung neuer Schulen nicht mehr jene ein, da geht es jetzt um den Pflichtschulbereich, die diese Einrichtungen dann auch nutzen werden? Ich glaube, hier geht es auch einfach um das Bewusstsein. Es ist in der Vergangenheit gar nicht böse gewesen, wenn das nicht passiert ist, sondern man war sich dessen nicht so bewusst. Man hat immer geglaubt, wir 36 Gemeinderäte, wir wissen eh wie es geht, und deswegen können wir die Entscheidung für die Bevölkerung treffen. Nur das ist ja nicht so, weil wirklich repräsentativ sind wir da herinnen ja leider nicht. Wenn ich uns so anschau, spiegeln wir nicht wirklich die Bevölkerung wider. Wir spiegeln die Jungen nicht wirklich wider, die ganz Älteren zum Teil nicht, nicht alle Bevölkerungsgruppen, d. h., es ist für uns wichtig uns auch aus der Bevölkerung ein gewisses Feedback zu holen. Ja, und was erhoffe ich mir davon? Einfach ein Mehr an gelebter Demokratie, ein Mehr an Transparenz von Entscheidungen und damit auch ein positiveres Image der Politik, dass der Bürger einen Zugang hat, mehr zu kommunalen Entscheidungen, diese Entscheidungen transparenter sind, nachvollziehbarer sind. Ich persönlich bin der Überzeugung, dass wir auch sehr viel an Kosten sparen könnten in Zukunft, indem einfach die Planungen effizienter sind, nämlich auf die Bedürfnisse der Menschen zugeschnitten. Ich würde sie herzlich bitten, werte Kolleginnen und Kollegen, diesem Antrag ihre Zustimmung zu erteilen. Mir ist natürlich klar, dass das nur ein erster Schritt ist. Man wird sicherlich dann auch einmal überlegen müssen ob man vielleicht Richtlinien dazu einführt, aber das sollte dann etwas sein, was wir in einem unserer Ausschüsse diskutieren aber nicht jetzt hier im Gemeinderat. Ich würde sie bitten, ihre Zustimmung zu diesem Antrag zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Hack.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Presse ist schon relativ schwach. Ich habe sehr gerne diesen Antrag unterstützt und unterschrieben, nicht nur ich, sondern auch unsere Fraktion unterstützt diesen Antrag voll, weil es wirklich eine ganz wichtige Sache ist. Die Demokratie ist das höchste Gut und wir müssen wirklich alles machen in der Politik oder als Politiker, um die Demokratie hier zu unterstützen und die Bevölkerung, für die wir ja eigentlich arbeiten sollen und die Rahmenbedingungen und das alles schaffen sollen, dass wir die bestmöglich einbinden. Also, so gesehen sehe ich mich nicht nur als einer der die Unterschrift dazu gegeben hat, dass der Antrag rechtsgültig ist, sondern wir werden ihn voll unterstützen. Es ist ja auch so, dass es in Steyr in der letzten Zeit ein sehr positives Beispiel gibt in Richtung Bürgerbeteiligung. Das ist diese Aktion „Stadtplatz im Aufbruch“ wo ja wirklich der Versuch, und eigentlich bis jetzt sehr gut laufende Versuch, gemacht wurde, die Wünsche, die Befindlichkeiten, die Ideen und Anregungen der Bevölkerung mit denen der Politik und der Fachbeamten und der ganzen Leute die damit beschäftigt sind in Einklang zu bringen. Es ist kein einfacher Weg, wie wir besonders auch bei den ersten Sitzungen gesehen haben, aber mittlerweile hat sich da wirklich eine sehr gute Gesprächskultur entwickelt und das ist glaube ich wirklich ein ganz guter, positiver Ansatz. Das ist eigentlich auch ein Zeichen wie es gehen kann, wenn wirkliche weitreichende und wichtige ...

Unverständlicher Zwischenruf

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Die Auswirkungen wollen wir dann erst einmal sehen. Es sind jetzt einmal die Gespräche. Natürlich ist die Umsetzung einmal notwendig. Da werden wir dann sehen was rauskommt. Aber es ist ein guter Weg und es zeigt, wie man es machen kann. Das ist auch das, was wir uns natürlich eigentlich für alle Bereiche wünschen, die das Zusammenleben und die ganze Stadt und die ganzen Dinge die damit zusammen hängen betreffen. Es soll wirklich auch ein Signal an die Beamten, natürlich an die Bevölkerung, sein, dass wir uns bemühen, dass die Politik die Wünsche, die Befindlichkeiten und Nöte und Vorstellungen der Bevölkerung sehr ernst nimmt und dass wir wirklich auch ...

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Das sind eh gute Signale zur Zeit.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Genau. Wie gesagt, so wollen wir es auch verstehen und unterstützen diesen Antrag. Wir haben gesagt, okay, wir versuchen einmal diesen Grundsatzbeschluss näher zu bringen und diesen Grundsatzbeschluss zur Abstimmung zu bringen. Nähere Details müssen dann genauso wieder ausverhandelt, diskutiert werden, wie kann man es in dem Fall machen und wir hoffen auf ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nächster zu Wort gemeldet ist Herr StR Eichhübl. Bitte sehr.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Sehr geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Gäste. Die allseits beliebte und geschätzte Gemeinderätin Michaela Frech, dieses Mal unterstützt von ihrem Partyzeltmitstreiter GR Ing. Wolfgang Hack, ...

Gelächter

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

... ist ja immer wieder für Überraschungen gut. Sie ist vor allen Dingen diejenige, die mit sehr viel Akribie und bei allen GR-Sitzungen mit Vorliebe vorliegende Anträge geradezu seziiert und Formulierungen herausnimmt, weil sie ihr einmal zu weich, einmal zu hart und dann wieder zu schwammig sind. Wenn vielleicht einmal dort und da ein Beistrich fehlt, wo er gar nicht hingehört, dann ist die Frau Kollegin Frech in ihrem Element. Neuerdings beschäftigt sich die Frau Kollegin Frech sogar als Wetterwarte. Nachzulesen in der letzten Rundschauausgabe unter den Leserbriefen. Sie gibt da die Wetterprognosen weiter, allerdings nicht ohne Hintergedanken und ohne Hintergründe, denn die Frau Kollegin Frech hat einen Skandal gewittert. Und zwar einen Skandal, weil das städt. Freibad nicht am 1. Mai geöffnet hat. Frau Kollegin Frech, schön langsam mache ich mir jetzt wirklich Sorgen um sie, nämlich deshalb, ...

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Zur Sache Herr Kollege Eichhübl.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

... - das ist nur meine Einleitung. Ich erlaube mir auch, ...

Gelächter

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

... Frau Kollegin Frech, eine kurze Einleitung zu machen. Ich komme dann schon noch auf den Punkt und sie können beruhigt sein, sie werden noch einiges von mir hören zu ihrem Antrag. Ich mache mir jetzt, und ich wiederhole mich jetzt Frau Kollegin, nachdem sie mich freundlicherweise unterbrochen haben, schön langsam Sorgen um sie. Wissen sie warum? Weil sie vorgeben, so bürgernahe zu sein, weil sie auch in ihrer Aussendung schreiben, und auch in diesem Papier, dass sie vorgelegt haben, schreiben sie ebenfalls, „Politiker und Bedienstete des Magistrates müssen sozusagen im Interesse unserer Bürger zusammenarbeiten.“ Das kann ich nur unterstützen. Nur gerade sie machen das nicht. Sie hätten sich nämlich erkundigen sollen, warum das städt. Freibad nicht am 1. Mai geöffnet hat. In Wahrheit, Frau Kollegin Frech, und da werde ich ein bisschen ernster, weil sie in Wahrheit nicht

wissen, um was es geht. Sie gehen her und diskreditieren die Mitarbeiter des städt. Freibades und gleichzeitig Hallenbades, denn die waren es nämlich, die im Zuge der Hochwasserkatastrophe über alle Maßen hinaus und über ihre Verpflichtungen hinaus Arbeiten geleistet haben und auch jetzt noch damit konfrontiert werden, damit das städt. Freibad der Bevölkerung wieder zur Verfügung gestellt werden kann. Wenn sie schreiben, dass das städt. Freibad seine Tore fest verschlossen hat, dann ist ihnen offensichtlich nicht bekannt, das kann ihnen ja nicht bekannt sein, weil sie ja nie dort unten sind, dass das Hallenbad geöffnet ist und sehr wohl die Möglichkeit besteht, in der Übergangszeit, wo es noch nicht so warm ist um im städt. Freibad dort seinem Vergnügen nachzugehen, vom Hallenbad aus ins Freie zu gehen und sich dort zu sonnen. Ich mache mir wirklich Sorgen Frau Kollegin Frech, weil sie können nämlich rechnen auch nicht in dem Zusammenhang. Wenn sie nämlich hier der Bevölkerung mitteilen, dass ...

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Können wir jetzt bitte zur Sache kommen!

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Ich komme gleich zur Sache, das ist noch immer meine Einleitung.

Gelächter

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Und wenn sie hier schreiben, dass man auf 4.000,-- Euro Einnahmen verzichtet in diesem Bereich, dann tut es mir Leid, dann muss ich mich wiederholen, können sie nicht rechnen. Nämlich deswegen nicht, weil sie auch nicht wissen, dass im städt. Hallenbad, das im Übrigen bis zum 18., 19. geöffnet haben wird, täglich 200 bis 300 Schüler kommen, da müssten sie sich eigentlich im besonderen Maße einsetzen aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit, und zusätzlich 120 weitere Badegäste unter der Woche und zum Wochenende kommen täglich 300 Gäste. Erfreulicherweise sind auch sehr viele aus Garsten mit dabei. Das wollte ich ihnen zur Einleitung mitgeben Frau Kollegin Frech, weil das was sie hier betreiben, und ich sage es noch einmal, das betrachte ich sehr ernsthaft, das ist beinahe Ruf- und Firmenschädigung, was sie hier machen.

Ich komme nun zu ihrem Antrag, Frau Kollegin Frech, in dem sie unter anderem, und ich beziehe mich jetzt ebenfalls einmal auf ihre Formulierungen, hier mitteilen, dass sie gerne habe möchten, dass Einwohnerinnen und Einwohner trotzdem in alle relevanten kommunalen Entscheidungen nach Möglichkeit eingebunden werden. Was heißt das „nach Möglichkeit“? Was ist „nach Möglichkeit“? Ich kann mir nicht vorstellen, dass hier irgendjemand weiß, was sie tatsächlich damit meinen, denn die Möglichkeiten sind vielfältig und sind ja auch bereits vielfältig in unserem Statut vorhanden. Was ich natürlich nicht ausschließen, dass man in Zukunft auch diese Maßnahmen der Bevölkerungsbeteiligung verbessern könnte. Aber die sind zum Teil vorhanden und das sollte man der Wahrheit halber auch sagen. Der Herr Kollege Hack, dem ich durchaus auch seine ernstesten Absichten abnehme, hat ja darauf hingewiesen, dass es erst vor einigen Tagen hier in diesen Räumlichkeiten eine Zusammenkunft gegeben hat unter dem Motto „Stadtplatz im Aufbruch“. Frau Kollegin Frech, ich habe zwar sehr starke Brillen, aber sie habe ich nicht gesehen. Wo ist denn ihre Beteiligung? Wo haben sie sich daran beteiligt? Wissen sie, nur im Hintergrund zu stehen und großartige Presseaussendungen zu machen, das ist mir zu wenig. Sie erlauben mir schon auch, am Ende einer Funktionsperiode einmal festzustellen, dass es mir durchaus nicht darum geht, dass ich nebenberufliche Mandatare in irgendeiner Form in Misskredit bringen möchte, weil sie halt einfach nicht die Möglichkeit haben, ich habe es im Übrigen Jahrzehnte gemacht, nebenberuflich Mandatar, auch eine Funktionsperiode als Stadtrat, und ich weiß von was ich spreche, weil sie eben aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit sich nicht so einbringen können. Aber wenn sie hier, Frau Kollegin Frech, meinen, dass sie als 1-Frau-Fraktion ständig den Gemeinderat beherrschen können und vielleicht eines noch auch versuchen, dass sich die Erde ein bisschen schlechter dreht, das wird ihnen nicht so gelingen. Wenn sie hier Anregungen machen und Forderungen stellen, wie eine 20-, 25-Mann-Fraktion, bitte, dann müssen sie sich auch den Vorwurf gefallen lassen, dass sie auf anderer Ebene nicht so aktiv sind und dann sollten sie aber auch die Arbeit leisten von dem was sie hier immer wieder reden. Wie gesagt, es hätte mich sehr gefreut, ich habe im Protokoll nachgelesen, auch bei der vorletzten Veranstaltung waren sie offensichtlich nicht dabei. Das sollte man auch einmal hier sehr deutlich sagen, weil sie immer wieder eher nicht die Bürgerbeteiligung in diesem Fall im Vordergrund sehen, sondern ihre persönliche Darstellung. Nichtsdestotrotz glaube ich, dass es durchaus wichtig ist, das sage ich noch einmal und das unterstreiche ich auch im Namen unserer Fraktion, dass Bürgerbeteiligung sehr, sehr wichtig ist und die sollte auch ausgebaut werden, obwohl man ehrlicherweise sagen muss, dass die bestehende Situation es ermöglicht, ich wiederhole mich

nochmals, aber nicht in dem Ausmaße ausgenützt worden ist, wo auch sie ihren Beitrag hätten leisten können.
Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nächster ist Herr GR Kupfer.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist immer schwierig nach dem Kollegen Eichhübl zu reden und ich glaube ich kann nicht so sehr diese belustigenden Elemente in meine Ausführungen einbauen wie sie. Ich möchte aber schon an ihr demokratisches Bewusstsein appellieren, dass es völlig egal ist ob wir zu 25., zu 6., zu 9. oder alleine im Gemeinderat sitzen, wir sind alle demokratisch gewählt und jeder hat im Gemeinderat die Möglichkeit einen Antrag einzubringen, wie auch immer er diesen Antrag einbringt. Soviel einmal dazu.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich habe eh nichts gesagt!

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Sie haben schon gesagt, dass sozusagen die Kollegin Frech uns da irgendwas aufdrängt in der Diskussion. Das Recht haben wir alle. Es gibt auch genug Beispiele in der Vergangenheit, wo ich sage könnte die FPÖ hat uns da Anträge aufgedrängt die vielleicht nicht so angenehm für uns zu diskutieren waren. Ich denke mir, dass dieses Thema sehr wohl ein berechtigtes Anliegen ist, wo man auch sachlich darüber reden kann. Was sie angeführt haben, die Geschichte mit dem Stadtbad, die hat glaube ich so ¼ ihrer Rede ausgemacht, war zwar interessant, ich unterstütze sie auch inhaltlich dabei, ich glaube es hat wirklich nicht zur Werbung unserer Stadt beigetragen, diese öffentliche Auseinandersetzung, hat aber an und für sich mit Bürgerbeteiligung nicht sehr viel zu tun. Bürgerbeteiligung ist ein sehr geflügeltes Wort. Die Frau Kollegin Frech hat in ihrem Antrag auch hineingeschrieben, dass es eine Vielfalt an Methoden gibt und diese Vielfalt an Methoden wenden wir in der Stadt zum Teil auch an. Es gibt aber auch viele Methoden, die wir noch nicht angewandt haben, die aber in anderen Städten und anderen Regionen auch angewandt werden. Ich möchte ein paar Beispiele bringen, wo ich denke, dass Bürgerbeteiligung in Steyr funktioniert hat, aber auch Beispiele bringen, wo es nicht funktioniert hat. Wenn ich mich erinnere, wie das Stadtentwicklungskonzept entstanden ist. Nur ein Bild, das ich da zeichnen möchte. Der Stadtsaal ist voll mit Bürgern aus Steyr, vorne ein Plan, ungefähr so groß, vielleicht war er ein bisschen größer, am Podium die Politiker, und da ist über Stadtentwicklung diskutiert worden. Das war die Bürgerbeteiligung, auch die gesetzlich und rechtlich geforderte Bürgerbeteiligung die notwendig war. Das hat überhaupt nichts gebracht. Die Bürgerbeteiligung bei der Stadtentwicklung hat nicht funktioniert. Das Einzige was wir gemacht haben ist, dass wir die Bürger angeschrieben haben und haben ihnen gesagt, bringt Stellungnahmen in schriftlicher Form. Aber Bürgerbeteiligung, wirkliche, ehrliche Bürgerbeteiligung schaut natürlich ganz, ganz anders aus.
Noch ein Beispiel, die Zukunftswerkstatt. Auch eine Frage an den Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Nicht Zukunftswerkstatt, Zukunftskonferenz!

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Ja, Zukunftskonferenz. Vor einem Jahr glaube ich war es. 60, 70 Steyrer Bürger wurden eingeladen, ein sehr aufwendiger Prozess, wir haben uns alle ein Wochenende Zeit genommen, und haben heftigst diskutiert. Meines Erachtens sind sehr fruchtbare und wirklich zukunftsweisende Ideen damals geboren worden. Nur, was ist aus dieser Bürgerbeteiligung geworden? Wenn man heute mit den Teilnehmern redet, die damals dabei waren, die fragen sich: „Wieso bin ich da eigentlich drinnen gesessen?“ Das ist nicht Bürgerbeteiligung, das ist Veräppelung der Bürger und so kann man auch nicht ernsthaft einen Prozess steuern, wo es um die Zukunft unserer Stadt geht. D. h., es ist sehr wohl Thema, denke ich mir, von uns, wie wir Bürgerbeteiligung in Zukunft machen. Im Antrag ist das ein bisschen verwaschen. Es steht drinnen „bei sämtlichen Vorhaben“. Was sind „sämtliche Vorhaben“? Ich denke mir, das kann natürlich genauer und das soll auch genauer formuliert werden. Aber dass es einen Handlungsbedarf gibt ist natürlich klar. Ich möchte aber auch die positiven Beispiele zeigen, weil du, Michaela, auch angesprochen hast, Spielplatzplanung. Da gibt es positive

Beispiele. Kindergärten und Schulen und Stadtteile haben z. B. in Steyr Kinderspielplätze gemeinsam geplant. Aber auch dieses derzeit laufende Projekt „teens open space“, wo Jugendliche ihre Freiräume planen, ist auch ein positives Beispiel, oder der Kulturentwicklungsplan, wo auch die Kulturvereine eingebunden werden. Aber, jetzt mein Appell für die Zukunft, es gibt Projekte, wo Bürgerbeteiligung notwendig sein wird. Ich denke an die Planung des Kasernenareals. Schon längst notwendig wäre es gewesen beim Taborknoten und Blümlhuberberg. Da stehen sich Bürgerinitiativen gegenüber. Wenn wir die gleich in den Planungsprozess miteinbezogen hätten, hätten wir uns einiges erspart. Darum hoffe ich doch, dass Bürgerbeteiligung bei uns ein bisschen ernsthafter diskutiert wird. Wir haben uns im Ausschuss schon darüber unterhalten müssen, ob jetzt ein Moderater notwendig ist. Wer professionelle Bürgerbeteiligung macht, weiß natürlich auch, dass diese Methoden professionell umgesetzt werden müssen, und da ist der Moderator und der Projektplan einmal das Wichtigste. Darum, einfach zu sagen, wir werden eh alle 6 Jahre gewählt und wir vertreten da herinnen die Interessen der Bürger, das ist meines Erachtens zu wenig. Es gibt genug Leute in Steyr, aus allen Generationen, die bei Projekten, ich sage jetzt speziell projektorientiert mitreden wollen, wo wir auch auf das Know-how dieser Betroffenen nicht verzichten sollen und darum wünsche ich mir doch, dass wir uns heute darauf einigen, einen Grundsatzbeschluss zu fällen, und dass wir uns darauf einigen, dass wir uns über Methoden und Anwendungsgebiete in der Stadt unterhalten, wo wir Bürgerbeteiligung durchführen können.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Vzbgm. Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Meinen sehr verehrten Damen und Herren, liebe Antragsteller. Ich würde gerne so einem Antrag auf mehr Beteiligung von Bürgern zustimmen. Das ist überhaupt keine Frage. Das tut einer Demokratie immer gut. Nur in dieser Form einen Grundsatzbeschluss für mehr Bürgerbeteiligung zu machen ist wirklich mehr als schwach. Ich habe mir hier, wenn man so einen Antrag einbringt, inhaltlich mehr Substanz gewünscht. Wenn man so einen inhaltlichen Antrag einbringt, gehört es auch dazu, dass man miteinander redet. Ich muss ja auch mit dem Bürger reden. Wenn ein Gemeinderat oder eine Gemeinderätin nicht einmal innerhalb der anderen Fraktionen im Gemeinderat so etwas vorher abspricht, ja welche Legitimation haben wir jetzt da, ein wahnsinnig aufwendiges Bürgerbeteiligungsverfahren dann einzubeziehen, wenn man nicht einmal miteinander so einen wichtigen Antrag, der ist wirklich wichtig, einbringt, dass man ihn einfach heute als Geck hier einbringt und eine Fraktion halt bittet, dass er unterschreibt. Ich bin mehr als, ich finde kein passendes Wort dafür, aber jedenfalls dieser Antrag ist für den Sinn nicht passend und jenseits von einer seriösen Gemeindegemeinschaft. Einen Satz, wahrscheinlich ist er auch der Oberflächlichkeit, der Sinn, zum Opfer gefallen ist unter Pkt. 4), also der vierte Kreis, den ich nicht verstehe aber vielleicht kann man das noch erklären – „Damit sichergestellt ist, dass dieses Mehr an Bürgerbeteiligung bewusst gelebt wird, soll einmal pro Jahr ein schriftlicher Bericht dem Gemeinderat vorgelegt werden, in dem sämtliche Aktivitäten/Maßnahmen aufgelistet werden, die der eingangs erwähnten Zielerreichung dienen.“ Ja, was ist damit gemeint? Ich hätte mir vorgestellt, wenn wir uns im GR auseinandersetzen über mehr Bürgerbeteiligung, dann muss man natürlich das Statut der Stadt Steyr ändern. So einfach ist das. Da gibt es einige Paragraphen drinnen über mehr oder weniger an Bürgerbeteiligung, Bürgerbefragungen und Bürgerinitiativen, da kann man die Rahmenbedingungen ändern oder so belassen oder wie benütze ich das, oder ich gebe mir einen Katalog, dass ich sage, okay, wichtige Fragen der Stadtentwicklung z. B. oder Budget, das wird dem Volk vorgelegt, oder ich beziehe die Bürger bei wichtigen Entscheidungen mit ein, was ja auch tatsächlich in vielen Bereichen in den letzten Jahren auch passiert ist. Insbesondere auch im Verkehrsbereich. Ich gebe meinem Vorredner Recht, dass ein negatives Beispiel für eine misslungene Bürgerbeteiligung die Zukunftskonferenz ist. Die Bürger die daran teilgenommen haben, sind bis heute frustriert, weil kein Zeitplan und keine Zeitachse vorhanden ist. Ja, was passiert denn jetzt? Es ist ein großer Wunschkatalog dort veröffentlicht worden, alle haben sich gefreut, dass sie mitreden dürfen aber sie haben nie wieder etwas gehört außer einer Presseaussendung des Rathauses. Das war mehr als ein Wunsch an das Christkind. So war es. Wenn man Bürgerbeteiligung und mehr Einbeziehung der Bürger ernst nimmt, muss man das innerhalb des Gemeinderates vorbereiten und dann ist der GR gut beraten, so einem Antrag zuzustimmen, aber diesem Antrag werde ich meine Zustimmung nicht geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Payrleithner.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:
Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, mehr Bürgerbeteiligung,

wer wünscht sich das nicht. Wenn man 12 Jahre in diesem Gemeinderat tätig ist, dann hat man das ja ein paar Mal miterleben können, wie das in der Praxis aussieht, wenn Bürger ihr Interesse an konkreten Projekten hier gezeigt haben. Ich darf vielleicht stellvertretend zwei Beispiele hier nennen, weil nämlich dieser Antrag auch von der ÖVP-Fraktion unterschrieben ist und es zeigt auch, wie sie in der Praxis mit diesen Dingen umgegangen sind. Ich darf in Erinnerung rufen wie das Thema war Krenngründe und vielleicht die Überdachung des Eislaufplatzes, wie man damit umgegangen ist. Ihr leider inzwischen verstorbene Vorgänger Schloßgangl hat das Projekt auch damals durchgezogen mit der Rathausmehrheit und bei der Überdachung des Eislaufplatzes, der Kollege Pfeil wird das sicher noch gut in Erinnerung haben, haben sich die Bürger damals massiv eingebracht. Damals wollte man diesen Menschen nicht einmal eine Parteienstellung einräumen, weil sie als direkte Anrainer auch bei der Gestaltung, vor allem was die Lärmentwicklung anbelangt, mitsprechen wollten. Also, wenn man derartige Dinge hier beschließt, dann sollten das keine Allgemeinplätze sein, sondern dann muss man sie auch mit Leben erfüllen und in der Praxis dann mit den Bürgern diese Dinge gemeinsam auch durchgehen, sonst bleibt das so wie in der Vergangenheit, reine Ankündigungen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Herr StR Mayrhofer bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben bewusst sehr viel Spielraum gelassen, weil wir einfach der Meinung waren, es soll ein grundsätzliches Bekenntnis zu mehr Bürgerbeteiligung sein und es soll intern noch ausgehandelt werden, wie können wir uns im Detail dieses Mehr an Bürgerbeteiligung vorstellen. Wenn der Kollege Pfeil sagt er kann diesem jetzt vorliegenden Antrag nicht zustimmen weil er ihm zu wenig präzise oder aussagekräftig ist, dann möchte ich einen Ergänzungsantrag stellen, nämlich:

Nach § 9 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr stelle ich folgenden

Ergänzungsantrag

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Ausschuss für Finanz, Recht und Wirtschaft soll Richtlinien für mehr Bürgerbeteiligung in Steyr erarbeiten.

Herr Bürgermeister, ich darf ihnen diesen Antrag überreichen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Wünscht noch jemand das Wort? Herr StR Oppl.

Herr StR Mayrhofer, einen Ergänzungsantrag gibt es in den Statuten nicht. Es müsste Zusatzantrag oben stehen. Das gehört bitte umgebessert.

STADTRAT WALTER OPPL:

Liebe Kollegen und Kolleginnen des Gemeinderates, ich denke mir, wichtig ist es, dass wir in der Praxis das durchführen was eigentlich bei uns die Statuten, und das ist ja schon ein paar Mal gefallen, vorsehen. Das ist nämlich die Bürgerbeteiligung. Ich pflichte meinen Vorrednern schon bei, dass das eine besser rennt und das andere schlechter rennt. Aber Faktum, denke ich mir ist, dass auch in unserem Kreis, ganz egal welche Fraktion jeder vertritt, das Bewusstsein, speziell in den letzten Jahren, auch verankert hat, dass eben viele, viele Sachen mit einer Bürgerbeteiligung durchgeführt werden. Ich denke mir, dass viele, viele Sachen, wie ich zuerst schon gesagt habe, die einen besser und die anderen schlechter, durchgeführt werden. Das wird sich auch immer mehr und mehr vermehren. Das finde ich auch gut und richtig so. Ich denke mir aber auch, und das sage ich in aller Offenheit, wenn wir diesen Antrag so beschließen wie er da liegt, wird sich an dem Umstand nicht einmal ein Millimeter verändern, weil es eben, wie es der Kollege Payrleithner auch schon in seiner Wortmeldung gesagt hat, es keine Veränderung bringen wird, weil es steht auf dem Papier. Wenn wir das aber nicht leben, bringt uns das gar nichts. Im Grund genommen, was dieser Antrag enthält, steht an und für sich in unserem Stadtstatut, in unserer Stadtverfassung drinnen. Also denke ich mir brauchen wir jetzt nicht unbedingt extra einen Sonderbeschluss, der unter Umständen die Vermutung aufkeimen lassen könnte, 28. September, Show over, das will ich gar niemanden unterstellen, aber wenn wir so sachlich weiter arbeiten, und es gibt wirklich genug Beispiele, und ich denke mir, der Bürgermeister wird das in seinem Schlusswort auch noch dementsprechend anführen,

dann wird jeder zur Erkenntnis gelangen, dass wir sehr wohl, speziell in der letzten Legislaturperiode, das Instrument der Bürgerbeteiligung sehr wohl sehr, sehr verstärkt, gegenüber früher, in Angriff genommen haben und es auch praktizieren. Es ist immer zu wenig, das ist überhaupt keine Frage, aber wir sind auf dem richtigen Weg und daher denke ich mir, brauchen wir nicht unbedingt jetzt einen eigenen Antrag ihn zu beschließen, nämlich das zu beschließen was wir de facto eh schon leben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Sachlich wird die heutige Sitzung, wie es scheint, nicht so laufen, kommt mir vor, wie du es erwähnt hast.

Nächster ist Herr GR Hauser.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Geschätztes Präsidium, sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Der Antrag, der kommt mir so vor, wie wenn permanent immer wieder versucht wird auf die Finger zu klopfen und auf der anderen Seite gilt ja natürlich meistens dieses Vorhaben der Bürgerbeteiligung nur dann, wenn ich selbst mit meinen Anliegen womöglich dort oder da nicht durchkomme. Denn letztlich ist es ja so, dass jeder von uns, wenn er wirklich mit der Bevölkerung Kontakt hat, weil sonst würde er ja wahrscheinlich auch nicht gewählt in vielen Bereichen, auch weiß was die Bevölkerung gerne möchte. Wenn er halt dann diese Interessen nicht durchbringt, dann wird er halt versuchen ein anderes Element umzusetzen und da gibt es halt die Bürgerbeteiligung. Ist eh alles vernünftig, gescheit und gut und daher ist es ja auch für viele Dinge im Stadtstatut schon so vorgesehen. Nur, dass man dann so tut, wie wenn diese Dinge bei uns nicht vorkommen würden, das ist aus meiner Sicht doch sehr übertrieben. Denn wenn ich höre, dass z. B. eine Zukunftskonferenz durchgeführt wurde und es gibt aus dieser Zukunftskonferenz nichts, dann muss ich mir denken, also was sind jetzt z. B. diese Reihe vom „Stadtplatz im Aufbruch“. Das ist ein Ergebnis der Zukunftskonferenz. Dass die erste Meldung die hinausgefaltert ist aus dieser Zukunftskonferenz gelautet hat „autofreier Stadtplatz“ und halb Steyr war auf den Füßen, weil sie gesagt haben, das kann überhaupt nicht sein, weil natürlich einerseits die Wirtschaft, andererseits die Bewohner in dieser Gegend gesagt haben, so geht das nicht. Daher muss man dann halt auch gewisse Dinge überlegen, planen und gdm. Wir planen ja jetzt unter anderem auch einen Standort für eine Garage. Daher denke ich mir ganz einfach, dass wir nicht so tun sollten als wenn diese Dinge nicht passieren. Wenn ich dann so höre z. B. Planung Tabor- und Posthofknoten. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, gerade ich selbst war Initiator von zwei Informationsveranstaltungen dort oben und Einbindungsveranstaltungen um den Leuten zu sagen wie das ist. Dann gibt es dort drei Bürgerinitiativen, jede will genau was anderes und keine rückt einen Millimeter von dem ab und jeder arbeitet nach dem Prinzip, dass er sagt, ihr dürft alles tun, nur beim Nachbarn. Jetzt sagt mir bitte schön, was macht man denn mit der Bürgerbeteiligung wenn drei Bürgerfronten voreinander stehen und sagen es ändert sich nichts, dann bleibt halt alles so wie es ist. Irgendwann brauchen wir aber auch Leute, die Entscheidungen fällen für eine positive Entwicklung in dieser Stadt und daher denke ich mir, das Allheilmittel wird es nicht sein, einen Grundsatzbeschluss zu fällen, ob Bürgerbeteiligung verstärkt werden muss oder noch intensiver gelebt werden muss als es schon wird, sondern es wird notwendig sein zu versuchen mit unserem persönlichen Einsatz, jedes einzelnen Mandatars und jeder einzelnen Mandatarin, dafür zu sorgen, dass wird den Leuten, den Bewohnern, den Bürgern und Bürgerinnen unserer Stadt auch klar machen können worum es geht in der Politik die hier versucht wird umzusetzen. Ich glaube, das würde dann genauso zum Ziel führen als wenn wir irgendwelche fadenscheinigen Grundsatzbeschlüsse fällen die letztlich in vielen anderen Bereichen sowieso schon umgesetzt werden.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Herr Vzbgm. Bremm bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte zur Geschäftsordnung einen Antrag stellen. Vielleicht vorweg, natürlich liegt die Bürgerbeteiligung jeden am Herzen. Ich glaube auch nicht, wie wenn man so tun kann als ob wir keine Bürgerbeteiligung machen würden. Wir sind gewählte Mandatäre die sich ja wieder der Wahl stellen und mit den Bürgern Kontakt haben. Natürlich ist es wünschenswert, wenn sich auch mehr an verschiedenen Entwicklungen interessieren und teilnehmen würden. Uns ist dieser Antrag auch wichtig, wir wollen da jetzt auch nicht mit Mehrheit drüberfahren, weil uns hier der Hauptantrag zu offen ist, der ist zu wenig konkret. Aus diesem Grund stelle ich den Antrag, dass wir diesen Antrag an den Finanz- und Rechtsausschuss zurückweisen, der sich damit beschäftigt und dann vorbereitet für eine der nächsten GR-Sitzung um zu konkretisieren, wie es auch der Dr. Pfeil formuliert hat, damit man schon konkretisiert, wie man dieses wichtige Thema dann in

einem wirklich gut vorbereiteten Antrag auch im Gemeinderat beschließen könnte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke, jetzt steht der Antrag zur Geschäftsordnung zur Diskussion. Jede Fraktion hat eine Wortmeldung. Wer beginnt? Herr StR Mayrhofer.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren. Lieber Kollege Bremm, fällt es so schwer dem Zusatzantrag einfach zuzustimmen und damit dasselbe zu erreichen was deine Rückweisung beinhaltet, diese Zuweisung?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Der Antrag wäre gestorben.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Der wäre nicht gestorben, bitte schön, man braucht nur zuzustimmen. Es geht nur um eines, ich bekenne mich nicht klar dazu, sondern ich sage einfach weg, diskutieren wir nicht mehr im Gemeinderat, geben wir ihn in den Ausschuss und was dort dann passiert, ich bekenne mich hier im GR nicht offen und klar für mehr Bürgerbeteiligung und darum haben wir diesen Hauptantrag unterstützt und diesen Ergänzungsantrag gestellt. Ich ersuche diese Vorgangsweise wirklich so zu belassen, dass wir uns hier zum Hauptantrag mit dem Zusatzantrag bekennen und die Details im Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss dann beschließen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Herr Mayrhofer, aber der Zusatzantrag der lautet ja auch: „Der Ausschuss für Finanz, Recht und Wirtschaft soll Richtlinien für mehr Bürgerbeteiligung in Steyr erarbeiten.“ Für mich ist da jetzt überhaupt kein Unterschied. Der Hauptantrag sagt ja nicht viel aus, da haben wir ja noch keine Details. Also jetzt weisen wir auch das Ganze dem Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss zu. Genau der Antrag ist jetzt auch gekommen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Sie sind klar gegen Bürgerbeteiligung!

Zwischenruf: Das brauchst uns du nicht sagen!

Diskussion verschiedener Mandatare

Ordnungsruf

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Herr Mayrhofer, wären sie so viel bei den Bürgern wie ich, ich muss eines sagen, ich habe es noch nicht erwähnt, aber im neuen Alten- und Pflegeheim wird ein Leitbild entwickelt, da werden die Bürger miteinbezogen und das wird erarbeitet und dann umgesetzt und das ist in der Homepage zu finden. Da brauche ich da herinnen nicht groß reden, weil die Presse herinnen ist, sondern eine Bürgerbeteiligung macht man wenn man es will und wir machen es in dem Zusammenhang. Das würde ich schon einmal ersuchen, dass sie das auch zur Kenntnis nehmen.

Jetzt steht der Antrag zur Geschäftsordnung. Grüne bitte.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Ich denke mir, das eindeutige Bekenntnis wäre natürlich dem Hauptantrag die Zustimmung zu geben. Das wäre das eindeutige Bekenntnis. Ob jetzt eine Abänderung beim Geschäftsordnungsantrag oder so, das ist im Prinzip ja gleich. Das eindeutige Bekenntnis der Öffentlichkeit gegenüber wäre der Hauptantrag.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Dann muss er aber ordentlich formuliert sein. Frau Mag. Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Diese Meldung zur Geschäftsordnung ist normalerweise ja eher etwas kurz, ich werde, ich hoffe dass sie das nachvollziehen können, meine Wortmeldung etwas länger ausbreiten und ich werde sie

zweiteilen. Und zwar das eine ist einmal, man sieht sehr deutlich, jetzt sind Argumente gefallen, erst ist es um meine Person gegangen, gut, dazu werde ich mich noch zu Wort melden, aber wenn man sich rein auf den Antrag bezieht, dann ist jetzt als Gegenargument gekommen, wir haben ja ein Statut wo das bereits drinnen steht. Das ist einer jener Punkte. Sie werfen mir mitunter vor, ich bin so ein i-Tüpfel-Reiter usw. Ja aber nur weil ich das bin und dieses Statut auch gelesen habe im Laufe der Zeit, und da werden sie mir alle die Zustimmung erteilen oder die Zustimmung geben, war es eben so, dass man manche Dinge plötzlich anders gesehen hat als bisher, weil man draufgekommen ist, was da alles drinnen steht. Früher hat man nicht einmal hineingeschaut. Anscheinend haben manche, die das jetzt argumentiert haben, auch nicht hineingesehen, wenn sie sagen, unser Statut sieht das vor. Ich darf ihnen den § 70 Stadtstatut, nur kurz einen Satz daraus bringen, dadurch wird der Inhalt nicht verändert. Information der Einwohner: Da steht, es ist ein ziemlich langer Satz: „Wenn es um ganz wichtige Vorhaben geht, sind die Gemeindemitglieder über das Vorhaben ausreichend, zeitgerecht, möglichst noch im Planungsstadium zu informieren.“ Da ist kein Wort von einbinden. Einbinden ist halt schon etwas anderes als informieren. Das macht einen Unterschied. Wenn sie mir dann vorwerfen ich bin ein i-Tüpfel-Reiter, ist doch eh völlig egal, weil Information ist etwas anderes als Einbindung. Information heißt, so ist es, wir sagen euch, wie wir es jetzt machen. Einbinden ist, die Leute tatsächlich um ihre Wünsche und Bedürfnisse zu fragen. Da ist das Einzige, was ich jetzt in der Schnelligkeit gefunden habe zum Thema Bürgerbeteiligung was wirklich vorgeschrieben ist. Informieren müssen wir die Leute, mehr, laut Staut, nicht. Es hindert uns aber niemand über dieses Statut hinauszugehen. Das, was ich mit diesem Antrag hier und heute erreichen wollte, war nichts anderes als ein klares Bekenntnis des Steyrer Gemeinderates zu mehr Bürgerbeteiligung. Ich glaube nicht, dass das so schwierig sein kann. Sie wissen eines ganz genau, wer te Kolleginnen und Kollegen, es ist immer die gleiche Masche. Wenn man einem Antrag nicht die Zustimmung erteilen will weil man sich auf den Schlipps getreten fühlt, weil das halt die 1-Frau-Fraktion macht und nicht eine größere Fraktion, dann findet man immer einen Grund. Entweder ist der Grund es ist zu schwammig formuliert, aber genau bewusst schwammig formuliert, weil wenn ich es nämlich ganz gezielt und konkret mache heißt es sofort ich würde ja gerne mitmachen, aber diese eine Satz da drinnen der passt irgendwo nicht und dann erteilen wir nicht die Zustimmung. Genau deshalb ist hier alles offen. Warum ist es offen? Weil es ein Grundsatzbeschluss ist. Wir haben in diesem Gemeinderat schon sehr oft Grundsatzbeschlüsse gehabt. Bei Bauvorhaben. Da haben wir nicht gewusst wie das Bauvorhaben ausschauen wird, wir haben nicht gewusst was es kostet, aber wir waren uns sicher, wir wollen es bauen und wir haben einen Grundsatzbeschluss gemacht. Warum kann man hier nicht einen Grundsatzbeschluss machen für mehr Bürgerbeteiligung? Und sind sie mir nicht böse, wenn sie sich zurückerinnern können was ich zu Beginn bei meiner ersten Wortmeldung gesagt habe zum Antrag, ich habe da herinnen niemanden attackiert. Ich habe niemanden vorgeworfen, dass er bisher nichts gemacht hat. Ich habe sogar geschrieben, es sollte mehr sein als bisher. Ich habe nichts gesagt, dass bisher nichts passiert ist. Ich wollte ihnen wirklich die Möglichkeit geben dem die Zustimmung zu erteilen, ohne dass sich irgendjemand persönlich angegriffen fühlt, weil er einen Grund hat, da nicht mitzugehen. Es tut mir persönlich wirklich sehr Leid, dass man es in diesem Gemeinderat herinnen nicht schafft, mit einem ganz normalen Antrag, der sachlich begründet ist, dem sie ja auch ihre Zustimmung letztlich gegeben haben, indem jeder der heraußen gestanden ist gesagt hat, ich bin ja ohnedies für mehr Bürgerbeteiligung. Ja, wenn das ohnedies so ist, warum kann man da nicht aufzeigen und mitmachen? Und diese Geschichte jetzt an den Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss zu verweisen macht überhaupt keinen Sinn, weil dann gibt es den Grundsatzbeschluss nicht. Wenn man den Grundsatzbeschluss hätte, dann kann man eben zusätzlich, wie der Kollege Mayrhofer vorgeschlagen hat, eine Ergänzung oder einen Zusatzantrag machen und man beschließt dann noch Richtlinien. Das eine hat ja mit dem anderen nur unmittelbar zu tun. Aber anscheinend ist es nicht möglich auf ganz sachlicher, solider Basis da herinnen etwas zu machen. Man findet immer einen Grund, etwas nicht zu wollen.

STADTRAT WALTER OPPL:

Anderer Meinung darf man aber schon sein. Oder?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Sie dürfen anderer Meinung sein, das ist völlig klar, aber sie sollten in ihrer Argumentation dann zumindest bei den Fakten bleiben, in den Statuten ja ohnedies drinnen, dann zeigen sie es mir, wo das drinnen steht. Es steht nicht drinnen. Das ist der Punkt. Man kann sich leicht herstellen da heraußen und sagen, das haben wir eh alles gemacht ...

Zwischenruf: Zur Dringlichkeit!

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Nicht zur Dringlichkeit, sondern zur Absetzung des Geschäftsantrages. Wie gesagt, ich bedaure, dass das so ist und ich muss ihnen ehrlich sagen ich habe in den letzten Wochen, Monaten oft darüber nachgedacht, ob ich weiter mache. Ich habe meine Entscheidung noch immer nicht ganz getroffen gehabt. Aber wenn ich mir so diese heutige, nur so diesen einen Beitrag anschau, zu diesem Thema, dann muss ich ihnen eines sagen, es gibt viele Dinge draußen, außerhalb von diesem Gemeinderat, die ganz anders laufen als hier herinnen, wo man wirklich sachlich mit Menschen zusammenarbeiten kann, aber anscheinend, sobald sie in einem Gemeinderatssaal sitzen, dann bricht irgendwo die Häme aus und dann geht es um Macht und andere Eitelkeiten und alles mögliche. Ich glaube, sie haben mir mit der heutigen Sitzung meine Entscheidung etwas leichter gemacht. Ich bedaure dies sehr, aber wenn ich mir das anschau, mir das weitere 6 Jahre geben zu wollen, spricht das halt nicht unbedingt dafür. Sie haben halt ihr Ziel erreicht, da gratuliere ich ihnen dazu, wenn es so sein sollte. Auf der anderen Seite denke ich mir, gerade weil es so ist, müsste man eigentlich weiter kämpfen und darf sich nicht vertschüssen, auch wenn man wenig Hoffnung hat dieses System hier herinnen zu ändern. Man wird es wahrscheinlich nicht. Es wird sich wahrscheinlich wirklich nur dann ändern, wenn eben mehr Bürger sich beteiligen, mehr Einblick bekommen und merken, durch dieses Mehr an Bürgerbeteiligung, was hinter den Kulissen so passiert. Also, ich bedaure es sehr, dass nur die Grüne-Fraktion und die ÖVP-Fraktion diesem Antrag die Zustimmung erteilen wird, aber immerhin es sind zwei Fraktionen. Und das sind schon einmal drei Fraktionen. Auch wenn diese drei Fraktionen nicht die Mehrheit hier herinnen haben, so sind es doch drei Fraktionen und mehr als die 1-Frau-Fraktion. Das ist ja auch schon etwas. Man gibt sich ja im Laufe der Zeit mit kleinen Dingen zufrieden. Eines muss ich noch sagen, wenn man mich schon persönlich attackiert, Herr Kollege Eichhübl, es ist okay, das ist in der Politik so, da darf man nicht zart beseit sein, man bekommt seine verbalen Watschen. Das ist so, an das habe ich mich in diesen 5 ½ Jahren auch gewöhnt. Nur eines sollte man schon, Herr Kollege Eichhübl, und das habe ich mir gerade von ihnen nicht erwartet, wenn schon, dann haben sie jetzt Dinge gesagt, wo sie genau wissen, dass sie nicht stimmen. Weil wenn es einen Gemeinderat da herinnen gibt der sich wirklich die Haken abrennt, dann bin das ich. Warum? Nicht weil ich so lieb, brav und nett bin und so fleißig, sondern weil man mir in dieser Stadt nicht einmal das Recht zugesteht, wie in jeder kleinen Landgemeinde, mich vertreten lassen zu dürfen, obwohl ich dafür seit Jahren kämpfe. Sie sitzen glaube ich in zwei Ausschüssen, maximal in drei. Ich bin in zehn und ich gehe zu allen Veranstaltungen ...

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Da können aber wir nichts dafür!

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Nein, aber wenn mir der Kollege Eichhübl vorwirft, und das hat er gemacht, ich würde meine Aufgaben als Mandatar nicht wahrnehmen, ich würde zuwenig wissen, weil ich das ja nur nebenberuflich mache. So ist mein Zeiteinsatz da herinnen, was den Besuch gemeinderätlicher Ausschüsse anbelangt sicher ein sehr viel höherer, und es ist einfach in zwei Ausschüsse zu gehen als in zehn Ausschüsse. Wenn es mir terminlich möglich ist, gehe ich in jeden dieser Ausschüsse. Herr Kollege Eichhübl, lassen sie mich bitte ausreden, ich habe sie auch ausreden lassen.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich habe ja gar nichts gesagt.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Sie haben angesetzt. Und ihnen wird klar sein, in einer Stadt mit mehr als 40.000 Einwohnern, gibt es an einem Abend mehrere Veranstaltungen. Wenn ich bei diesen zwei Veranstaltungen nicht war, das weiß ich, das ist so, dann hatte das auch Gründe. An dem einen Tag war ich auf einer anderen Veranstaltung ...

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Sie brauchen sich bei mir nicht entschuldigen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ich möchte das nur klarstellen. Interessanterweise, sie habe ich bei der ersten Veranstaltung, wo ich war, nicht gesehen.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Da hab ich einen anderen Termin gehabt.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Eben, sie können das. Ich kann das halt nicht.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Also bitte, ich glaube wir kommen jetzt wieder zur Sache.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Ich erwarte mir hier herinnen die Gleichbehandlung aller Mandatare. Wenn der Kollege Eichhübl die Zeit gehabt hat, zu einem Tagesordnungspunkt, wo es um das Thema Bürgerbeteiligung gegangen ist, mir zuerst eine sehr lange Einleitung zu präsentieren zum Thema Hallenbad, dann sehr lange gebraucht hat um mich persönlich zu diffamieren, dann habe ich auch das Recht mir diese gleiche Zeit zu nehmen um Dinge klarzustellen. Wenn man das dem Kollegen Eichhübl gestattet, Herr Bürgermeister sie hätten sagen können das ist nicht zur Sache, sprechen sie zum Thema, sie haben es aber nicht gemacht. Deshalb habe ich genauso das Recht, denke ich mir, im Sinne der Gleichbehandlung, auch wenn ich alleine bin, dass ich mich auch wehren kann gegen solche Vorwürfe. Vor allem dann, wenn sie nicht stimmen. Ich möchte nicht darauf eingehen, wo ich sie überall nicht gesehen habe und in all den Jahren vermisst habe, aber ich habe ein gutes Gewissen, dass ich meine Aufgaben als Mandatar in diesen 5 ½ Jahren immer wahrgenommen habe.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
So, jetzt kommen wir zur Abstimmung über den Antrag zur Geschäftsordnung. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. 22 (SPÖ und FPÖ). Wer ist dagegen? GAL, ÖVP und LIF. Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen. Wir brauchen keine weitere Debatte mehr führen, die anderen Anträge sind abgelehnt.
Ich würde den Gemeinderat ersuchen, dass wir eine kleine Pause machen.

GR Mag. Michaela Frech und GR Ing. Klaus Hoflehner verlassen die Sitzung um 16.30 Uhr.

PAUSE VON 16.30 UHR BIS 17.10 UHR

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Meine sehr geehrten Damen und Herren, nachdem die Beschlussfähigkeit gegeben ist, möchte ich mit der heutigen GR-Sitzung fortfahren. Ich möchte nur erwähnen, dass sich die Frau GR Michaela Frech bei mir schon zu Beginn der Sitzung entschuldigt hat, dass sie nach ihrem Punkt gehen wird und dass sie am weiteren Verlauf der Sitzung nicht mehr teilnehmen wird. Ich wollte das auch nur bekannt gegeben haben. Wir kommen jetzt zu meinem dritten Punkt und da geht es um diesen Austauschbericht, Flächenwidmungsplanänderung Nr. 104, Franziskanergründe.
Im Zuge des Auflageverfahrens für die Neuerstellung des Flächenwidmungsplanes für die Stadt Steyr wurde seitens der Tiroler Franziskanerprovinz, sowie der Firma Rewo GmbH eine Umwidmung der Grundstücke Nr. 389/3, 389/4, 359/3, 1321/3, alle KG Steyr, von Grünland in Bauland bzw. Kerngebiet beantragt. Diesem Antrag wurde im Zuge der Flächenwidmungsplanneuerstellung für die Stadt Steyr nicht nachgekommen. In der Sitzung des Ausschusses für Angelegenheiten der Stadtentwicklung und Stadtplanung vom 25. April 2002 wurde eine entsprechende Neuberatung der gegenständlichen Flächenwidmungsplanänderung besprochen, da seitens des AMS und des BFI für die Errichtung ausreichender Unterbringungsmöglichkeiten zentrumsnahe Ersatzflächen für die bestehenden Bauten gesucht werden.
Da hat es natürlich auch eine entsprechende Diskussion gegeben mit den entsprechenden Stellen auch des Landes und es hat entsprechende Ergänzungsvorschläge des Landes OÖ gegeben. Schließlich und endlich sind diese Ergänzungsverbesserungsvorschläge eingearbeitet worden und entsprechend berücksichtigt worden. Im Zuge der öffentlichen Auflage gemäß § 33 des Raumordnungsgesetzes wurden Stellungnahmen bzw. Einwendungen der Grundeigentümer bzw. Nachbarn, Weinberger und Rogalsky, alle Steyr, Gabelsbergerstraße 1, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Schwager, eingebracht, die sich gegen die beabsichtigte Kerngebietswidmung und Schutzzonen aussprechen. Diese Stellungnahmen sind jedoch nicht geeignet, die Ausführungen des Stadtbauamtes in der Grundlagenforschung samt angestellten Erwägungen zur vorliegenden Flächenwidmungsplanänderung zu entkräften. Ich bitte daher diesem Antrag zuzustimmen.

3) BauGru-32/02 Flächenwidmungsplan; Änderung Nr. 104; Franziskaner Gründe.

Antrag des Ausschusses für Angelegenheiten der Stadtentwicklung und Stadtplanung an den Gemeinderat.

Der Gemeinderat möge die Flächenwidmungsplanänderung Nr. 104 – entsprechend den Plänen der FA Stadtentwicklung und Stadtplanung vom 10. Juni 2002, überarbeitet mit 20. 1. 2003, und den Ausführungen im Amtsbericht der FA für Baurechtsangelegenheiten vom 8. Mai 2003, beschließen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Bevor wir in der Tagesordnung mit den Berichten fortfahren, möchte ich Herrn Dr. Maier ersuchen uns das kurz zu erklären.

SR DR. JOSEF MAIER:

Die wesentlichen Eckdaten dieser Flächenwidmungsplanänderung hat der Herr Bürgermeister aus dem Amtsbericht zitiert, es ist dieses Flächenwidmungsplanänderungsverfahren ja im Verordnungsverfahren, das mit Beschluss des Gemeinderates und Kundmachung erledigt wird. Es hat im Rahmen der öffentlichen Auflage so etwas gegeben wie ein Bürgerbeteiligungsverfahren wo die zitierten Einwendungen gekommen sind. Darüber hinaus ist also noch eine Einwendung zu zitieren die verspätet gekommen ist, es war dies der Dr. Schubert, der einen Tag zu spät Einwendungen gebracht hat und außerdem waren diese Einwendungen unbegründet. Also, er hat die Begründung weggelassen. Die Schlussfolgerung daraus ist, dass aus der Grundlagenforschung des Bauamtes eindeutig diese Thematik mehrfach behandelt wurde. Es gibt also sachlich keinen Einwand den planerischen Überlegungen dort ein Kerngebiet auszuweisen und zu widmen, dass irgendwas entgegensteht.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke Herr Dr. Maier. Wenn es noch Fragen gibt, steht Herr Dr. Maier jederzeit zur Verfügung. Wir steigen jetzt in die Diskussion ein. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Vzbgm. Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates, diese Änderung des Flächenwidmungsplanes ist wohl eine der wichtigsten Änderungen der Legislaturperiode, was die Stadtentwicklung betrifft. Das kann man mit Fug und Recht sagen, es geht hier um den Grünzug der Stadt Steyr. Ich möchte den Hergang etwas genauer schildern. Es ist richtig, dass in der Sitzung des Ausschusses für Angelegenheiten der Stadtentwicklung, Stadtplanung vom 25. April eine entsprechende Neuberatung dieser Flächenwidmungsplanänderung auf der Tagesordnung war und besprochen worden ist. Es ist auch richtig, dass erzählt worden ist, dass das AMS und BFI hier ein Interesse bekundet haben, sich dort einzumieten bzw. einen neuen Standort zu suchen. Das öffentliche Interesse ist nicht nachgewiesen worden. Es sagt der Herr Bürgermeister damals, das öffentliche Interesse wird dann beigebracht, weil im Akt waren keine Unterlagen über die Grundlagen was öffentliches Interesse ist. Der oberste Gerichtshof hat genau festgestellt, was öffentliches Interesse ist und auch im gegenständlichen Akt, ich habe den ganzen Akt hier, findet sich kein Hinweis, dass das öffentliche Interesse nachgewiesen worden ist. Ich frage den Herrn Bürgermeister hier zu Beginn meiner ersten Wortmeldung, er soll bitte dem Gemeinderat erklären, wie das öffentliche Interesse hier nachgewiesen wird. Es gibt lediglich Absichtserklärungen oder Interessensbekundungen aber im ganzen Akt ist nicht nachvollziehbar, was dort passieren soll. Zum näheren Verständnis, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe hier den Lageplan. Sie wissen alle, um was es sich dreht. Es geht hier um den dreieckigen Grünzug vom Schloss Lamberg weg, der im Wesentlichen von Eingriffen noch weitestgehend verschont ist, wo ein großer Keil herausgeschnitten werden soll. Das ist hier orange eingezeichnet. Etwas größer drauf fotokopiert handelt es sich um diese Fläche hier, das von Grünland in Kerngebiet umgewandelt werden soll. Als besonderen Frevel halte ich, dass man die Straßenauffahrt dann im Gegenzug dafür als Grünland ausweist. Also das ist für mich überhaupt das Ärgste und fast eine Frotzelei der Bürger. Ich lese ihnen nur ein paar Stellungnahmen aus dem Akt vor. Die Abteilung örtliche Raumordnung, Abteilung des Landes OÖ schreibt am 8. November 2002 zu diesem Akt: „Zur Umwidmung der Grundstücke, ich verzichte auf die Nennung der Nummern, von derzeit Erholungsfläche Spielplatz in künftig Kerngebiet mit besonderer Widmung zur Errichtung von öffentlichen Einrichtungen, wird aus fachlicher Sicht festgestellt, dass entsprechend den vorgelegten Unterlagen, die Aspekte der Stadt bzw. des Ortsbildes kaum behandelt wurden.“ Weiters, es gibt ein Schreiben der Umweltschutzkommission von OÖ, datiert Eingang 23. Oktober 2002, auszugsweise: „Dem Bewahren alter Baumbestände muss wegen der langen Entwicklungszeit unbedingter Vorzug gegenüber der Anpflanzung neuem Grüns gegeben werden, zumal für neue Busch- und Baumgruppen nur wenig Platz zur Verfügung steht und eher aufgelockerte, singuläre Platzbepflanzungen anstelle größerer, geschlossener

Bestände, wie in diesem Umwidmungsgebiet noch der Fall ist, begründet werden.“ Das war zu einem Zeitpunkt, wo die wichtigsten Bäume bereits am Boden lagen, meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Die lagen bereits am Boden. Es gibt einige Schreiben dann vom Hause hier. Ein Antwortschreiben seitens des Baurechtsamtes: „Auf die von der OÖ Umwelthanwaltschaft vorgebrachten Überlegungen den bestehenden Baumbestand unangetastet zu lassen, man muss sich vorstellen, das ist datiert vom 7. November 2002, wo die wesentlichsten Bäume bereits weggeräumt waren, soll auch im Sinne der FA Stadtplan in der Detailplanung eingegangen werden.“ Also, das ist wirklich ein sehr, sehr merkwürdiger Vorgang. Ferner aus einem Schreiben von Regionsbeauftragten für Natur und Landschaftsschutz. Aber das ist ein Beamter im Haus, der quasi sich selber einen Brief wieder geschrieben hat. Der DI Grabner meint natürlich dann: „Es sind keine negativen Auswirkungen seitens des Regionsbeauftragten für Natur und Landschaftsschutz zu sehen.“ Der wohl entscheidendste Brief, ein Schreiben vom 6. März 2002, seitens des Rathauses an die Styria Gemeinnützige Wohn- und Siedlungsgenossenschaft wo auszugsweise drinnen steht: „Nach genauerer Betrachtung ist eine Zu- und Abfahrt, die geplante Tiefgarage dort, von der Redtenbachergasse aus der Vorrang zu geben. Eine ausreichende Rücksparspur ist einzuplanen.“ Wenn man jetzt schon weiß, was in der Redtenbachergasse los ist, dann kann man sich nicht vorstellen, dass dann noch zusätzlicher Verkehr möglich ist. Zusätzlich, steht hier wörtlich: „Insgesamt darf jedoch darauf hingewiesen werden, dass es erforderlich scheint, ein Verkehrsgutachten, bezogen auf die Belastbarkeit der sog. Forumkreuzung, Leopold Werndl-Straße, Tomitzstraße, zur Stellung den Nachweis zu erbringen, keine negativen Auswirkungen durch das zusätzliche Verkehrsaufkommen zu bewirken.“ Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben an dieser Kreuzung eine Belastung von über 130 % des geplanten Verkehrsaufkommens. Jetzt schon. Wie kann man sich vorstellen, dass eine zusätzliche Garage in diesem Bereich, das Verkehrsaufkommen nicht dort negativ beeinflusst. Ich kann mir das nicht vorstellen. Ferner: „Die Auffahrt Schloss Voglsang selbst wird als Grünland gewidmet werden.“ Also, das ist wohl wirklich das Unverständlichste an der ganzen Sache. „Um einen Einleitungsbeschluss zur Umwidmung in Bauland der infrage kommenden Grundstücksflächen im Ausschuss für Stadtentwicklung und Stadtplanung zu erreichen, ist der Nachweis der Verwendung, dass die Bauflächen im öffentlichen Interesse sind.“ Herr Bürgermeister, jetzt liegt es an ihnen, sie haben das angekündigt hier in dieser Sitzung, dass das öffentliche Interesse nachgewiesen werden wird. Bis heute ist aus dem gegenständlichen Akt keine Urkunde ersichtlich, dass das öffentliche Interesse hier ist. Ich habe auch mit den entsprechenden Stellen, AMS und BFI, diese Woche noch einmal Kontakt aufgenommen und auch hier gibt es keine konkreten Aussagen darüber, dass hier konkrete Absiedlungs- oder Siedlungsanlagen vorliegen. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Wünscht noch jemand das Wort? Herr Kupfer bitte.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
Geschätzte Kollegen und Kolleginnen, geschätzte Gäste, ich möchte auch keinen Hehl daraus machen, dass ich nicht besonders glücklich über diese Umwidmung bin. Ich habe das auch mehrmals dokumentiert bei meinen Wortmeldungen im Planungsausschuss, weil ich ähnlich, ich sage einmal ähnlich, wie der Kollege Pfeil auch denke, dass besonders in dieser zentralen und sensiblen Lage unserer Stadt wir sehr vorsichtig sein müssen, was eine Bebauung betrifft. Ich möchte sozusagen meine erste Wortmeldung auch in Richtung öffentliches Interesse wenden, denn ich denke mir es ist tatsächlich die entscheidende Frage. Wenn wir uns hier im GR dafür entscheiden dort eine Umwidmung zu machen, dann muss das öffentliche Interesse gewahrt sein. Wir wollen dort nur eine Bebauung haben, nur eine Nutzung haben, wo auch eine öffentliche Gebietskörperschaft, ein öffentliches Amt, wie auch immer, aber zumindest eine Einrichtung hinkommt, wo dieses öffentliche Interesse laut Gesetz auch gewährleistet ist. Das ist meines Wissens bis heute nicht klar. Ähnlich wie der Kollege Pfeil habe auch ich mich beim BFI und AMS informiert. Beim BFI kann man es sowieso gleich einmal ausschließen, das BFI hat an diesem Grundstück, von dem wir heute reden, kein konkretes Interesse. Hier geht es speziell um das AMS, das sich eine Nutzung vorstellen kann. Das AMS hat einen internen Wettbewerb, wie das wahrscheinlich eh alle wissen, ausgeschrieben. Es gibt jetzt noch vier Standorte die zur Verfügung stehen und die ausgewählt werden müssen. Einer davon ist dieser Standort. Jetzt sind wir in dieser skurrilen Situation, und auch hier im Gemeinderat in dieser skurrilen Situation, dass wir sozusagen heute eine rechtliche Grundlage für das AMS schaffen müssen, damit sie dann entscheiden können, ob sie diesem Standort unter Umständen zustimmen. Ich möchte nur sagen, was ist, wenn wir heute diese rechtliche Entscheidung treffen, ein Umwidmungsverfahren einleiten und das AMS sich anders entscheidet. Dann haben wir dort ein umgewidmetes Kerngebiet mit einer Nutzung die nicht klar ist. Diese Gefahr gehen wir ein und diese Gefahr ist mir ehrlich gesagt, bei dem Wissensstand den wir heute haben, zu groß. Darum warte ich

ehrlich gesagt schon auf Lösungsvorschläge auch vonseiten der Stadt, wie man diese Gefahr einschränken kann bzw. eine Sicherheit für uns im GR auch gegeben ist, dass dort tatsächlich eine öffentliche Nutzung gewährleistet ist. Welche Rahmenbedingungen dann gesetzt werden müssen damit es auch stadtbild-, ortsbild- und verkehrsverträglich ist, da können wir uns vielleicht in einer zweiten Runde unterhalten.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Herr Stadtrat Mayrhofer bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Ja, meine geschätzten Damen und Herren, diese Diskussion ist ja nicht neu. Wir haben sie in allen Gremien bisher schon gehabt und wir haben sie nicht nur gestreift oder einfach abgestimmt, sondern wirklich im Detail auch besprochen. Gerade im Planungsausschuss, weil jetzt das Interesse von diesen zwei Instituten mehr oder weniger infrage gestellt wird, sind ja auch vorgelegt worden, ich weiß nicht warum sie nicht beim Akt sind, aber sie wurden uns im Planungsausschuss gezeigt, da gibt es zwei Schreiben, das eine vom AMS und das andere vom BFI, wo sie ihr Interesse, hier mit ihren Räumlichkeiten herzugehen, bekunden. Ich darf ihnen als Mitglied des AMS-Bezirksbeirates mitteilen, dass wir einen einstimmigen Beschluss gefasst haben zu übersiedeln, das ja auch mit der Ausschreibung natürlich dokumentiert ist. Dass man ein Objekt wie das AMS natürlich nicht ohne Gegenangebote irgendwo hingeben kann ist auch klar, aber erste Priorität ist der unmittelbare Zentralraum. Also je näher beim jetzigen Standort desto besser. D. h. ganz klar bitte schön, und das war ein einstimmiger Beschluss, sollte das Areal bei den Franziskanergründen umgewidmet werden und zur Verfügung stehen, dann hat das die höchste Priorität für das AMS. Die Endentscheidung wird natürlich in Wien getroffen, aber die Region hier hat ein sehr starkes Mitspracherecht.

Das Zweite: Öffentliches Interesse und öffentliche Nutzung. Der Kollege Kupfer hat es richtig angeführt, entscheidend ist, dass hier eine öffentliche Nutzung passiert. Wir dürfen nur eines nicht vergessen, über das Areal was wir hier sprechen, das war gewidmetes Bauland. Über Ersuchen der damaligen Besitzer, der Patres des Franziskanerordens, um Geld zu sparen, um die hohen Grundsteuern zu sparen, hat man um Rückwidmung ersucht. Es geht also nicht darum, dass man etwas, was nicht geplant gewesen wäre, jetzt wieder herstellt. Das was der Kollege Pfeil angeführt hat, bitte schön, schauen wir uns in der Natur wirklich diesen, wie sie sagen, Grüngürtel an, der unterbrochen ist, ganz klar abgegrenzt ist durch die Sepp-Stöger-Straße, durch die Villen bitte schön die direkt dahinter sind. Wenn man sich das Gebiet, das wir hier ansprechen, anschaut, da sind ja bitte drei große Bauten auch drinnen. D. h., es ist ein natürliches Gebiet und ist eine Arrondierung des Ortskerngebietes. Leicht hat man sich diese Entscheidung wirklich nicht gemacht, auch bei den Fachabteilungen nicht. Ich darf wirklich an die stundenlangen Diskussionen erinnern ob das gut ist oder nicht und hier sind wir ganz klar zur Entscheidung gekommen, es ist in Ordnung das wieder, ich betone wieder, in Bauland zu widmen. Wenn wir sagen öffentliche Nutzung, alleine wenn ich mir den Wunsch der Styria anschau, hier neben anderer Nutzung ihre Zentrale zu machen, eine Wohnbaugenossenschaft was fast 5.000 Wohnungen oder mehr verwaltet, wenn das keine öffentliche Nutzung ist, eine Genossenschaft, dann kenne ich mich beim besten Willen nicht mehr aus. Wir werden also diesem Antrag die Zustimmung geben, weil wir wirklich der Überzeugung sind, dass die jetzt vorgelegte Art der Verbauung, die auch mit dem Land OÖ abgeklärt ist, wo man Grenzen zieht, wo man Baumbestand erhält und vor allem, Herr Dr. Pfeil, wenn sie sagen sie verstehen nicht, dass man die Auffahrt in Grünland widmet, dann darf ich ihnen schon sagen, warum wir das machen, nämlich weil wir vom Ortsbild her den Blick auf das Schloss Voglsang absolut erhalten wollen, und hier auch, und da sind wir sehr froh, auf Zustimmung bei der Styria gestoßen sind, dass sie gesagt haben, das ist auch für uns klar, wir wollen, dass diese Sichtachse erhalten bleibt. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Meine Damen und Herren, wünscht noch jemand das Wort? Herr Dr. Pfeil, Wortmeldung zwei.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich nehme zur Kenntnis, dass der Herr Bürgermeister meine Fragen nicht beantwortet hat. Ich hätte es gerne gehabt und es hätte auch den demokratischen Gepflogenheiten gut getan, wenn vor meiner zweiten Wortmeldung, darum habe ich gesagt es ist meine erste Wortmeldung, dass ich eine Antwort auf meine erste Wortmeldung bekomme. Es ist halt nicht so. Ich darf nur in Ergänzung zur Wortmeldung vom Herrn Kupfer sagen, ich habe natürlich auch noch andere Unterlagen, die mir aus den letzten Tagen zugegangen sind, was das AMS betrifft. Das AMS hat in unmittelbarer Nähe auch konkrete Vorstellungen für eine Standortverlagerung, in unmittelbarer Nähe des jetzigen Standortes. Ich habe es hier, sie können es gerne nachher einsehen, sie werden es sicher auch kennen.

Wir haben heute, meine sehr verehrten Damen und Herren, nachdem ich noch einmal wiederhole, dass das öffentliche Interesse seitens des Bürgermeisters nicht nachgewiesen werden will, sehr viel über Demokratie und Einbeziehung der Bürger gesprochen. Es hat sehr viel, gerade seitens der ÖVP, geheißen, Demokratie ist das höchste Gut, ich bekenne mich hier im GR offen und klar für mehr Bürgerbeteiligung, also, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Mehrheitsfraktion ...

Diskussion verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das ist so ein wichtiges Thema, dass ich um Aufmerksamkeit bitte. Ich möchte sie ja nicht langweilen mit meinen Ausführungen, aber ich glaube es ist sehr wichtig.

Es ist heute sehr viel über Demokratie und Bürgerbeteiligung gesprochen worden und hier geht es wirklich um ein Grünland, dass wir unseren Nachkommen hinterlassen sollten. Wir sind ja hier nur Verwalter. Wenn es einmal verbaut wird, haben wir sehr wenig Möglichkeiten Verbauungsbeschränkungen abstand- und höhenmäßig zu machen, wird dieses Gebiet zugebaut werden. Das ist so. Lassen wir doch die Bürger entscheiden, ob sie dieses für gut oder für richtig empfinden oder nicht. Das betrifft ja nicht nur die drei, vier Anrainer die dort sind, sondern machen wir die Nagelprobe oder wie es jetzt bei der SPÖ heißt, den Lackmустest. Dieses Mal aber für die SPÖ und für die ÖVP, ob das stimmt, was sie heute angekündigt haben, dass der Bürger ihnen wichtig ist.

Ich stelle hier einen

Zusatzantrag

nach § 9 der Geschäftsordnung des Gemeinderates des Stadtstatutes, wo es heißt, in § 67, dass der Tagesordnungspunkt 3) der heutigen Sitzung des Gemeinderates, Flächenwidmungsplanänderung Nr. 104, Franziskanergründe, einer Volksabstimmung unterzogen wird.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, ich gebe ihnen hier den schriftlich formulierten Zusatzantrag. Lassen wir das Volk entscheiden. Vielleicht ist dem Volk das eh egal. Ich glaube es aber nicht.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Vzbgm. Bremm. Bitte sehr.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Meinen sehr verehrten Damen und Herren, lieber Herr Dr. Pfeil, sie langweilen uns nicht, sie werden uns sicher einmal abgehen in Zukunft. Eines muss man zu diesem Antrag schon sagen, es gibt kaum einen Antrag, kaum einen Beratungsgegenstand der eine Diskussion von so vielen Stunden ausgelöst hat. Wir behandeln den schon seit zwei Jahren, glaube ich, und wir haben viele, viele Stunden im Planungsausschuss, ich glaube sogar im Gemeinderat in der aktuellen Stunden haben wir schon einmal die Debatte gehabt. Also, wir haben viele, viele Stunden dazu diskutiert und in Wirklichkeit gibt es keine Dinge, die sich geändert haben, das öffentliche Interesse, und das haben wir auch immer gewusst, da haben wir auch keine neuen Erkenntnisse, dass immer gesagt worden ist, das BFI, das AMS bekunden dort ihr Interesse. Wir haben nie gesagt, dass die Entscheidungen gefallen sind. Es ist halt so, man kann auch nicht die Entscheidung treffen, wenn dort die Widmung nicht da ist. Wer würde in einem Gremium eine Entscheidung treffen und sagen, ich weiß es aber gar nicht, weil die Widmung nicht da ist, also ein Bauträger oder einer, der das errichtet. Das ist ja unmöglich. Wir haben natürlich auch die Voraussetzungen zu schaffen, dass das überhaupt möglich ist und natürlich auch Wohnungsgenossenschaften, Wohnungsgesellschaften sind auch öffentliches Interesse. Das muss man da schon auch dazu sagen. Okay, wir nehmen zur Kenntnis, dass die F gegen diese Form ist. Sich da jetzt zu flüchten und zu sagen, wir machen eine Volksabstimmung, das ist schon sehr bei den Haaren herbeigezogen. Da gäbe es ganz andere Themen wo man sagen müsste da müsste man eine Volksabstimmung machen und das Volk müsste man fragen. Zudem haben wir auch die politische Verantwortung, die wir da herinnen sitzen, wir sind gewählt und wir werden da auch die Verantwortung tragen und wir, seitens der Sozialdemokraten, nehmen die Verantwortung auch auf uns und wir werden dem Antrag auch die Zustimmung geben, dass dieser Teil dort umgewidmet wird.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Herr StR Mayrhofer die 2.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Ja, wir reklamieren jetzt das öffentliche Interesse. Ich glaube nicht, dass es für irgendjemanden ein Geheimnis war, dass die Franziskaner Patres verkaufen möchten. Sie sind auch bei der Stadt vorstellig geworden und haben gesagt, bitte schön, wir müssen unser Konvikt schließen, habt ihr nicht Interesse daran. Auch dann, als die Teilung erfolgt ist, ist noch einmal gekommen, wollt ihr den unteren Teil kaufen. Ich glaube, das können wir wirklich niemanden zumuten, dass wir sagen, wir, als öffentliche Hand, erwerben das Grundstück nicht, das lassen wir z. B. einer Wohnungsgenossenschaft über aber dann verbieten wir, dass die dieses Grundstück auch verwerten. Diese Art, glaube ich, das können wir uns als öffentliche Hand nicht leisten. Und wenn sie noch einmal von diesem Grünzug reden, dann möchte ich ihnen schon ein Bild zeigen, damit sie sehen, dass das bei Gott keine geschlossene Grünfläche ist, sondern dass das alles bitte hier verbaut ist und es nur um das hier geht. Da muss man schon die Kirche ein bisschen im Dorf lassen und nicht nur bitte schön auf diesen kopierten Zettel versuchen eine Stimmung zu erzeugen, die einfach mit der Realität nicht übereinstimmt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Kupfer zum 2.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich hoffe sie haben den Eindruck meiner Wortmeldung bekommen, dass ich mich um eine fachliche Lösung dieser Angelegenheit bemühen möchte und leider hat sich der Herr Bürgermeister noch nicht zu Wort gemeldet, er hat uns nicht die Chance gegeben, uns vor der Abstimmung auch sein Wissen mitzuteilen. Das finde ich eigentlich ein bisschen schade, weil mich hätte es schon auch interessiert, wie du das siehst.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Er wird es eh sagen.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Das Problem ist, wir haben ja dann keine Möglichkeit mehr auf dich zu reagieren. Wie sich die Debatte anlässt, gibt es nicht das große Interesse, außer von zwei, drei Redner sich mit diesem Thema scheinbar auseinander zu setzen. Aber ich habe versprochen zum Thema zu reden und da sich jetzt scheinbar eine große Mehrheit im Gemeinderat für eine Zustimmung dieses Beschlusses abzeichnet, möchte ich gerne einen inhaltlichen Beitrag dazu bringen und einen Abänderungsantrag einbringen. Es fällt mir nicht schwer, sage ich ganz ehrlich, weil dieser Abänderungsantrag mit einer Zustimmung natürlich zusammen hängt, aber mir geht es darum, dass diese Rahmenbedingungen für diese Bebauung auch gewährleistet sind. Darum möchte ich folgenden Abänderungsantrag einbringen, der wie folgt lautet. Es ist ein Zusatz für den Amtsbericht, der dem Amtsbericht dann zugefügt werden soll, da der Amtsbericht dann auch für die nächsten Entscheidungen, ich sage jetzt einmal Bebauungsplan und Einreichung, natürlich von Bedeutung ist. Unser Antrag lautet:

Bei der Bebauung eines Grundstücks in dieser zentralen und sensiblen Lage ist die Berücksichtigung mehrerer – u. a. in der Grundlagenforschung erwähnten – Faktoren notwendig. Neben den im Amtsbericht und in der Grundlagenforschung erwähnten Begleitmaßnahmen (Stadt- und Ortsbild, Sichtachsen, Abstände ...) wird dem Bericht folgender Absatz hinzugefügt:

„Zur Sicherung des Naturraums in diesem Bereich wird der Grundeigentümer aufgefordert, auf die oberirdische Anlage von Parkflächen zu verzichten. Außerdem wird vom zukünftigen Projektbetreiber eine landschaftsplanerische Begleitplanung beauftragt, die neben einer Bestandsaufnahme auch Maßnahmen zur Verbesserung des Grünraumes beinhaltet. Diese Maßnahmen sind integraler Bestandteil des Bauvorhabens.“

Die Stadt Steyr verpflichtet sich bei der Verkehrsplanung insbesondere die Bedürfnisse der Fußgänger und Radfahrer zu berücksichtigen. Für den Schutz der Kinder und Jugendlichen – im Nahbereich befinden sich bekanntlich Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen – werden eine Tempo 30 Zone und begleitende Verkehrsberuhigungsmaßnahmen im Bereich Schulzentrum, Finanzamt, Drehscheibe Kind, Eltern-Kindzentrum, Kinderschutzzentrum Wigwam und City-Point verordnet bzw. baulich eingerichtet.“

Wie gesagt, es fällt mir nicht leicht, dass ich diesen Antrag einbringe, aber ich hoffe, dass er zu einer qualitativen Verbesserung des Bauvorhabens, falls es auch dazu kommt, führt. Ich denke mir, dass

natürlich über diese zwei Maßnahmen, die ich angeführt habe, noch ein 3. ganz wichtig ist, aber der ist ja bereits im Antrag auch enthalten. Das Bauvorhaben muss natürlich auch dem Gestaltungsbeirat vorgelegt werden.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Zu Wort gemeldet hat sich noch Kollege Apfelthaler. Bitte sehr.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren hier im Gemeinderat, es ist schon interessant, dass nach stundenlangen, tagelangen oder mittlerweile schon wochenlangen Verhandlungen die Wortmeldungen hier relativ reduziert sind, was diese Umwidmung, diesen Amtsvorschlag anbelangt, was mithin auch bedeutet, dass ohnehin in den einzelnen Ausschüssen schon sehr intensiv darüber verhandelt und beratschlagt worden ist. Was natürlich immer noch offen steht, und das ist auch heute angeklungen, das ist dieses berühmte öffentliche Interesse. Ich denke mir, wenn man sich die Planung anschaut, dann ist zumindest in einem dieser geplanten Bauten das öffentliche Interesse schon einmal vorhanden, weil wir wissen, dass wahrscheinlich die Wohnungsgenossenschaft Styria 100%ig ihr Büro dort hinbauen will. Wir wissen natürlich nicht 100%ig ob das AMS dort hinbauen will. Aber da weiß man nicht was ist zuerst, das Ei oder die Henne. Natürlich muss überlegt werden und natürlich müssen auch für das AMS alle Rahmenbedingungen stimmen. Hätten wir schon zwei Bauten, die zumindest ein hohes Maß an Wahrscheinlichkeit mit sich bringen. Was das BFI anbelangt, ist es wahrscheinlich noch in Schwebe. Aber eines muss uns schon klar sein, wenn wir in dieser Stadt planen, dann wollen wir doch vor allen Dingen jene Prämisse unter den Hut bringen. Wir wollen schauen, dass wir die Verkehrswege verkürzen aber nicht natürlich auf Kosten natürlichen Naturraums. Das ist schon ganz klar. Das ist auch die Schwierigkeit, die in diesem Akt mitimpliziert ist. Wir haben dort eine Grünfläche gehabt, die quasi temporär genutzt worden ist und wir stehen jetzt mehr oder weniger vor der Tatsache, dass dort ein wichtiger Baumbestand bereits gefallen ist. Nur, über das könnte man wirklich klagen, über das könnten wir uns endlos auslassen, nur wenn wir schon vor Tatsachen stehen, und mir geht es mittlerweile schon in 100 Fällen so, dass ich dann zu den Baumstümpfen hingehen darf und die auch mitbeklage. Da müssen wir schauen, wie wir diese Umstände auch wieder ins Positive bringen. Es ist passiert. Da ist nicht gut, das wissen wir, es ist passiert. Aber dem gegenüber steht das Interesse, das legitime Interesse für alle jene, die diese Grundfläche einmal nutzen werden, diese Voraussetzungen zu schaffen, dass es für die Allgemeinheit, das öffentliche Interesse gut ist und vor allen Dingen in Zukunft für die Bebauung wichtige Voraussetzungen insofern zu schaffen, dass man sagt, okay, wir sind vor der Tatsache, dass Wesentliches dort schon passiert ist, also müssen wir sozusagen rückwirkend versuchen, dass vom Bebauungsplan her und auch von der verbleibenden Grundfläche das Optimalste zu holen wäre. Eines ist uns klar, wir sind in einer zentralen Lage der Stadt. Welchen Sinn macht es, das AMS dorthin oder dorthin, an irgendwelche Ränder oder sonst weiter vom Zentrum wegzurücken, wo wir doch eh ganz genau wissen, dass die kurzen Wege die Qualität letzten Endes darstellt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Genau das machen wir in dem Fall.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Die kurzen Wege stellen letzten Endes das dar, weil was züchten wir uns denn, wenn wir Gebäude an den Rand der Stadt setzen, wir züchten uns wieder Verkehr, den wir nicht wollen. Zum Stichwort Verkehr wäre natürlich auch einiges zu sagen. Meinen Informationen nach hat die Styria vor keine Riesengarage zu errichten, sondern eine Garage zu errichten, die primär für ihre Mitarbeiter gedacht ist. Also dort zu vermuten, dass wir dort einen erhöhten Verkehr heranziehen in dieses Gebiet, ist zumindest für die Styria sehr, sehr reduziert. Jetzt könnte man sagen, okay, wenn sich das AMS dort ansiedelt, was passiert mit den Parkplätzen, wie die Leute zum AMS hinfahren. Wir haben aber die Gewissheit, dass dort keine Parkflächen entstehen, oberirdisch zumindest und sie müssen so sein, dass wir uns dort nicht wieder einen Verkehrsmagneten heranzüchten.

Die Abänderung, die wir in diesen Amtsvortrag noch mit hineinbringen, beinhaltet eine qualitätsvolle, naturnahe Gestaltung des Innenraumes der entsteht.

Zur Volksabstimmung Dr. Pfeil. Das Volk bin ich, sagen sie. Das kennen wir schon von irgendwo. Wenn sie Volksabstimmungen für ein Gebiet wünschen, Herr Dr. Pfeil, müssen sie sich gefallen lassen, dass das Volk sagt, zu was ist die Politik eigentlich gut, welche Rahmenbedingungen macht die Politik, dass das Volk dann wieder marschieren muss. Also ich denke mir das ist lächerlich, hier eine Volksabstimmung für dieses Gebiet zu verlangen. Das reduziert sich wirklich auf den Satz, „das Volk bin ich“. Wir sind auch das Volk da herinnen. Man muss sich auch an das gewöhnen, dass es auch Mehrheiten zu dem Thema gibt. Ich kann mir nicht vorstellen, letzter Satz, diese Vermutungen

die im Raum stehen, was ist wenn das nicht kommt, was wird denn dann die Styria tun ect. Eine Genossenschaft die 5.000 Wohnungen in Steyr hat, kann sich glaube ich alleine vom Image her schon nicht leisten, dass sie da irgendwelche Spielchen treibt, die der Stadt nicht zuträglich sind. Das ist lächerlich zu glauben. Das ist wirklich lächerlich zu glauben. Wir haben Tatsachen zu bearbeiten. Ich glaube, dass es sich die Stadtentwicklung und der Ausschuss nicht leicht gemacht haben. Das zeigt ja auch ganz deutlich. Ich habe auch meine Vorbehalte und beweine ehrlich gesagt auch die umgeschnittenen Bäume. Aber ich denke mir eines, das Leben geht weiter, das öffentliche Interesse muss gewahrt bleiben und ich denke mir, ich hoffe, dass es hier zu einem guten Ende führt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Betreffend Volksabstimmung würde ich den Herrn Magistratsdirektor bitten, dass er eine Wortmeldung macht.

GR Dr. Wilfrid Wetzl kommt um 17.45 Uhr wieder in die Sitzung.

MD OSR DR. KURT SCHMIDL:

Geschätztes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates. Zum Zusatzantrag vom Herrn Vzbgm. Dr. Pfeil über Abhaltung einer Volksabstimmung möchte ich gerne einige Worte anfügen und ich hoffe, dass ich da auch aufklärend wirken kann. Grundsätzlich sieht unser Statut eine Volksabstimmung vor. Und zwar kann über verschiedenste Gegenstände, über die ein Beschluss im GR herbeigeführt worden ist, eine Volksabstimmung durchgeführt werden. Aber nicht über alle Gegenstände, über die ein Beschluss herbeigeführt wird. Es ist im § 67 Abs. 2 auch angeführt, welche Beschlussgegenstände keiner Volksabstimmung zugeführt werden können. Das sind klarerweise Abgaben, Entgelte, das ist ein Voranschlag, ein Rechnungsabschluss und auch Verordnungen des Gemeinderates und behördliche Entscheidungen des Gemeinderates. Der Flächenwidmungsplan ist eine Verordnung und ist daher einer Volksabstimmung nicht zugänglich. Das sieht man dann auch, wenn man im Kommentar zu den öö. Statuten nachblättert, wo ausdrücklich auch angeführt ist, dass einer Volksabstimmung nicht unterzogen werden darf eine Verordnung, etwa die Erlassung eines Flächenwidmungsplanes gemäß § so und so, öö. Raumordnungsgesetz. Daher muss dieser Antrag als unzulässig zurückgewiesen werden, d. h., keiner Abstimmung im GR unterzogen werden.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Herr Dr. Pfeil bitte sehr.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Magistratsdirektor, natürlich kann man aus formalen Gründen so etwas ablehnen und es ist auch das Instrument einer Aufsichtsbeschwerde zahnlos, wenn die Aufsichtsbeschwerde vom Land OÖ genau nach 6 Monaten zurückkommt, ja, inhaltlich ist die Beschwerde berechtigt, aber wenn der Steyrer Gemeinderat in seiner Eigenschaft als Gemeinderat anders bestimmt hat, dann geht es auch. Also, wenn man direkte Demokratie nicht will, dann kann man für alles einen formalen Fehler finden, dass das nicht geht. Wenn man will, dass das einer Volksabstimmung unterzogen wird, dann ist es sicher möglich, da können sie Gift darauf nehmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht noch jemand das Wort? Ich sehe das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Sehr geehrtes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren, zu diesem Antrag haben wir glaube ich schon sehr lange und eingehend diskutiert, mit der Styria, mit Architekten und mit unseren Planungsleuten auch viele, viele Diskussionen geführt, wie wir den Grünbereich in dieser Zone ebenfalls berücksichtigen. Es sind alle Einwendungen und alle Verbesserungen, die vom Land vorgeschlagen worden sind und von den entsprechenden Stellen eingebracht wurden, entsprechend berücksichtigt worden. Daher glaube ich, ist auch jede Diskussion, die wir weiter führen, sinnlos, weil an und für sich das öffentliche Interesse gegeben ist und auch dann gegeben ist, wenn die Styria ein Verwaltungsgebäude hinsetzt. Das ist für mich völlig klar. Daher glaube ich, dass da eine weitere Diskussion gar nicht mehr notwendig wäre.

Zu meiner Antwort, weil sie sagen, wieso ich keine Antwort gebe, das kann ich mir schon noch selbst aussuchen da herinnen, wann ich die Antwort gebe.

Thema Volksabstimmung ist soweit erledigt.

Der Naturraum, ich verstehe natürlich die Bedenken der Grünen, dass wir da in Steyr sehr behutsam mit diesem Grünraum umgehen müssen. Es ist für mich natürlich auch eine Selbstverständlichkeit. Aber dass er dort schon unterbrochen ist und dass dort eigentlich dieser Grünraum, in der Form wie man sich einen Grünraum vorstellt, dass eine durchgehende Grünzunge ist, dass das dort sowieso nicht gegeben ist, ist für mich auch eine ganz klare Sache. Ich glaube, über das brauchen wir auch nicht diskutieren.

Auch die Themen Zu- und Abfahrt, Verkehrserhöhungen in dem Bereich, sind im Planungsausschuss eingehendst diskutiert worden. Es ist für mich auch in dieser Hinsicht alles berücksichtigt worden, was für dieses Bauwerk dort notwendig ist. Es ist halt einmal ein zentraler Raum und es war schon einmal Baugebiet und ich glaube, die Styria hat es sich auch nur deswegen gekauft, weil sie dort eine Nutzung anstreben. Dieser Nutzung stehen wir in diesem Falle nicht entgegen. Ich bitte um Zustimmung zu diesem Antrag.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Damit kommen wir zur Abstimmung. Ich habe das bei den Grünen jetzt als Zusatzantrag umgeändert. Wir werden zuerst über den Hauptantrag abstimmen. Vom Dr. Pfeil ist der Zusatzantrag unzulässig.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Glaubt man. Ich bin da anderer Meinung. Aber es wird noch einer Prüfung unterzogen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Unsere Juristen sagen, er ist unzulässig.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ja, da haben sich aber auch schon viele getäuscht.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Aber sie haben sich auch schon hin und wieder getäuscht Herr Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wir nehmen das so zur Kenntnis. Wir stimmen jetzt bitte über den Hauptantrag ab. Wer die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ, ÖVP, 1 GAL (GR Kurt Apfelthaler). Wer ist dagegen? FPÖ. Wer enthält sich der Stimme? 1 GAL (GR Andreas Kupfer). Jetzt stimmen wir über den Zusatzantrag der Grünen ab. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ, ÖVP, GAL. Wer ist dagegen? Niemand. Stimmenthaltung? FPÖ. Danke, der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Ich gebe den Vorsitz an den Bürgermeister zurück.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich übernehme den Vorsitz und bitte als nächste Berichterstatterin die Frau Vizebürgermeisterin um ihre Beiträge.

BE: VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Geschätzte Herrn Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Presse. In meinem ersten Antrag geht es um die Subvention für das Atrium Steyr, für das Jahr 2003. Wir alle wissen, dass das Atrium Steyr ganz eine wichtige Einrichtung ist. Hier finden Menschen eine Beschäftigung, die am freien Arbeitsplatz nicht vermittelbar sind. Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

4) Fin-71/03 „Pro mente“ – Atrium Steyr; Subventionsansuchen 2003.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Soziales vom 4. April 2003 wird dem Verein „Pro mente“ im Zusammenhang mit der Führung des „ATRIUM Steyr“ für das laufende Haushaltsjahr zur Deckung des Mietaufwandes bzw. 50 Prozent der Betriebskosten eine einmalige, außerordentliche Subvention in Höhe von

€ 30.000,-- (dreißigtausend Euro)

gewährt.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von € 30.000,-- werden bei der VSt. 1/413000/757000 freigegeben.

Ich ersuche um ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag? Gibt es Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme. Danke schön, nächster Punkt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Der nächsten Punkt ist auch eine ganz wichtige Einrichtung für unsere Stadt. Und zwar geht es um das Gesundheits- und Sozialservice Steyr, das Subventionsansuchen 2003. Wir wissen, dass immer mehr Menschen diese Stelle in Anspruch nehmen, um Hilfe und Unterstützung suchen. Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

5) SH-316/96 Gesundheits- und Sozialservice Steyr (GSS); Subventionsansuchen 2003.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Soziales vom 16. April 2003 wird dem Verein „Gesundheits- und Sozialservice Steyr“, vertreten durch den Vorstandsvorsitzenden, Herrn Dr. Michael Schodermayr, Harrerstraße 5, 4400 Steyr, eine einmalige, außerordentliche Subvention für das Jahr 2003 in Höhe von

€ 95.950,-- (Euro fünfundneunzigtausendneunhundertfünfzig)

auszahlbar in zwei Teilbeträgen in Höhe von à € 47.975,-- am 20. 05. und am 20. 10. 2003 gewährt.

Die hierfür erforderlichen Mittel werden bei der VSt. 1/429100/757100 freigegeben.

Ich ersuche auch hier um ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist ebenfalls nicht der Fall. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme. Danke schön, nächster Punkt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Im nächsten Punkt geht es um das Tagespflegezentrum Ennsleite. Auch diese Einrichtung ist für uns sehr wichtig und wertvoll.

Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

6) Fin-65/01 OÖ. Hilfswerk; Tagespflegezentrum Ennsleite; Subventionsansuchen für den laufenden Betrieb 2003.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Soziales vom 17. April 2003 wird dem OÖ. Hilfswerk, Dametzstraße 6, 4020 Linz für den laufenden Betrieb des Tagespflegezentrums Ennsleite im Jahr 2003 eine einmalige, außerordentliche Subvention in Höhe von

€ 72.700,-- (Euro zweiundsiebzigttausendsiebenhundert)

gewährt.

Die hierfür erforderlichen Mittel werden bei der VSt. 1/424000/757100 freigegeben.

Ich ersuche auch hier um ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung. Das ist nicht der Fall. Ich komme zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Da sieht man es, meine wichtigen Punkte sind ganz besonders wertvoll, weil sie den Menschen zugute kommen.

In meinem nächsten Antrag geht es um einen Schuldschein, um ein Wohnbauförderungsdarlehen in der Höhe von 5,190.000,- Euro.

Der Antrag lautet:

7) Fin-137/03 Alten- und Pflegeheim Münchenholz; Aufnahme eines Wohnbodarlehens in Höhe von € 5,190.000,-.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Privatrechtsangelegenheiten vom 29. April 2003 wird der Aufnahme eines Wohnbauförderungsdarlehens zur Errichtung des Alten- und Pflegeheimes Münchenholz in Höhe von EUR 5,190.000,- entsprechend dem beigeschlossenen Schuldschein zugestimmt. (Beilage)

Ich ersuche auch hier um ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Bei diesen großen Summen gibt es keine Wortmeldung? Das ist interessant. Wer ist für den Antrag? Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

Ich danke der Berichterstatterin und bitte als nächsten Berichterstatter Herrn Vzbgm. Bremm um seine Berichte.

BE: VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in meinem ersten Antrag geht es um die Richtlinien zur Förderung von Umweltschutzmaßnahmen mittels eines Umweltschutzpreises. Hier geht es um eine Abänderung der Richtlinien. Es geht nur darum, dass die Einreichfrist verlängert wird, mit 15. November des jeweiligen Jahres. Ich ersuche diesem Antrag die Zustimmung zu geben. Der Grund dafür ist, dass gerade für die Schulen, die sehr aktiv dabei sind, der Termin, den wir bisher gehabt haben, immer ein Problem war, bis das alles im Laufen war, war das äußerst schwierig. Ich ersuche diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

8) Umw-5/98 Richtlinie zur Förderung von Umweltschutzmaßnahmen mittels eines Umweltschutzpreises; Abänderung der Richtlinie.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des vorliegenden Amtsberichtes des GB VII/FA Umweltschutz und Abfallwirtschaft vom 28. Jänner 2003 wird die Richtlinie für die Förderung von Umweltschutzmaßnahmen mittels eines Umweltschutzpreises (Umweltschutzpreis-Richtlinie) in Steyr wie folgt abgeändert: Der § 5 Abs. 2 hat zu lauten:

Die Einreichfrist endet mit 15. November des jeweiligen Jahres.

Die Änderung dieser Richtlinie ist im Amtsblatt der Stadt Steyr kundzumachen und tritt mit Ablauf des Tages, an dem das Stück des Amtsblattes, das die Kundmachung enthält, herausgegeben und versendet wird, in Kraft.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Im nächsten Punkt geht es um den Beitritt der Stadt Steyr zum Klimabündnis. Wir haben ja im Budget die finanzielle Vorsorge getroffen, wir haben das im Budget schon einmal vorweg beschlossen. Wir haben im Umweltausschuss und im Umweltbeirat auch zu diesem Thema diskutiert und auch dieser

Ausschuss empfiehlt hier einstimmig, dass die Stadt Steyr mit 1. Juli 2003 dem Klimabündnis beitreten soll. Ich ersuche den Gemeinderat diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

9) Umw-11/03 Beitritt der Stadt Steyr zum Klimabündnis.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des vorliegenden Amtsberichtes des GB VII/FA für Umweltschutz und Abfallwirtschaft vom 17. April 2003 tritt die Stadt Steyr mit Wirkung vom 1. Juli 2003 dem Klimabündnis Österreich bei.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Frau GR Durchschlag.

GEMEINDERÄTIN CLAUDIA DURCHSCHLAG:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, selbstverständlich begrüßen wir diesen Antrag, sind sehr froh darüber und freuen uns, dass es offensichtlich ein Interesse gibt, auch vonseiten der Stadt, diesem Bündnis beizutreten, weil es einige Hoffnung für die Zukunft aufkeimen lässt. Bis jetzt ist ja irgendwie so das Interesse für Maßnahmen, den Klimaschutz betreffend, haben nicht den Eindruck gemacht als wären sie sehr wichtig. Ich erinnere z. B. nur an unseren Vorschlag bei der Sport- und Kulturhalle auf Alternativenergien umzusteigen, Solarenergie z. B. Das wurde damals aus ökonomischen Gründen abgelehnt. Ich habe soeben im Umweltschutzbereich einen Absatz gefunden, wo ein Schwerpunkt auf die Verwendung alternativer Energiegewinnungsanlagen gelegt werden soll, auch nach ökonomischen Gesichtspunkten, wenn es nach ökonomischen Gesichtspunkten möglich ist. Eines ist schon klar, es wird einfach ein Geld kosten. Also, wenn es da ein Umdenken gibt und die Stadt auch bereit ist für Klimaschutzmaßnahmen Geld in die Hand zu nehmen, finde ich das also wirklich ganz gut. Was mir nur fehlt sind, mir sind einfach ein paar Fragen gekommen. Z. B.: Was ist jetzt wirklich konkret geplant? Zu sagen man tritt dem Klimaschutzbündnis bei ist schön, sagt mir aber noch nicht: „An was hat die Stadt gedacht? Welche Maßnahmen sollen gesetzt werden? Wie sieht z. B. die weitere Vorgangsweise aus? Ist geplant einen Arbeitskreis zu bilden? Wie setzt sich der zusammen? Welche Maßnahmen verfolgt er?“ Und ist daran gedacht, es gibt ja mehrere Klimaschutzgemeinden in der Umgebung die ja schon Erfahrung haben, mit denen in Kontakt zu treten um zu schauen was die für Erfahrungen gemacht haben und von deren Erfahrungen zu profitieren? Da hätte ich gerne ein paar Antworten darauf.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Gibt es noch eine Wortmeldung? Ich habe eh gerechnet, dass die Grünen zu dem Thema etwas sagen. Bitte Herr GR Apfelthaler.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Ich habe mir eh eine wunderbare Rede vorbereitet, die 1 Stunde dauert. Ich werde euch überraschen, ich werde mich nur ganz, ganz kurz fassen. Nachdem wir uns eh 20 Jahre lang uns den Mund fusselig geredet haben bezüglich Klimabündnis, ...

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

So lange schon?

Gelächter

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Wieso lacht ihr?

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Du hat gesagt 20 Jahre.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Das ist leicht übertrieben.

Gelächter

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Seitdem die Grünen im Gemeinderat sind reden wir uns den Mund fusselig. Also, das erspare ich mir heute. Ich bin froh, gut ist es gegangen, nichts ist geschehen, wir haben es durch den

Umweltausschuss durchgebracht und ich denke mir, jetzt kommt es darauf an keine großen Reden zu schwingen, jetzt kommt es darauf an, dass wir das mit Inhalten füllen. Zur Frage von der Frau Kollegin kann ich nur eines sagen, jetzt gilt es mit dem Beitritt Programme zu entwickeln. Die Vernetzung mit allen Klimabündnisgemeinden ist ja so mit dem Beitritt impliziert. Aber wichtig ist, was machen wir denn mit dem? Ich denke mir, dass wir erstens einmal überlegen müssen wie die weitere Vorgangsweise ist. Also dieser Schritt erst ab 1. Juli da beizutreten ist wahrscheinlich auch ein finanztechnischer Schritt, weil wir keinen Mitgliedsbeitrag zahlen müssen. Aber das alleine genügt ja nicht. Ich darf nur auf eines hinweisen, es sind bereits erste Schritte gesetzt worden. In dem Arbeitskreis Ökoenergie, im Tic draußen, unter dem Titel „Steyr 2010“ ist das schon impliziert. Es ist eine sehr, sehr eifrige und sehr, sehr innovative Gruppe die sich mit Gewinnung alternativer Energien beschäftigt. Wir haben ein hochinteressantes Projekt dort in Arbeit. Ich will mich da jetzt nicht ausbreiten über die Geschichte, aber ich denke mir, wichtig ist, dass wir jetzt, alle jene die interessiert sind und alle jene die das auch politisch zu verantworten haben, dass wir jetzt bei dem Bündnis dabei sind, uns zusammensetzen, ein erster Schritt wird einmal der Beitritt sein, dann Programme entwickeln, wie wir uns in den nächsten 5 oder 10 Jahren energetisch und auch in Richtung dieses Klimabündnisses weiterentwickeln. Dann hätte ich noch sehr viel zu sagen, aber ich lasse es gehen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke. Gibt es sonst noch Wortmeldungen zu diesem Thema? Das Thema Klimabündnis Gemeinde haben wir ja schon glaube ich 2 Jahre diskutiert.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Noch länger!

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Nein, nein, ich kann mich noch genau erinnern, da war ich wahrscheinlich noch nicht im Gemeinderat, aber vorher haben wir es einmal diskutiert, da sind wir im Museum Arbeitswelt gesessen und da ist das so diskutiert worden, dass die Hälfte dieses Beitrages ja immer nach Brasilien geht, in irgendein Regenwaldgebiet, und die andere Hälfte dann verwendet wird für Maßnahmen in unserem Bereich. Das war für mich damals ein Grund wo ich gesagt habe, na ja, wäre es nicht gescheiter wir verwenden das ganze Geld für die Stadt Steyr, das war damals mein Vorschlag, und treten wir diesem Bündnis nicht bei. Es ist allerdings jetzt so, und das muss man ganz klar sagen, dass diese Klimabündnisorganisation eine sehr aktive Organisation ist und ich hoffe sehr stark darauf, dass von dieser Organisation viele Vorschläge kommen wie in anderen Gemeinden Themen zu diesem Thema irgendwelche Maßnahmen umgesetzt werden können. Von da her erhoffe ich mir die großen Vorteile der Zukunft. Das ist meine Hoffnung. Weil nur dass ich Geld irgendwo hinspende, das ist mir zu wenig.

Schlusswort bitte Herr Referent.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Ja, ich kenne das natürlich eh als Referent, im Umweltausschuss bin ich auch mittlerweile etliche Jahre und das war immer ein Thema, der Bürgermeister hat es auch erläutert, wo es auch Diskussionen in andere Richtungen gegeben hat. Wir treten jetzt mit 1. Juli dem Klimabündnis bei. Ich glaube, dass gerade in Richtung Klima, und das wird ja dann im Umweltbericht auch noch einmal kurz angesprochen werden, dass das Hochwasser im vergangenen Jahr das ganze Thema wieder sensibilisiert. Wir leben in einer Stadt, Gott sei Dank, wo die Bevölkerung und eigentlich das Klima, die Umwelt, das Wasser, die Luft alles sehr sauber ist, aber wir sollten uns nicht hinwegtäuschen, dass alles in Ordnung ist. Also, es gibt da immer wieder etwas zu tun. Mit dem Beitritt sollten wir vorerst und in erster Linie mit Verantwortlichen dieser Organisation in Verbindung treten. Wir werden diese in den Umweltausschuss, in den Umweltbeirat einladen, dass wir dort gemeinsam diskutieren und Überlegungen anstellen, was können wir als Stadt Steyr dazu beitragen, welche Konzeptionen, welche Projekte können wir entwickeln. Zur Energie selbst, ich glaube, dass die Debatte auch in den nächsten Jahren intensiv geführt werden wird, wie man zu alternativen Energien kommen wird. Jetzt glaube ich ist einmal ein Schritt gesetzt, wo wir uns im Ausschuss dann dementsprechend auch damit auseinandersetzen können. Ich ersuche diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Beitritt zum Klimabündnis ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Einstimmige Annahme. Danke schön, nächster Punkt bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Im nächsten Punkt geht es um den Abschluss eines Kauvertrages mit der Parkdeck GmbH & Co KEG über das Grundstück draußen beim Krankenhaus, die Garage. Es ist ja seinerzeit ein Baurecht mit den Betreibern, mit den Investoren abgeschlossen worden, wo auch im damaligen Vertrag schon berücksichtigt bzw. ein möglicher Kauf von den Betreibern vorgesehen worden ist. Diese Option wurde jetzt von den Betreibern gezogen und in Anspruch genommen und sie wollen dieses Grundstück jetzt auch erwerben. Wir werden hier einen Betrag von 484.170,-- Euro für die Stadt einnehmen. Ich ersuche diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

10) ÖAG-19/94 Abschluss eines Kaufvertrages mit der Parkdeck GmbH & Co KEG über das Grundstück 688/2, Grundbuch Steyr.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Privatrechtsangelegenheiten vom 4. April 2003 wird dem Abschluss eines Kaufvertrages mit der Parkdeck GmbH & Co KEG über das Grundstück 688/2, Grundbuch Steyr, zum Kaufpreis von EUR 484.170,69 entsprechend dem beigeschlossenen Vertragsentwurf zugestimmt. (Beilage)

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltung? 6 FPÖ. Danke, der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. Danke, nächster Punkt bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Im nächsten Punkt geht es um den Verkauf der Liegenschaft „Pfungstmann-Garten“ an die Ehegatten Mag. Andreas und Astrid Prehal sowie an die Pfefferlweg Bauträger KEG. Dieses Grundstück wollten wir ja schon einige Male veräußern und es ist hier noch einmal ausgeschrieben worden und es ist doch ein akzeptables Angebot gekommen. Ich ersuche den Gemeinderat dem Verkauf die Zustimmung zu geben.

11) ÖAG-5/02 Verkauf der Liegenschaft „Pfungstmann-Garten“ an die Ehegatten Mag. Andreas und Astrid Prehal sowie an die Pfefferlweg Bauträger KEG.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Privatrechtsangelegenheiten vom 28. April 2003 wird dem Verkauf des gemäß der Vermessungsurkunde des DI Oswald Daxinger vom 9. 1. 2003, GZ 3511A/02, neu gebildeten Grundstückes 590/8 im Ausmaß von 816 m² zum Kaufpreis von EUR 61.200,-- an die Ehegatten Mag. Andreas und Astrid Prehal, 4400 Steyr, Stelzhamerstraße 26 a, und des ebenfalls in der genannten Vermessungsurkunde neu gebildeten Grundstückes 590/14 im Ausmaß von 1.644 m² an die Pfefferlweg Bauträger KEG mit dem Sitz in 4400 Steyr, Sierninger Straße 78, zum Kaufpreis von EUR 123.300,-- entsprechend den beigeschlossenen Vertragsentwürfen zugestimmt. (Beilage)

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Der Antrag ist einstimmig angenommen. Danke, nächster Punkt.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Es ist zwar keine großartige Sache, aber in Anbetracht unserer Konzeption für Magistrat ...

Unverständlicher Zwischenruf von Vzbgm. Dr. Leopold Pfeil

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Wir haben gesagt, wir wollen ihren Bereich, sie werden wahrscheinlich nicht mehr als Referent dabei sein, die Bezirksverwaltung wollen wir ja hier im Haus haben. Sie sehe aber eh, ich mache ihnen heute noch ein Geschenk, wir werden das heute realisieren, die Voraussetzungen schaffen. Ich muss sagen, ich habe mich jetzt bemüht als Liegenschaftsreferent. Vielleicht kann ich den Herrn Dr. Pfeil noch einmal umstimmen, wenn wir jetzt das kaufen, dass wirklich der Stau dort der Liegenschaft da im Rathaus am Stadtplatz gegeben ist. Jetzt habe ich mich bemüht, und dann habe ich in der Zeitung

gelesen, dass sie gehen. Aber ich glaube, dass das ein wichtiger Schritt ist. Wir sollten das Geschäft Kovacic am Stadtplatz 25 ankaufen. Mit diesen zusätzlichen Räumlichkeiten wird der Übersiedlung der Bezirksverwaltung hier ins Rathaus, am Stadtplatz herein, nichts mehr im Wege stehen. Ich ersuche den Gemeinderat um Zustimmung.

12) ÖAG-9/01 Ankauf des Geschäftslokales Kovacic; Steyr, Stadtplatz 25.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Privatrechtsangelegenheiten vom 22. April 2003 wird dem Ankauf des ehemaligen Geschäftslokales Kovacic, Steyr, Stadtplatz 25, von Frau Karoline Kovacic, vertreten durch die Sachwalterin Marie Luise Haas, zum Kaufpreis von EUR 68.115,45 zugestimmt.

Zur Bezahlung des Kaufpreises für die 221/10000stel Anteile an der Gesamtliegenschaft EZ 34, Grundbuch 49233 Steyr, sowie zur Zahlung der Nebenkosten für die Vertragserstellung und grundbücherlichen Durchführung, wird bei der VA-Stelle 5/029000/010200 (Amtsgebäude – Gebäudeankauf) ein Betrag von EUR 71.500,-- freigegeben sowie bei der gleichen Haushaltsstelle eine Kreditüberschreitung in Höhe von EUR 71.500,-- bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Zur Finanzierung dieser Ausgabe ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von EUR 71.500,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonstruktion wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Einstimmige Annahme.

Ich möchte noch dazu erwähnen, dass das ein ganz wesentlicher Beitrag auch vonseiten des Magistrates und des Gemeinderates ist, dass möglichst viele Arbeitsplätze hier im Stadtzentrum gehalten werden und damit das Thema „Stirbt der Stadtplatz?“ doch einigermaßen entschärft wird. Also, wir tragen da sehr viel dazu bei. Wir sind der größte Betrieb hier am Stadtplatz und wir konzentrieren auch alle Kräfte in diesem Bereich. Ich glaube, dass das ein ganz wesentlicher Beitrag ist. Nächster Punkt bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

In nächsten Punkt geht es um die zweite Etappe der Erneuerung der Fenster in der HS Promenade. Es ist hier ein Betrag von 67.000,-- Euro freizugeben. Ich ersuche den Gemeinderat dem die Zustimmung zu geben.

13) GHJ2-18/02 Zweite Etappe der Erneuerung der Fenster – HS Promenade.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 24. 04. 2003 wird den Auftragsvergaben zur 2. Etappe der Erneuerung der Fenster der HS Promenade, Promenade 16, an die

Fa. Internorm/Hainisch, Ternberg – Fenster (€ 40.486,46 i. USt.)
Fa. Internorm/Hainisch, Ternberg – Fensteraustausch (€15.615,01 i. USt.)
Fa. Baumgartner, Linz – Vorhänge (€ 6.099,32 i. USt.)
Fa. Böhm, Steyr – Malerarbeiten (€2.222,28 i. USt.)
Fa. Sunk, Steyr – Innenausbau (€2.376,00 i. USt.)

zugestimmt.

Zur finanziellen Bedeckung zur Durchführung dieser Erneuerung wird der Mittelfreigabe von

€ 67.000,00 inkl. USt. (siebenundsechzigtausend) bei der VA-Stelle 5/212000/010000 (Hauptschulen Gebäude) zugestimmt.

Zur Finanzierung dieser Ausgabe ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von EUR 67.000,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Erneuerung der Fenster in den Schulen. Frau Koppensteiner, das wäre doch ihr Thema. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Danke, einstimmige Annahme.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Die Frau Koppensteiner war ja vorinformiert, weil sie ja das Glück gehabt hat in diesem Kreise zu sitzen, wo diese Entscheidungen auch getroffen worden sind.

Der nächste Antrag, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist der Umweltbericht 2001/2002. Es ist ein umfassendes Werk wo die Arbeit der letzten 2 Jahre dargestellt wird. Ich ersuche da um Verständnis, dass ich mich da kurz halte und keine umfassenden Erläuterungen dazu gebe. Es gibt ja die Unterlagen zum Studieren dazu, man hat da eine Lektüre, und wer nicht weiß was er tun soll, kann das ja studieren. Ich möchte nur darauf hinweisen, und es wird auch im Umweltbericht darauf hingewiesen, auf das Hochwasser im vergangenen Jahr, dass gerade da im Umweltbereich dementsprechend das Augenmerk gelegt werden muss und dass natürlich auch gerade in Richtung Umwelt vielleicht auch Maßnahmen gesetzt werden müssen, die nicht immer einen großen Applaus hervorrufen, sondern die auch unpopulär sind. Vielleicht ist das aber gerade jetzt die Chance, wo wir diese Katastrophe noch in Erinnerung haben, dass doch so manches vielleicht leichter wird. Ich möchte abschließend den Kolleginnen und Kollegen der Umweltauswahl recht herzlich für ihre Arbeit danken. Der Bericht ist ja nur ein Spiegelbild von dem was die Beschäftigten dort geleistet haben. Es war viel Arbeit. Ich möchte mich da wirklich recht herzlich bedanken. Ich möchte mich bei dieser Gelegenheit auch beim Umweltausschuss und Umweltbeirat bedanken für die gute Zusammenarbeit. Ich glaube, dass das auch ein Spiegelbild im Umweltbericht ist. Ich möchte aber auch die Gelegenheit nützen, er wird ja dann nicht mehr in unserem Kreise sein, dem Herrn Dr. Wetzl, der jetzt einige Zeit der Vorsitzende des Umweltausschusses gewesen ist, ich möchte auch ihnen Herr Doktor für die gute Zusammenarbeit, die wir im Sinne der Umwelt wirklich da gepflegt haben und die wirklich sehr gut gewesen ist, recht herzlich dafür danken.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Ich ersuche den Umweltbericht so zur Kenntnis zu nehmen bzw. die Zustimmung zu geben.

14) Umw-3/03 Umweltbericht 2001/2002.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der seitens der FA für Umweltschutz und Abfallwirtschaft erstellte Umweltbericht für das Jahr 2001/2002 wird zur Kenntnis genommen. (Beilage)

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Herr Dr. Wetzl bitte.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, inhaltlich ist nicht allzu viel zu ergänzen zu dem was der Herr Stadtrat, Entschuldigung, der Herr Vizebürgermeister Bremm, immer wieder vergesse ich es, gesagt hat und möchte im Wesentlichen die Gelegenheit nur nutzen um mich für die gute Zusammenarbeit zu bedanken beim Herrn Gergelyfi, seinem Team, insbesondere beim Herrn Vzbgm. Bremm und auch beim Herrn Kurt Apfelthaler. Er hat mir manchmal immer wieder geholfen, dass, wenn die Sitzungen an sich kurz gewesen wären, eine ¼-Stunde und schon fast aus gewesen wären, habe ich ihn gefragt, und er hat dann sein Referat gehalten.

Gelächter

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Dann sind wir halt immer ungefähr auf die Stunde mindestens gekommen und da hat der Kurt dann auch seinen Beitrag geleistet. Ich finde es ist ja nicht ganz so selbstverständlich, dass immer in einem Ausschuss, eigentlich die zwei Jahre, immer alles völlig konfliktfrei abläuft und sehr konstruktiv ist. Es hat immer mit der Tagesordnung Übereinstimmung gegeben und auch mit der ganzen Abwicklung und den Diskussionen usw. Es war durch die Bank konstruktiv. Vielleicht geht das auch in anderen Ausschüssen in Hinkunft in diese Richtung. Ich wünsche meinem Nachfolger, und vor allen ihnen, wenn sie das Ressort weiter haben, alles Gute. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Auch von meiner Seite, Herr Dr. Wetzl, herzlichen Dank für ihre Beiträge in diesem Bereich, für ihre Mitarbeit und für ihre wertvolle Arbeit für die Umwelt in Steyr. Wünscht noch jemand das Wort? Herr Apfelthaler bitte.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Wenn man sich anschaut wie die ersten Umweltberichte angeschaut haben, dann waren das eigentlich ziemlich dünne Plättchen, die sich primär mit dem befassen haben, woher und wohin der Wind geweht hat und wie viel Staub war drinnen und wie viel Wassermengen sind vom Himmel gefallen. Also, da hat sich schon was geändert. Mittlerweile ist es schon ein sehr umfangreiches Konvolut geworden, was mithin auch hindeutet, dass in der Abteilung sehr gut gearbeitet wird und dass die Abteilung sehr kreativ ist. Auch ein Danke an die Abteilung. Das Danke kann ich natürlich wieder zurückgeben, lieber Willi, und lieber Herr Vizebürgermeister. Ich denke mir, es war mithin auch immer möglich, dass man über anstehende Probleme im Umweltausschuss spricht und dass die auch sehr konstruktiv aufgenommen worden sind und auch konstruktiv diskutiert worden sind. Das ist eine Qualität denke ich mir die auch nicht ohne ist und die auch genauso gut umgekehrt sein könnte. Was ich noch beifügen möchte, was mir auch noch immer ein Anliegen ist, nachdem ich ja sozusagen unter der Hand als Baumstadtrat gehandelt werde, wir haben in Steyr eine Unmenge von Bäumen und Sträuchern stehen, wir haben ja wirklich das Glück, eine grüne Stadt zu sein im wahrsten Sinne des Wortes. Was natürlich mit sich bringt, dass alle Jahre zu einer bestimmten Jahreszeit, die singenden Sägen unterwegs sind und ich mich sozusagen auf die Füße machen muss und von einem Sägeschartenhaufen zum anderen rennen muss und aufgebrachte Bürger betreuen muss, die das Gefühl haben, die einen sagen, Gott sei Dank ist er weg der Baum, die anderen sagen, wie gibt es das, wir haben nichts gewusst davon, eigentlich wäre er für uns nach wie vor wertvoll gewesen. Es hat Anfang der Legislaturperiode einige Anläufe gegeben, auch hier so wie in vielen, vielen öö. und österreichischen Städten, eine Baumschutzverordnung anzuziehen. Das Land OÖ hat das auch einmal diskutiert. Es ist aber leider im Sande verlaufen und die Städte haben aus sich heraus Richtlinien entwickelt. Das wäre ja was, weil wir uns heute sehr grün geben auch mit dem Beitritt zum Klimaschutzbündnis. Es wäre auch was für die nächste Legislaturperiode auch in dieser Hinsicht nachzudenken, ob es nicht sinnvoll wäre auch eine Baumschutzverordnung zu erstellen und vor allen Dingen auch dem Umweltausschuss die Möglichkeit zu geben, über Maßnahmen, die den Baumschnitt in Steyr in den Wohnbezirken ect. oder auch in den Straßen, was das betrifft, auch zu diskutieren. Wir haben ja nie darüber diskutieren dürfen, ob denn die eine oder andere Maßnahme sinnvoll ist. Das ist, denke ich mir, schade, ist ein wesentlicher Bestandteil, gehört zu unserer Umwelt dazu. Wir haben nicht vorgedacht, also wird man nachdenken müssen, wenn die eine oder andere Allee gefallen ist, siehe Schnallentor und wir haben eigentlich immer im Nachhinein reagieren können. Das ist schade. Also, wenn wir diesen Schritt noch machen würden, dass wir sagen wir geben uns ein Programm, über ein, zwei Jahre, diese Maßnahmen, das und das steht an, wir besprechen das im Umweltausschuss, dann können wir es auch besser gegenüber dem Bürger vertreten, weil es eben schon im Ausschuss besprochen worden ist. So gibt es immer die Bösen und die Guten und das denke ich mir ist nicht sinnvoll. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Er hat schon ein neues Programm für die nächste Periode, neue Ideen. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Vzbgm. Dr. Pfeil. Bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich stoße in das gleiche Horn wie der Kollege Apfelthaler und ich möchte das noch etwas ergänzen, dass im nächsten Umweltbericht nicht nur Positiva drinnen sind, sondern auch solche Dinge drinnen sein sollten, die nicht so gut gelaufen sind aus der Sicht der Umwelt. Und ich schließe an bei den Baumopfern die in den letzten 10 Jahren, die wir jetzt überblicken oder sechs Jahre, je nachdem wie lange dass wir hier im GR sind, und da ist schon

einiges passiert. Da sind sehr, sehr viele Festmeter wertvollsten Baumbestandes in Steyr der Säge zum Opfer gefallen. Hier sollte man auch Jahr für Jahr oder alle zwei Jahre angeben, wie viel gesunder Baumbestand hier gesägt worden ist und warum, ob es hier eine Notwendigkeit gegeben hat. Insbesondere im privaten Bereich wird man aus derzeitiger rechtlicher Sicht kaum was machen können. Darum bin ich auch sehr dafür, dass eine Verordnung geschaffen wird für die Städte, ähnlich wie in der Stadt Wien, dass ab einer bestimmten Baumstärke, in Wien sind es meines Wissens glaube ich 30 cm Durchmesser, wo man eine Genehmigung dazu braucht, ob der Baum oder der Strauch privat oder öffentlich ist. Wenn ich an das Schnallentor, an Volgsang denke, in letzter Zeit, an die schönen Bäume im Bereich der Kreuzschwestern, bei der Bezirksbauernkammer, da ist einiges wirklich passiert und nicht unbedingt zum Vorteil der Stadt Steyr.

Ein Wort noch; der Umweltbericht ist sehr gut gemacht und gibt sehr Aufschluss über die Aktivitäten dieses Bereiches, das kann man nur loben, aber trotzdem sei noch eine positive Kritik angebracht, nächster Punkt, Miniermotte. Hier steht, dass die Kastanien, 123 Stück an der Zahl, gespritzt worden sind. Wir wissen ja, und die Gemeinde Wien hat da sehr, sehr viel Erfahrung, dass nur eines was bringt, dass eine punktuelle Bespritzung überhaupt nichts bringt, sondern ich muss stadteilmäßig vorgehen und die Auswahl der Mittel hat sich ja auch geändert. Da wäre es sehr gut, wo, auch für die Bürger zu wissen, ist gespritzt worden und mit welchen Mitteln, weil auch private Kastanienbaumbesitzer sollten sich danach richten. Es gibt keinen Sinn, wenn der Private spritzt und die Allee wird nicht gespritzt. Ich danke.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön Herr Dr. Pfeil. Gibt es noch eine Wortmeldung? Schlusswort Herr Referent.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist natürlich das mit den Bäumen von zwei Seiten zu sehen. Das erleben wir in vielen Diskussionen. Auf der einen Seite wollen wir so viel Bäume wie möglich schützen, auf der anderen Seite gibt es aber auch Bedürfnisse in der Bevölkerung. Wir versuchen hier schon sehr gewissenhaft auch abzuwägen, wenn wir Bäume, die im Besitz der öffentlichen Hand sind, und Bürger kommen und sagen die sollen weg, sie beeinträchtigen ihre Wohnqualität, dann muss man dort auch die Möglichkeit haben. Ich glaube, dass der Mensch schon im Vordergrund stehen muss, bei allem Verständnis. Es wird aber auch sehr genau geprüft. Über eine Baumverordnung können wir schon diskutieren und wir werden es dann im Umweltausschuss auch diskutieren, aber wenn man da eine Verordnung über das ganze Stadtgebiet macht, ist das schon ein sehr problematischer Eingriff in die persönlichen Freiräume der Besitzer, der Grundbesitzer, der Hausbesitzer. Solche Dinge muss man sich wirklich gut überlegen. Wir wohnen und leben in Steyr, wo wir wirklich gesegnet sind von Bäumen. Ich darf hier nur einmal in Erinnerung rufen, wir haben uns vor 10 Jahren zum Ziel gesetzt, wenn mich nicht alles täuscht, das war unter dem Sablik Erich noch, wir wollen für jeden Steyrer einen Baum pflanzen. Wir werden heuer in der Lage sein, den 40.000sten Baum zu setzen. Wir haben da schon ein sehr ehrgeiziges Ziel realisiert und da haben wir auch in diesem Bereich sehr viel getan.

Zu jenen Bäumen, die umgeschnitten werden, die im öffentlichen Bereich sind, darf ich auch noch dazu anfügen, das hat auch der Herr Gergelyfi, der Fachabteilungsleiter, immer wieder berichtet, auch im Umweltausschuss, dass jeder Baum, der umgeschnitten werden soll, von den Fachleuten begutachtet wird auf seine Qualität. Es gibt ja auch genügend Bäume die schauen nach außen sehr schön aus, sind aber innen krank und gefährden oft die Menschen. Also, es wird mit den Fachleuten von den Bundesforsten, von externen Fachleuten, genau geprüft, wenn ein Baum umgeschnitten werden soll. Also, wir gehen mit diesem Thema sehr, sehr sensibel um.

Zur Miniermotte: Es ist halt eine Geschichte, wie viel macht man, wie viel spritzt man. Da gibt es aber auch sehr unterschiedliche Auffassungen, auch unter den Experten. Der eine sagt der gehört gespritzt, der andere hat eher eine Abneigung. Wir haben jetzt im innerstädtischen Bereich die Kastanien mehrere Jahre gespritzt. Es hat sich dort alles erholt, es hat auch gewirkt. Der Herr Gergelyfi und ich haben heuer diskutiert und wir haben gesagt, wir wollen einmal schauen was passiert wenn wir einmal ein Jahr nicht spritzen, ob das wirklich gescheit ist, jedes Jahr zu spritzen. Man muss einmal ausprobieren was die Wirkung ist, wenn man einmal ein Jahr nicht spritzt, vielleicht genügt es, wenn man das nur alle zwei Jahre macht. Da muss man selbst auch genügend Erfahrungen dazu machen. Also, das wollte ich noch zu den Diskussionen angefügt haben. Ich ersuche jetzt diesen Umweltbericht zu beschließen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich erlaube mir auch noch eine Anmerkung zu diesem Umweltbericht, weil ich so Berichte ja auch sehr viel schon kenne von meiner früheren Tätigkeit. Mir fehlt in dem Bericht, und das soll eine Anregung für die Zukunft sein, eigentlich so etwas wie ein Maßnahmenkatalog, weil ich gehe davon

aus, dass in Steyr zwar, was die Umwelt betrifft, sehr gut gearbeitet wird, aber es gibt immer wieder Verbesserungsmöglichkeiten. Diese Verbesserungsmöglichkeiten sollen aufgezeigt werden in Form von Zielen. D. h., wir haben irgendwo Schwächen und dann soll man sagen, was ist unser Ziel für das nächste Jahr. So kann man dann nämlich jedes Jahr vergleichen, ob wir uns tatsächlich verbessert haben. Das wäre aus meiner Sicht eine Anregung, die aufgenommen werden sollte.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Umweltbericht ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Einstimmige Annahme. Danke schön.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Im nächsten Antrag, im zweiten Anlauf, der erste Anlauf ist nicht ganz geglückt, der zweite, weil es eh nicht anders geht, das ist nicht ob ich eine Freude oder keine Freude habe, solche Gefühle habe ich nicht zum Ausdruck zu bringen, geht es um den Antrag der Fraktion „Die Grünen“. „Kein Mülltransit durch Steyr“.

15) Präs-309/03 Antrag der GAL-Gemeinderatsfraktion betreffend „Kein Mülltransit durch Steyr“; Resolution an die OÖ. Landesregierung und an den OÖ. Landtag.

Resolution an die OÖ. Landesregierung und OÖ. Landtag

Ab 2004 darf der Hausmüll in Oberösterreich nicht mehr wie bisher deponiert werden, sondern muss entweder thermisch oder mechanisch-biologisch vorbehandelt werden. Die oberösterreichische BAV – AbfallbehandlungsgmbH., an der auch die Statutarstadt Steyr beteiligt ist, hat im November 2002 entschieden, dass die Bietergemeinschaft Bernegger/Brandtner für die künftige Entsorgung von ca. 150.000 Tonnen Hausmüll jährlich zuständig ist.

Müll wird an verschiedenen Sammelstellen in OÖ übernommen und verdichtet, anschließend nach Ternberg geliefert, dort mechanisch-biologisch vorbehandelt und anschließend nach Molln transportiert und dort mittels eines Pyrolyseverfahrens verbrannt. Die Reststoffe (30 %) sollen in Deponien, u. a. in St. Valentin, endgelagert werden.

Wird die Behandlung des oö. Hausmülls nach diesem Konzept durchgeführt, konzentriert sich die Verwertung hauptsächlich auf die Nationalparkregion Steyr-Ennstal-Steyrtal. Unabhängig vom technischen Verfahren, ist mit einer gewaltigen Verkehrsbewegung aus sämtlichen oberösterreichischen Bezirken nach Ternberg, hauptsächlich über Steyr zu rechnen.

Durch die Veränderung in der Betriebslogistik der Steyrer Industrieunternehmen ist es bereits in den letzten Jahren zu einer enormen Steigerung des LKW-Verkehrs in unserer Region gekommen. Besonders jene MitbürgerInnen, die an den Hauptverkehrsadern wohnen, beklagen die steigenden Schadstoff- und Lärmemissionen. Ein weiterer Zuwachs des Schwerverkehrs durch Steyr kann die Verbesserung der Lebensqualität in unserer Stadt auf keinem Fall zuträglich sein. Außerdem ist die Behandlung von Hausmüll in dieser Dimension nicht mit der Nationalparkidee vereinbar.

Mit diesem Antrag erklärt sich die Stadt Steyr mit den BewohnerInnen unserer Region, die das Projekt mehrheitlich ablehnen, solidarisch.

Aus diesem Grund stellen die Grünen folgenden Antrag:

Resolution

an die OÖ. Landesregierung und den OÖ. Landtag

Die oberösterreichische Landesregierung und der oberösterreichische Landtag werden ersucht, alle politischen und rechtlichen Schritte zu setzen, die die zukünftige Behandlung des oberösterreichischen Hausmülls in Ternberg und Molln – in der Nationalparkregion Kalkalpen – verhindern.

GR Kurt Apfelthaler und GR Andreas Kupfer.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, ich möchte da ganz emotionsfrei eine Sachverhaltsdarstellung bringen. Ich möchte nur hier zu dem Antrag die Bieter, dass die BAVA, die Bietergemeinschaft Bernegger/-Brantner, dass diese entsorgen, ich möchte dazu nur anführen, damit man da auch weiß, wie sich das abspielt. Die oö. Restabfallgeschichte ist ja schon eine sehr lange

Geschichte. Es hat ja da viele, viele Vorgespräche und Diskussionen gegeben. Eines ist festzustellen, dass die BAVA, das ist die öö. BezirksabfallbehandlungsgmbH., dass die den öffentlich-rechtlichen Gesetzen und Verpflichtungen entspricht. Aus diesem Grund wurde eine europaweite Ausschreibung vom Land und von der EU verlangt und bei der europaweiten Ausschreibung sind zwei Bieter übrig geblieben, andere sind ausgeschieden worden, und die sind zur Beschlussfassung in diesen Gremien vorgelegen. Nur einmal zu dem. Ich möchte diese Sachverhaltsdarstellung jetzt da zur Kenntnis bringen.

Im Jahr 2001 wurde mit breitem, politischem Konsens eine öö. Lösung für die Entsorger der kommunalen Restmüllmengen initiiert. Aufgrund der Zuständigkeit für Abfallentsorgung haben die öö. Städte und Gemeinden über die Bezirksabfallverbände bzw. den Landesabfallverband eine Ausschreibung ausgearbeitet um die OÖ-Lösung zu realisieren. Also, diese Ausschreibungskriterien sind auch mit dem Land OÖ akkordiert worden. Nicht nur mit dem Landesabfallverband und den Bezirksabfallverbänden, sondern auch mit dem Land OÖ. Es waren da die Experten und Fachleute miteingebunden. Für diese Ausschreibung waren das Bundes- und Landesabfallwirtschaftsgesetz sowie die Deponieverordnung maßgebend. Da der OÖ Landtag es verabsäumt hat eine sogenannte Standortverordnung für Abfallbehandlungsanlagen zu erlassen, wurde eine Abfallbehandlungsanlage mit Standort OÖ ausgeschrieben. Das war auch so der politische Wille in OÖ. über alle Grenzen hinweg. Das war keine parteipolitische, sondern das war die einhellige Auffassung, bis auf die „Greanen“, die haben da eine andere Position dazu.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
De Greanen!

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Entschuldigung, wenn ich da jetzt abfällig geredet habe. So wie die Grünen.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Du sagst auch immer „Opfitola“!

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Also, ich verberge es nicht, dass ich aus dem ländlichen Bereich komme und hier und da macht sich das halt bemerkbar. Das ist ja keine Schande.

Bereits diese Gebietseinschränkung wurde als vergaberechtlich bedenklich kommentiert. Also, dass man es nur für OÖ ausgeschrieben hat, wurde es vergaberechtlich bedenklich kommentiert und zwar von den Experten von der EU. Ob das auch wirklich dann so hält, das ist eine andere Sache. Aber es war der politische Konsens und die politische Meinung, dass in OÖ der Standort sein soll, damit der Mülltourismus weitgehendst eingeschränkt wird. Um den Transport des Abfalls einzugrenzen, wurde in die Ausschreibung die Kilometersumme des Abfalltransportes als Kriterium aufgenommen. Die Ausschreibung inkl. Nachverhandlungsverfahren wurde im Spätherbst 2002 abgeschlossen. Von einer mehrköpfigen Expertenkommission wurde ein Vergabegutachten angefertigt, also nicht von den Gremien, Abfallverbände BAVA oder Landesabfallverband, welche die Bietergruppe Bernegger & Brantner als Billigst- und Bestbieter auswies. Also diese Expertengruppe hat Bernegger & Brantner als Billigst- und Bestbieter ausgewiesen. Dieses Sachverständigengutachten bildet bis heute die einzig rechtliche, relevante Entscheidungsgrundlage für eine Auftragsvergabe. Den Stimmberechtigten der BAV-AbfallbehandlungsgmbH. kommt lediglich die Entscheidung zu, die Abfallbehandlungen im Sinne der Ausschreibung durchführen zu lassen oder die Ausschreibung ersatzlos aufzuheben. Die Frage der Auftragsvergabe in den erst- oder zweitgereihten ist vergaberechtlich unzulässig und daher nicht zu entscheiden gewesen. Politische Überlegungen, Standort, Infrastruktur, Nationalpark haben in dieser Phase der Entscheidungsfindung keinen Platz mehr gehabt, weil es keine Standortverordnung gegeben hat. Es war ausgeschrieben und die rechtliche Grundlage ist dafür gewesen. Nach allgemeinen Erkenntnissen der Gutachter, auch bestätigt durch die Bietergruppe, würden bei weitem nicht alle Fahrten mit Abfällen aus OÖ nicht nach bzw. durch Steyr führen.

Zu den in den Medien skizzierten Transportwegen in Steyr, das kann ich mir sparen, die Debatte kennen wir, die haben wir schon geführt, weil wir ja durch den Wehrgraben Gewichtsbegrenzungen haben.

Zur Verkehrsbelastung allgemein, kann festgestellt werden, dass die Frage in der Anbotsverhandlung mit der Bietergruppe so beantwortet wurde, also das ist schon Debatte gewesen und ist auch Inhalt der Diskussion gewesen, dass bei der Errichtung der NBA-Anlage die Schottergrube Ternberg

geschlossen würde und somit in Summe ein Reduktion des Schwerverkehrs in der Region erreicht würde. Die Anlagen der Bietergruppe würden zwar nicht innerhalb aber doch am Rande der Nationalparkregion errichtet werden. Dies ist rechtlich bei der bestehenden Flächenwidmung und das sind auch die rechtlichen Voraussetzung und Grundlagen bei der bestehenden Flächenwidmung der Standortgemeinden zulässig und nur durch die Standortgemeinden beeinflussbar. Also, wenn dort die Widmung eine andere wäre, könnten die das dort nicht hinmachen. Wir haben eh heute schon debattiert über die Gründe im Schloss Voglsang. Landespolitisch hätte die OÖ Landesregierung aufgrund des § 21 öö. AWG und eine Standortverordnung erlassen können, man hätte die Debatte was heute stattfindet, wieso nicht in Wels, die OÖ Landesregierung hätte die Möglichkeit gehabt, eine Standortverordnung zu erlassen, die genau festgelegt hätte, dass direkt dort, wo die BAV ist, hätte man genau eingrenzen können, dass dort die Behandlungs- und Vorbehandlungsanlage stehen muss. Das hätte man tun können, ist aber nicht unproblematisch, weil nämlich der frei Wettbewerb damit schon sehr stark infrage gestellt wird. Wenn dort eine Verbrennungsanlage der WAV steht, dann schalte ich mit der Standortverordnung jeden anderen Bewerb aus, weil der Grund nicht zur Verfügung steht. Also, die öö. Politik hat diese Standortverordnung nicht erlassen. Das ist ja auch im öö. Landtag bzw. im Landtagsausschuss diskutiert worden. Aus diesem Grund, meine sehr verehrten Damen und Herren, besteht momentan rechtliche keine Möglichkeit zur Einflussnahme auf den Standort.

Vielleicht noch ein paar Erläuterungen, weil die Debatte wird ja schon seit einigen Monaten sehr hitzig geführt. Zu der Frage Handelsgericht Linz, der Beschluss der BAVA wurde aufgehoben, weil vom Handelsgericht Linz die Meinung vertreten wurde, dass für diesen Beschluss eine $\frac{3}{4}$ -Mehrheit des Gremium, also der BAVA, der Generalversammlung, notwendig gewesen wäre. Es ist tatsächlich bei der Abstimmung nur ein Beschluss von etwas über 60 % zustande gekommen. Da haben halt einige dagegen geklagt, Wels-Land und Wels-Stadt haben dagegen geklagt und der Richter hat dem Rechnung getragen und somit ist jetzt einmal der Beschluss der BAVA nicht rechtskräftig. Es hat eine Sitzung gestern in Linz stattgefunden, wo die Generalversammlung der BAVA eingeladen war, also die Generalversammlung stattgefunden hat. Es waren alle Bezirksabfallverbände, die ja dort Sitz und Stimme haben, vertreten. Es ist beschlossen worden, mit über 70 %, dass dagegen Einspruch, also dass wir Berufung einlegen werden. Es ist ja rechtlich eine äußerst komplizierte und verzwickte Geschichte, weil nämlich Rechtsgrundlagen da sind. Es haben sich auch jene, die gegen den Best- und Billigstbieter gestimmt haben, haben auch die Meinung vertreten, und deren Rechtsanwalt, dass wir in die Berufung müssen. Wenn wir nämlich nicht in die Berufung gehen, ist der Beschluss aufgehoben. Es gibt keine Rechtsgrundlage, es können Schadenersatzforderung in einem dementsprechend Ausmaß verlangt werden. Also, diese Geschichte wird noch einige Zeit dauern. Der wahre Hintergrund ist, dass es hier um viele Millionen Euro geht, dass das ein riesiges Geschäft ist, wer den Zuschlag für den OÖ Restabfall bekommt. Dass es nicht so gelaufen ist wie man vielleicht gemeint hat, wie so die allgemeine Meinung gewesen ist, das liegt nicht im Einflussbereich des beschlussfassenden Gremiums. Das war nicht möglich.

Ich möchte nur eines schon noch hinzufügen, damit man das auch ein bisschen beurteilen kann; es wäre - und das ist auch meine persönliche Einschätzung gewesen - allen Verantwortlichen in Oberösterreich lieber gewesen, wenn der Zuschlag für die Müllverbrennungsanlage in Wels gekommen wäre. Ich möchte jetzt nicht den Firmennamen nennen, aber es wäre allen lieber gewesen. Es ist aber bei der Beurteilung der Angebote durch die Experten herausgekommen, dass der Billigstbieter ein anderer ist und dass es auch um Geld geht. Es ist hier doch ein beachtlicher Unterschied - auch für die Stadt Steyr - über den ganzen Vertragszeitraum würde der zweitbeste Bieter 2 Mio. Euro teurer sein, wie der Best- und Billigstbieter. Da hat es schon sehr heftige Debatten gegeben. Eine für mich etwas unverständliche Entwicklung und Situation, dass gerade der zweitbeste Bieter in Niederösterreich, in St. Pölten, angeboten hat und dort billiger angeboten hat, wie das in Oberösterreich der Fall gewesen ist.

Unverständlicher Zwischenruf

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Nein, nicht genauso teuer, er wäre billiger gewesen. Ich möchte das auch in diesem Kreise sagen, dass das auch der Generaldirektor Windner gesagt hat, wenn er nicht die Altlast, WHV Wels, Linie 1 zu tragen hätte, wir wissen dort geht es um rote Zahlen von ca. 700 Mio. Schilling - das kann ich hier auch ruhig sagen, weil er hat das auch in einer öffentlichen Versammlung mit den Bezirksabfallverbänden gesagt - wenn er das nicht zu tragen hätte und eine Anlage auf eine grüne Wiese hätte stellen können, dann wäre er billiger gewesen wie der Bestbieter. Also, nur ein paar Nebeninformationen, damit man das auch sieht. Das Ganze ist noch ein rechtlicher Streit, man weiß

jetzt nicht wie die Berufung ausgeht, das kann man nicht voraussehen. Das kann noch gravierende Auswirkungen haben, man weiß nicht, was da noch sein wird. Ich kann nicht alles im Detail sagen, ich bin ja dem Gremium gegenüber auch verschwiegenheitspflichtig, aber eines möchte ich schon noch sagen. Es sind intensive Bestrebungen im Gange, damit vielleicht doch irgendwo ein Konsens erreicht werden kann. Diese Bemühungen sind da, weil wie gesagt auf Grund der wirtschaftlichen Situation der WHV, ist man auch überall unglücklich, das ist der Hauptgrund. Es wird da sicherlich auch die nächsten Monate noch darüber diskutiert werden. Das ist die Situation, in der wir sind, meine sehr verehrten Damen und Herren, es wird ein Rechtsstreit sein, es sind viele Dinge offen und aus dem Grund wird sich unsere Fraktion bei dem Antrag der Grünen der Stimme enthalten, weil ich glaube, dass jede Geschichte, wo man da noch mehr einheizt, der Sache nicht mehr dienen würde. Man kann nur schauen, dass die Bieter und Betreiber vielleicht doch zu einem Konsens kommen und den Weg zu einer oberösterreichischen Lösung finden, die auch der Müllverbrennungsanlage in Wels die Chance gibt, wirtschaftlich zu sein. Das wollte ich jetzt einmal aus meiner Sicht berichtet haben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Dieser Antrag steht zur Diskussion, gibt es eine Wortmeldung? Keine Wortmeldung?

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Freilich!

Da Opfitola!

Gelächter

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren. Der erste Satz vom Kollegen Vizebürgermeister Bremm war ja: „Ich möchte emotionsfrei darüber berichten, was in den Beratungen so stattgefunden hat.“ Also, ich denke mir, emotionsfrei wird es nicht gehen, wenn man rundherum schaut, wie sich die einzelnen Gemeinden im Steyr- und Ennstal wehren und ich hoffe doch auch, die Steyrer. Da denke ich mir, ist doch sehr viel Emotion damit verbunden, weil man muss sich einmal vorstellen, dass die Prämisse zu dieser oberösterreichweiten Abfalllösung diejenige war, dass man gesagt hat, wir wollen keinen Mülltourismus, wohin auch immer; ob jetzt Passau, oder wie in der Steiermark, da kommt der Müll von Italien herauf usw. Diesen Mülltourismus wollte man ursprünglich ja vermeiden und man hat gesagt, wir wollen eine zentrale Lösung. Diese zentrale Lösung wäre ja fast schon gestanden, man hat gesagt, dass man diese bestehende Welser Anlage dazu benutzt, vor allen Dingen deswegen, weil dort planwirtschaftlich vorgegangen worden ist. Man hat gesagt, wir wollen nicht den Schwerpunkt auf Müllvermeidung setzen, weil das werden wir nicht zusammenbringen, weil die Bemühungen der Industrie und des Gewerbes auch nicht so ausreichend waren; dass sie gesagt hätten, wir können unseren Müll derartig reduzieren, dass man mit kleineren Anlagen das Auslangen findet, sondern wir brauchen eine Müllverbrennung. Also, das war eigentlich auch nie unser besonderes Bestreben und wie wir seinerzeit zum Verband dazugegangen sind, haben wir auch darüber geredet, das war voriges Jahr im Herbst, da haben wir auch über diese Geschichte gesprochen. Gut, es ist passiert. Planwirtschaftlich hat die oberösterreichische Politik gesagt, der Müllverbrennungsofen soll in Wels stehen. So, jetzt auf einmal, auch wieder ein politischer Zug, kommt man darauf, dass man marktwirtschaftlich arbeiten sollte, also man sagt, der Preis ist ausschlaggebend dafür, die beste „Lösung“ ist ausschlaggebend dafür und wenn wir es schon ausschreiben - und der Wert dieser ganzen Angelegenheit ist ja in Euro-Millionenhöhe - dann müssen wir es EU-weit ausschreiben. Überraschenderweise kommt man dann darauf, dass zwei Anbieter einfach übrig bleiben. Ganz zum Schluss bleiben also 2 Anbieter übrig und die werden dann bewertet. Bei der Bewertung kommt man dann darauf, dass der Zuschlag die Firma Bernegger und Brantner in Ternberg bzw. Molln bekommen soll. Das sind 2 Fragen, die nach wie vor im Raum stehen; was ist mit der Prämisse, wir wollen keinen Mülltourismus sondern eine zentrale Lösung?

Unverständlicher Zwischenruf

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Ja, das ist mir eh ganz klar, aber es ist wirklich ein Unterschied, ob ich von Freistadt ins nächste Sammelzentrum und vom Sammelzentrum dann nach Ternberg fahren muss, ins südlichste Eck, durch Steyr durch oder ob ich von Freistadt ins Sammelzentrum und vom Sammelzentrum in den Zentralraum nach Wels fahre, das ist ein wesentlicher Unterschied. Lügen wir uns doch bitte nicht ständig an, was das anbelangt, das sind hunderte wenn nicht tausende Kilometer über diesen

Zeitraum, der geleistet werden muss. Also von einer zentralen Lösung, die es in Wels dargestellt hätte, sind wir kilometerweit weg.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Das hättest du als Angebotsbedingung hineinschreiben müssen.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Ja gut, du gibst mir das Stichwort. Die Angebotsbedingungen sind eigentlich der Wurm bei dieser ganzen Angelegenheit. Die Angebotsbedingungen und auch die Bedingungen der Bewertung der einzelnen Vorschläge, die von der Firma geliefert worden sind. Wenn man das natürlich so hin konstruiert, dass letzten Endes dieses Ergebnis herauskommt, dann darf man sich ja nicht wundern. Ich habe hier die Entscheidungsunterlagen mit den Bewertungen; wenn 50 % in den Bewertungsunterlagen nur das Hauptziel haben, den Preis billig zu gestalten, dann denke ich mir, das ist klar, das lässt sich politisch am besten verkaufen. Billig muss es sein, aber man bedenkt nicht, dass natürlich auch noch andere Faktoren ausschlaggebend sind, die nicht so offensichtlich politisch verwertbar sind. Sprich Qualität der Anlage, was bringt das an Tourismus, an Transportkosten etc., wie werden die Straßen hin, durch die 26-Tonner und es gibt eine ganze Latte an Fragen, die offen geblieben sind, weil man natürlich dem Verbraucher am liebsten einen billigen Preis zuschanzen will, bzw. sagen will, wir haben hart verhandelt, es ist uns gelungen, diesen Preis pro Tonne so herunter zu setzen, dass er annehmbar ist. Gut, aber was wir dabei immer wieder vergessen und das macht das Ding ja so kompliziert, dass natürlich eine Kette von anderen Maßnahmen bzw. Auswirkungen nachkommen. Es ist ja bei Gott nicht so, dass man diese ganze Müllangelegenheit so technokratisch eingrenzen kann, dass man sagen kann, wir haben da 4 oder 5 wesentliche Faktoren und mit dem ist die ganze Geschichte erledigt. Das führt uns jetzt eigentlich zu dem Kernthema, um das sich eigentlich der ursprüngliche Antrag bzw. der Antrag zur Resolution dreht. Wenn man diese Bewertungsunterlagen anschaut, schaut das dann so aus, dass in 17 ½ Jahren oder wann dieser Endausbau in Ternberg fertig ist und wenn Molln rennt, dass man dann ein Verkehrsaufkommen von 50 max. 60 LKW am Tag hat. Oder 45, es rennen ja so viele Zahlen herum, weil ja bei der Müllmenge, die in Ternberg sozusagen verarbeitet werden soll, plus/minus 20 % mitberechnet werden müssen, darum kommen wir einmal auf 150.000 Tonnen im Jahr, dann wieder auf 170.000 Tonnen, die anderen sagen wieder 200.000 Tonnen, nicht einmal das weiß man genau, ist aber eh kein Wunder, weil es sich über einen langen Zeitraum bewegt. Aber man lässt sich da so ein Spazi und je nach verkehrstechnischem Bewusstsein oder Umweltbewusstsein, sagen die einen - lächerlich, 45 LKW am Tag, die anderen sagen 100 LKW und mehr am Tag. Jetzt möchte ich aber einmal versuchen nachzuvollziehen, was denn alles nicht in den Unterlagen drinnen steht, mit dem wir aber trotzdem rechnen müssen. Also, in den Unterlagen steht auf jeden Fall nicht drinnen, dass diese LKWs auch wieder wegfahren müssen. Das ist schon interessant, die einen sagen 45 oder 50, in Wahrheit sind es ja zweimal so viele Fahrten, denn ich kann den LKW ja nicht ins „Handtaschl“ geben, wenn er dort ausgeladen ist, der muss ja wieder weg zum Nachfüllen. Diese Fahrten sind nicht beschrieben. Was ist noch nicht beschrieben und das betrifft bitte alle Steyrer und Steyrerinnen, die an diesen Hauptverkehrsstraßen wohnen und wo die LKWs fahren müssen. Also, wohin mit dem Restmüll? Bleibt der dort liegen? Ist das in den Unterlagen drinnen? Nein! Der Restmüll muss z. B. nach St. Valentin oder Steyr fahren, der wird auch nicht fliegen, oder kann auch nicht mit der Gummischleuder weggeschossen werden, der muss fahren und das steht auch nicht in den Unterlagen drinnen. Was ist denn mit den Pelletts-LKWs, die ja laut diesen Unterlagen fahren müssen, weil dieser thermisch verwertbare Teil, der in Ternberg produziert wird, der muss ja auch wo hingebraucht werden? Z. B. nach Molln, wo ja diese seltsame Pyrolyseanlage entstehen soll, die noch nirgendwo in Europa, geschweige denn auf der Welt in dieser Größe funktioniert hat; aber es steht drinnen. Es steht aber natürlich nicht als Verkehrsaufkommen in den Unterlagen drinnen. Was steht noch nicht drinnen? Die ganzen LKWs, die mit dem Metall in die Voest-Alpine fahren sollen, die stehen nicht drinnen, müssen aber auch da durch und können nicht mit dem Schinakel auf der Enns hinuntergeführt werden. Was ist denn mit dem Biomüll in Ternberg? Der darf ja dort nicht liegen bleiben, das ist aber auch kein Wunder, bei 150.000 Tonnen pro Jahr, die dort verarbeitet werden sollen, der kann ja auch nicht in Ternberg liegen bleiben sondern muss ja auch wieder verbracht werden - durch Steyr durch bitte und nicht drüber oder drunter. Was ist denn z. B. mit den Schlamm-LKWs? Die Firma Bernegger lagert auf seinem Gelände ja auch Schlamm, hat dort ja auch einen Betreiber, der sich quasi mit kontaminierten Stoffen auch beschäftigt. Da dürfen sie dann einmal einen Nachbarn fragen, der gegenüber vom Ufer wohnt, wie es ihm da geht. Laut dem Nachbarn werden ja auch die Betriebszeiten nicht eingehalten und wie es ihm bei Regen geht, wenn es ihm den Dreck vom Haus herunterschwappt. Über das wollen wir aber jetzt gar nicht so reden, wir konzentrieren uns nur auf die Fahrten, die auf uns zukommen werden. Eine ganz interessante Geschichte ist auch diese mechanisch-biologische Anlage. Die darf ja nicht mit nassem Müll

betrieben werden, sondern der Müll muss getrocknet werden. Was glaubt ihr, wie viel tausende Liter Dieselöl im Jahr für diese Anlage benötigt wird, nur zum Trocknen von Müll?

Zwischenruf: 50.000 pro Tag!

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Das ist ein bisschen viel. Nicht nur zum Trocknen, es muss ja auch die Filteranlage mit Dieselöl betrieben werden. Laut meinen Unterlagen und den Unterlagen, die auf der Gemeinde in Ternberg liegen, liegen für die Betriebsbewilligung folgende Daten auf: 300.000 Liter Heizöl pro Jahr braucht man für die Trocknung des Mülls, nur des Mülls. Jetzt frage ich sie, ich weiß das nicht genau, wie viel tausend Liter in so einen LKW hineingehen, aber es sind genauso Fahrten, die nicht in den Unterlagen vorkommen und die nicht berechnet werden.

Jetzt schmauchelt natürlich jede Menge von dem Klumpert da hinaus und das muss gefiltert werden. Alleine für die Filteranlage brauche ich 250.000 Liter pro Jahr, damit die Reststoffe, die da heraus kommen, sozusagen wieder nach verbrannt werden, damit die Inhaltstoffe vernichtet werden. Das werden wir nicht im Plastiksackerl weg- oder hintragen, diese Ölmenge. So, dann brauchen wir noch einen fischen Stoff dazu, damit man die Abfallstoffe behandeln kann, und zwar jede Menge Schwefelsäure. Das sind, laut Beschreibung am Gemeindeamt Ternberg, 160 Tonnen Schwefelsäure, die müssen in dieser Anlage verarbeitet werden, um den chemischen Prozess voranzutreiben, 160 Tonnen Schwefelsäure pro Jahr. Was das natürlich auch auf den Straßen bedeutet, die da hineingebaut werden, dass die natürlich auch durch Steyr durch müssen; ich will da ja nicht irgendein Schreckenszenario von irgendeinem Unfall an die Wand malen, aber bitte bedenken sie immer wieder, dass das herunter lizitieren dieser Müllfahrten, die durch Steyr stattfinden sollen, in Wahrheit ein Selbstbetrug sind. Dieses Ding hat einen Rattenschwanz, den man mitbedenken muss. So, es geht aber noch weiter. Jetzt kommen wir in den spekulativen Bereich, das was ich bis jetzt gesagt habe, ist ja nachweisbar.

Unverständlicher Zwischenruf

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Immer wenn es spannend wird, müssen sie auf's Klo. Ist ihnen schlecht?

Gehen wir einmal davon aus, dass diese Anlage, die dort entsteht, einmal ein bisschen größer wird, dann brauche ich eine große UVP - und am Anfang ist es ja immer eine kleine Anlage, weil da erspare ich mir die Umweltverträglichkeitsprüfung - nur steht sie dann schon dort, das muss man mitbedenken. Wenn diese Anlage einmal dort steht, dann muss man sich darüber Gedanken machen, was mache ich mit den thermisch verwertbaren Dingen, die dort entstehen. In der Presse wird ja richtigerweise sehr viel kolportiert, weil die Mollner gesagt haben, ihr könnt uns ein bisschen Buckelfünferln, wir werden uns in unseren Nationalpark keine Müllvergasungs- oder Müllverbrennungsanlage hinstellen. Das ist ja schon derartig logisch, dass man selbst am Land schon schwankt und sagt, na ja, wahrscheinlich wird es eh nicht kommen, es ist eh wahr, ein Nationalpark mit einer Müllverbrennungsanlage ist sowieso ein Wahnsinn. Nur eines müssen wir schon bedenken, wenn der Herr Bernegger diesen Zuschlag und seine Bewilligung dort bekommt, und das ist ja noch so weich, weil warum soll er das nicht machen, das Recht hat er, das ist durchaus legitim, dann muss er sich natürlich überlegen, was er mit diesen thermischen Produkten dann macht. Jetzt könnte er zwei Varianten nehmen; er könnte das schnappen, was bei seiner NBA herauskommt, und nach Wels führen und dort sollen die das dann verbrennen. Oder er macht sich eine Pyrolyseanlage in Molln und dann muss er im Winter halt durch das Steyrtal. Aber fällt ihnen da was auf? Sie müssen fahren, fahren, fahren. Wenn sie es nach Wels schicken, dann ein Gutteil wieder durch Steyr durch und wenn es über die Sandner Linde nicht geht, dann auch wieder durch Steyr durch. So, dann kommt er vielleicht drauf, dass er sagt, jetzt habe ich eigentlich eine Superanlage stehen, ich kann meine Kalköfen heizen, jetzt möchte ich mich ein bisschen aufblasen und dann könnte er hergehen und den oberösterreichischen Gewerbemüll, oder was weiß ich von wo, auch mitverbrennen oder verarbeiten. Das ist ja durchaus legitim, aber wenn die Möglichkeit besteht und er hat seine Anlage dort, dann wird er frisch wieder durch Steyr fahren. Oder wenn er z. B. auf die Idee käme, unsere Altdeponien abzuräumen, es gibt ja jede Menge Altdeponien, die man schon zugedeckt hat, die eigentlich keine besonders klasse Geschichte sind. Jetzt könnte er eigentlich hergehen und sagen, super, ich könnte eigentlich die Altdeponien auch verwenden, weil da ist jede Menge Rohmaterial drinnen, das ich verwerten kann.

Was nach wie vor noch in der Schwebe ist; mir haben Bauern aus Ternberg gesagt, der wird seine Mischanlage nie aufgeben, weil die Schottergrube ist zwar nach ein paar Jahren „ausgenudelt“, die ist fertig, aber die Mischanlage kommt ihm immer noch billiger, wie wenn er drüben in Molln mischt. Er braucht natürlich für das Ennstal auch eine eigene Mischanlage, weil da auch Bautätigkeiten sind und

wir wissen alle, dass er sich draußen im Stadtgut auch wieder ein Kieswerk zugelegt hat. Was wir alle noch nicht wissen, aber schon ungefähr einschätzen können, wie wird denn das zukünftige Verkehrsaufkommen in Oberösterreich überhaupt sein, wenn wir heute in Steyr schon dreimal im Stau stehen, wie wird das dann in 17 Jahren ausschauen, wenn die volle Partie durch Steyr durchgeht. Wir wissen das heute noch nicht, aber wenn wir nicht anfangen uns zu wehren und sagen, seit doch gescheit, schaut dass ihr diese ganzen Stoffe zentral bringt, wo es eine Autobahn gibt, wo es einen Bahnanschluss gibt; ich bin jetzt nicht der Lobbyist von der Energie AG, aber es ist logischer. Ich bin in erster Linie der Lobbyist für die Natur, Herr Umweltstadtrat, aber es wäre logischer das zentral zu machen. Der Herr Bernegger hat ja nicht einmal auf seiner Seite herüber einen Bahnanschluss, er könnte höchstens den Sandmayr fragen, ob er ihm vielleicht eine Zille leiht. Er hat ja nicht einmal das und die Gemeinestraßen dort hat er eh schon seit Jahren heftigst gebraucht. Die Leute regen sich ja heute schon auf, dass sie in solchen Spurrinnen fahren müssen und wenn dann der gesamte Müll dann überhaupt durch Steyr durch muss - wir müssen die Straßen aber auch zahlen - und auf die Ennstalstraße kommt, dann darf das der Steuerzahler zahlen und wir haben dort sowieso ein erhöhtes Verkehrsaufkommen.

Noch einmal was zum Preis; sicher kann man das auch sehr technokratisch bewerten. Es stimmt schon, dass die Bietergruppe Bernegger und Brantner hier um 10 Euro pro Tonne billiger waren, aber auf der anderen Seite ist nirgendwo berechnet worden, was es bedeutet - ich habe es jetzt ja auch angeführt - wenn der ganze Müll quer durch Oberösterreich nach Ternberg transportiert wird. Man muss sich einmal folgendes Kuriosum vorstellen. Die einzelnen Bezirksabfallverbände haben ja über Jahre noch Verträge mit der WAV in Wels und im Jahr 2007 haben wir folgenden Zustand: Da müssen die Welser ihren Müll nach Ternberg führen und die Kirchdorfer führen ihren Müll nach Wels, weil sie einen längeren Vertrag haben und in Sattledt werden sie sich wahrscheinlich treffen und sich zuwinken. Das ist die Politik, die das meiner Ansicht nach vergeigt hat, die das aus der Hand gegeben hat und nicht die Grundvoraussetzungen geschaffen hat, dass der ökologische und nachhaltige Effekt von so einer Anlage über einen längeren Zeitraum betrachtet wird. Darum auch unser Begehren, erstens eine Unterstützung sämtlicher Initiativen aus dem Enns- und Steyrtal und auch in Steyr, und endlich einmal der Ruf an die Landespolitik, zu entscheiden und das nicht auf ein paar Bürgermeister, die quasi die Kapos der Bezirksabfallverbänden sind, abzuschieben, weil es von einem landesweiten Interesse ist, wenn diese Mülllösung optimal geformt wird.

Es gibt am 23. Mai einen Müllgipfel in Steyr im Stadtsaal, veranstaltet von den OÖ. Nachrichten und allen Umweltinitiativen, die sich mit diesem Thema beschäftigen und ich würde sie herzlich einladen, sich die Argumente aller jener anzuhören, die einer Zukunft entgegenzittern, die alles andere als rosig ist.

Eines möchte ich auch noch dazusagen; ich verstehe folgende Vorgangsweise nicht, wenn die SPÖ hier in der Stadt heute sagt, sie wird sich der Stimme enthalten, dann verstehe ich das einfach nicht. Ich darf einen Brief vorlesen, der vielleicht von Interesse ist, geschrieben am 29. April 2003.

„Liebe Genossinnen und Genossen! Der Ternberger Gemeinderat hat eine von der SPÖ-Fraktion eingebrachte Resolution, die sich klar gegen die geplante Trennung und Entsorgung des oberösterreichischen Mülls in der Nationalparkregion und im speziellen in Ternberg ausspricht, mehrheitlich beschlossen, 9 SPÖ, 5 ÖVP, 3 FPÖ, 1 FPÖ-Enthaltung, 4 ÖVP-Gegenstimmen und 3 ÖVP-Enthaltungen. Wie beim jüngsten Koordinierungstreffen in Ternberg vereinbart, sollen zur Unterstützung der SPÖ Ternberg, soweit in der Sache selbst auch in allen übrigen Gemeinden des Enns- und Steyrtales durch die SPÖ derartige Resolutionen eingebracht werden. In diesem Zusammenhang übermittle ich euch eine Kopie der Ternberger Resolution mit der Bitte weitere Schritte zu setzen.“

Unterschieden: Der Herr Bezirksgeschäftsführer Gerry Hackl und der Herr Nationalratsabgeordnete Kurt Gartlehner, Bezirksvorsitzender.

Und sie gehen her, liebe Genossen und Genossinnen, und enthalten sich hier vornehm der Stimme. Ganz ehrlich gesagt, was ist das für eine Politik? Das ist, wie wenn man mit gekochten Spaghetti Mikado spielen will.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es eine weitere Wortmeldung? FPÖ? Roman, dein Beitrag fehlt. Herr Mayrhofer bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein bisschen müssen wir uns jetzt schon von den Genossinnen und Genossen abheben. Ich glaube nicht, dass ich in Gefahr gerate, dass ich dazu gehöre.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Deine Kollegen in Ternberg haben auch sehr uneinheitlich gestimmt.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Das ist schon richtig. Das heißt, ich glaube, dass wir ein einheitliches Abstimmungsergebnis bringen werden. Ich glaube, dass man die Ängste natürlich ernst nehmen muss und dass Leute beängstigt sind, wenn sie ein Informationsdefizit haben und nicht genau wissen, was kommt wirklich auf sie zu, das ist mir vollkommen klar und das verstehe ich. Darum glaube ich, dass es notwendig wäre, dass wirklich Informationsveranstaltungen abgehalten werden, aber nicht nur einseitige sondern wo alle Betroffenen, wo vor allem auch die Betreiberfirmen die Möglichkeiten haben, zu Wort zu kommen, um aufzuklären was wirklich Sache ist. Dass man grundsätzlich solche Projekte ausschreibt, das finde ich sehr gut, weil das hebt uns ja wirklich von der Plan- und Monopolwirtschaft ab und ist zum Vorteil der Bevölkerung. Eines muss man ja auch sagen, sie haben jetzt ja die Endergebnisse mit dem Unterschied präsentiert. Wir wissen aber alle, dass beim Erstanbot das Welser Angebot bedeutend höher gelegen ist. Erst wie man gehört hat, halt, da gibt es ja zweite, die überhaupt in der Lage sind bei dieser maßgeschneiderten Ausschreibung mitzutun, erst dann hat sich der Preis nach unten bewegt. Ein Preis, den ansonsten die Bürger von Oberösterreich, wir alle und unsere Bürger, hätten zahlen müssen. Das einmal zum Grundsätzlichen. Bei den Ausführungen vom Kollegen Apfelthaler ist mir eigentlich in den Sinn gekommen, gibt es jetzt einen guten Verkehr und gibt es einen bösen Verkehr? Weil das ist mir jetzt nicht ganz klar. Wir selbst, wir hier im Gemeinderat, beschließen Wirtschaftsförderungen. Wir freuen uns - und wenn ich heute den Herrn Bürgermeister gehört habe, der gesagt hat, Gott sei Dank ist es uns gelungen wieder einen Betrieb nach Steyr zu bringen - dann ist das jedes Mal eine Jubelmeldung, der ich mich anschließe. Das heißt, wir sind froh, wenn es eine wirtschaftliche Entwicklung gibt. Mit sehr viel Fördermitteln versuchen wir derzeit eine Initiative in Ennstal zu machen, ein Technologiezentrum, um hier zusätzliche wirtschaftliche Ansiedelungen zusammen zu bringen. Wir haben allein von den zwei größten Unternehmungen hier in Steyr einen täglichen LKW-Verkehr von über 1000 und wir sind froh, dass die Wirtschaft prosperiert und wir wären glücklich wenn noch mehr kommt, weil das ein Zeichen von der Produktivität der Region wäre und hilft, von der immer noch höchsten Arbeitslosenrate in unserer Region vielleicht herunter zu kommen. Auch diese Anlage beschäftigt natürlich Leute und hilft genauso, Wertschöpfung in der Region zu halten. Mir fehlt, und das gebe ich ganz offen zu, wirklich die Übersicht und das Wissen, ist diese Anlage gut oder schlecht. Ich habe es auch nicht gelernt, ich verlasse mich auf die Expertenmeinung, die man dazu beauftragt hat, und maße mir nicht an, dass ich als gelernter Verkäufer entscheide, ob das die richtige Anlage ist, ob das der richtige Standort ist oder nicht. Ich vertraue also wirklich der Entscheidung und der Überprüfung vom Land Oberösterreich, nicht nur der Aussage des Landeshauptmannes, sondern generell auch im Gemeinderessort, Landesrat Ackerl hat ebenfalls gesagt, das wird im Detail und genauestens geprüft und ich glaube wirklich, dass auch am Land das Bewusstsein da ist, dass diese Entscheidung sorgfältig überprüft gehört und erst dann die endgültige Entscheidung getroffen wird. Aus diesem Grund werden wir uns der Stimme enthalten, weil ich nicht glaube, dass wir mit unserem Unwissen jetzt eine Entscheidung herbeiführen sollten, die womöglich vollkommen falsch ist.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es eine weitere Wortmeldung? Herr GR Kupfer bitte.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen. Bei der Wortmeldung des Kollegen StR Mayrhofer habe ich mir fast gedacht, ich bin auf der falschen Veranstaltung. Wir haben gerade vorher bei 3 Tagesordnungspunkten uns intensiv mit vergangenen und zukünftigen Aufgaben des Umweltschutzes auseinandergesetzt; Beitritt zum Klimabündnis, Umweltschutzbericht, Richtlinien für den Umweltschutzpreis. Und jetzt stellen sie sich hier heraus, wo es um die Ängste der Steyrer Bevölkerung und der ganzen Region geht, wo es auch um einen Bereich geht, der ihnen sehr wichtig ist, nämlich um den Tourismus in der Nationalparkregion und reden über Wirtschaftspolitik mit einer Wortmeldung, die vielleicht in den Sechzigerjahren noch aktuell war; wenn es herausraucht, dann ist es gut und wenn es nicht herausraucht, dann ist es nicht gut. Das heißt, wenn viele LKWs durch Steyr fahren, dann prosperiert die Wirtschaft und wenn wenig LKWs durch Steyr durchfahren, dann prosperiert die Wirtschaft nicht. Innovative Wirtschaftspolitik, auch die Wirtschaftspolitik die im TTZ in Reichraming stattfinden wird, ist nicht abhängig davon ob viele LKWs in unserer Region fahren, oder aus unserer Region hinausfahren, sondern von der Innovationskraft der Produkte und der Unternehmen, die produziert werden.

Diskussion verschiedener Mandatare

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Wenn wir uns heute hier herausstellen und sagen, es ist so schön, wenn mehr LKWs durch Steyr fahren, wir können uns gar nichts anderes wünschen, wenn wir hier keine Diskussion führen und wir z. B. eine intelligente Logistikpolitik führen - auch auf der Schiene, wäre auch eine Möglichkeit, wir kennen die Entwicklung bei BMW, wo es rückläufig ist, wir kennen die Diskussion, dass es nie versucht worden ist, in den ehemaligen Steyrer Werken hier eine Lösung herbeizuführen, diese Diskussion ist nie geführt worden. Das einzige, das wir als Grüne damals verhindert haben, ist das, dass der LKW-Verkehr durch das Wohngebiet durchführt, wie es ursprünglich in der Waldrandsiedlung geplant war. Das heißt, da braucht man uns Grüne, dass die Bevölkerung nicht betroffen wird. Euch ist das scheinbar völlig egal, es gibt keine Debatte hier im Gemeinderat - ich begrüße es ja, dass sie sich zu Wort gemeldet haben und sich so offen und ehrlich dazu geäußert haben, dass der LKW-Verkehr, auch ein steigender LKW-Verkehr in Steyr scheinbar für die ÖVP kein Problem ist, sondern etwas ist, was man sich ja wünscht, weil man dann scheinbar die Wirtschaftskraft davon abmessen kann. Dass das nirgends so ist und dass innovative Wirtschaftspolitik ganz anders ausschauen kann, das wissen wir ganz genau, da brauchen wir uns nur unser Technologiezentrum anschauen, das ist nicht so intensiv, dass wir täglich ich weiß nicht wie viel 26-Tonner brauchen, die ins Ennstal hineinfahren. Da komme ich auch noch auf einen Punkt - ich will mich gar nicht auf die Details einlassen, da ist der Kollege Apfelthaler der Experte, ich nicht - aber was mich schon ein bisschen verwundert, dass es keine Solidarität gibt. Es gibt keine Solidarität der Stadt Steyr mit der Region, es gibt scheinbar nicht einmal die Solidarität der Parteifreunde mit ihren Freunden von anderen Gemeinden, wo es berechnete Ängste gibt. Die strudeln sich ab, haben keine Lobby, wir als Stadt könnten die unterstützen, wir könnten das Tor zum Nationalpark sein. Steyr könnte sich als Tor zum Nationalpark selber einstufen und auch ernst nehmen. Aber was machen wir? Wir machen überhaupt nichts. Es gibt hier nicht einmal eine Debatte zu einem Anliegen, wo sogar der Geschäftsführer des Nationalparks sagt, für meinen Nationalpark ist das ehrlich gesagt alles andere als okay. Wo das Regionalforum sagt, das ist eigentlich nicht eine innovative Wirtschaftspolitik, wie wir uns das vorstellen. Und da gibt es keine Debatte, bis auf das, dass wir sagen, super - Hauptsache es fahren mehr LKWs durch Steyr.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Ich ersuche um das Schlusswort.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eines möchte ich schon hinzufügen. Als MAN-Beschäftigter, die Hiobsbotschaft Geschäftsjahr 2001/2002 - 20.000 LKWs haben wir in Steyr gefertigt und alle hat das gefreut. Aber dass die LKWs, die dort gemacht werden, dann auch fahren, das ist natürlich die Konsequenz daraus. Natürlich macht es mir auch hier und da Sorgen, wenn ich auf der Autobahn fahre und es ist eine Kolonne von LKWs von Haag nach Wien. Alle hat es gefreut, wie wir Leute aufgenommen haben, die Arbeitslosenrate ist gesunken. Oder wenn wir von BMW-Logistik reden, Herr Kupfer, das ist alles recht und schön, die Logistik von BMW ist wirklich hervorragend. Die führen alle Motoren mit dem Zug da hinaus, klar, weil Motore alleine noch nicht fahren und die fertigen Autos kommen herein, die fertigen Autos haben wir dann da, das ist so. Jetzt machen wir 16.000 LKW und alle sind wir bedrückt, weil wir nämlich Hunderte Arbeitskräfte verloren haben, das ist die Kehrseite.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Glaubst du, dass das einen Arbeitsplatz nimmt?

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Ich rede jetzt nicht, ob Ternberg der Standort ist oder nicht.

Unverständlicher Zwischenruf von GR Kurt Apfelthaler

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Ich rede jetzt nicht vom Bernegger, ich rede nur vom Verkehr.

Unverständlicher Zwischenruf von GR Kurt Apfelthaler

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Hör jetzt zu, ich habe dir auch zugehört.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Okay.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Ich habe nur vom Verkehr geredet, weil der Kollege Mayrhofer das angeschnitten hat. Alles zieht Verkehr an, das passt uns natürlich nicht, aber das ist Realität, das ist so.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Wir können nicht einfach sagen, es ist Realität, dass der Verkehr in Steyr steigt.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Nicht in unserer Stadt, der Verkehr steigt insgesamt, ob uns das passt oder nicht. Auf der einen Seite, wenn es um Arbeitsplätze geht, dann ist es uns recht, wenn wir irgendwo im Stau stehen, dann sind wir dagegen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nur ein paar Daten, damit man auch ein bisschen sieht, um was es auch nebenbei geht, warum die Debatte so hitzig geführt wird. Es war ein 100 %iger Beschluss bei den Ausschreibungskriterien, also alle Bezirksabfallverbände Oberösterreichs außer Linz, weil Linz hat ja eine eigene Anlage, alle anderen - einstimmiger Beschluss.

Die sechs Bezirksabfallverbände, warum die dagegen waren, das hat rein wirtschaftliche Hintergründe. Die haben nämlich mittel- bis langfristige Verträge mit Wels und die zahlen jetzt für die Vorbehandlung, die Verbrennung 183,- Euro pro Tonne. Im Anbot der Energie AG Linz sind es 143,- Euro. Die würden sich 40,- Euro pro Tonne ersparen und wenn die Energie AG den Zuschlag nicht bekommt, dann gehen die mit dem Preis nicht herunter und die können nicht aus ihren langfristigen Verträgen aussteigen. Das ist Faktum und das ist auch der Hintergrund, warum jeder auf die Palme steigt, weil es sich letztendlich auf die Gebühren der Bürgerinnen und Bürger auswirkt, denn die zahlen das nämlich. Es gibt Expertengutachten, lieber Kurt Apfelthaler, eines müssen wir uns, als öffentliche Hand, zur Richtlinie nehmen, Experten haben halt auch ihre Legitimation und die erstellen halt Gutachten nach ihren rechtlichen Verpflichtungen. Jetzt kann man natürlich auch sagen, Expertengutachten kann man immer wieder anzweifeln und aus dem Grund gibt es ein Nachprüfverfahren, dass das Land Oberösterreich aufgrund eines Antrages der Energie AG eingeleitet hat. Es wird ein zweites Expertengutachten geben und die werden festzustellen haben, ob das Expertengutachten von jetzt richtig ist oder nicht. Also, die Experten werden sich darüber noch streiten und es wird Anlagengenehmigungen geben müssen, also da wird es rechtliche Voraussetzungen geben. Das wollte ich noch hinzugefügt haben. Ich ersuche nun, die Abstimmung durchzuführen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich möchte vielleicht auch noch dazu erwähnen, weil das Thema Steyrer Betriebe angesprochen worden ist. Ich glaube, wir würden uns wirklich freuen, BMW macht zur Zeit etwa 2.200, 2.300 Motoren, wenn sie um 10 % mehr machen würden, steigt auch der LKW-Verkehr um 10 %. Das heißt das sind 20 bis 30 LKW pro Tag mehr, um diese Summe geht es hier. Da würden wir uns alle freuen, wenn die Produktion um so viel steigen würde. Das selbe ist bei MAN, wenn die statt 20.000 jetzt 30.000 machen könnten, würden sich alle freuen, das ist so. Ich bin auch nicht dafür, dass der LKW-Verkehr steigt, aber wir werden uns nicht wehren können und es wird auch mit der Ostöffnung noch einiges auf uns zukommen, was uns auch nicht ganz recht sein wird und wir werden das nicht verhindern können, das ist nun mal so.

Kommen wir jetzt zur Abstimmung.

Diskussion verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Das Schlusswort war schon, ich habe zu ihm gesagt, Schlusswort bitte.

Unverständlicher Zwischenruf von GR Andreas Kupfer

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wir haben uns ganz eindeutig für Steyr deklariert.

Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer für diese Resolution stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. 2 - GAL. Wer ist dagegen? Niemand. Stimmenthaltungen? ÖVP, SPÖ, FPÖ, der Antrag wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Ich danke dem Berichterstatter und bitte nun den nächsten Berichterstatter, Herrn StR Gunter Mayrhofer, um seine Ausführungen.

BE:STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Der erste Antrag bezieht sich auf die Kanalisation Innere Stadt und zwar im Bereich Ölberggasse, Schulstiege und Enge Gasse. Hier haben wir noch einen dringendst sanierungsbedürftigen alten Kanal.

Es ergeht daher folgender Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

16) BauT-17/02 Kanalisation Innere Stadt Teil 3 Antrag um Vergabe und Mittelfreigabe der

A) Kanalbauarbeiten NK Ölberggasse, NK Schulstiege, NK Enge Gasse

B) Baustellenkoordination laut BauKG

C) Beweissicherung von Gebäuden

D) Geländer und Handläufe Schulstiege und Ölberggasse

E) Baumeister und Steinmetzarbeiten; Sanierung Schulstiege

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 11. April 2003 werden die Bauarbeiten für die Kanalisation Innere Stadt Teil 3 wie folgt vergeben:

Kanalbauarbeiten, Straßenbeleuchtung und Pflasterung
Illichmann Haider, Steyr EUR 186.827,95 exkl. MWSt.

Baustellenkoordination laut BauKG Baumeister Ing. Ulrich Reisinger, Steyr EUR 690,-- exkl. MWSt.

Beweissicherung von Gebäuden Baumeister Ing. Ulrich Reisinger, Steyr EUR 1.750,-- exkl. MWSt.

Geländer, Handläufe in der Schulstiege und Ölberggasse Herwig Zöserl, Reichraming EUR 4.761,60 exkl. MWSt.

Baumeist. und Steinmetzarbeiten Sanierung Schulstiege Illichmann Haider, Steyr EUR 23.411,10 exkl. MWSt.

Gesamtkosten Bauvorhaben Innere Stadt Teil 3 EUR 217.440,65

Die erforderlichen Mittel für die Abwicklung des Bauvorhabens Innere Stadt Teil 3 sind in Höhe von

EUR 217.440,65 im Budget 2003 bei der VSt. 5/851000/004000 (Ausbau weiterer Kanäle)

vorgesehen.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von insgesamt EUR 217.440,65 exkl. MWSt. notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Hier geht es um das Asphaltierungsprogramm 2003.

Es ergeht folgender Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

17) BauStr-2/2003 AS Asphaltierungsprogramm 2003; Vergabe der Arbeiten, Kreditübertragung;

DRINGLICHKEITSBESCHLUSS

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 24. 04. 2003 wird der Vergabe des Asphaltierungsprogrammes 2003 an die Arbeitsgemeinschaft Straßen- und Pflasterbau/Lang und Menhofer und Eigenleistungen des GB VII wie folgt zugestimmt:

Vergabevorschlag (inkl. Baustellenkoordination u. Regie)

Auftragnehmer

Errichtung/Finanzierung

Betrag inkl. MWSt. Nachlass & Skonto

APRG 2003-Gutenberggasse BA1 + BA2, ARGE SP & LM, 2003/2004
EUR 70.366,59

APRG 2003-Löwstraße, ARGE SP & LM, 2003
EUR 79.322,65

APRG 2003-Gehsteig Schuhmeierstr., ARGE SP & LM, 2003
EUR 48.487,25

APRG 2003-Gehsteigsanierungen im Stadtgebiet, ARGE SP & LM, 2003
EUR 41.561,98

APRG 2003-Verkehrssicherungsm. Aufpflasterung Sudetenstr.-Madlsederstr., ARGE SP & LM, 2003
EUR 14.747,88

APRG 2003-Begleitmaßnahmen Sparkassenplatz Resthof, ARGE SP & LM, 2003
EUR 59.613,39

Summe Asphaltierungsprogramm 2003:
ARGE SP & LM 2003/2004
EUR 314.099,74

Planungskoordination lt. BauKG, Eigenleistung, 2003/2004
EUR 0,00

Eigenleistungen Verkehrszeichen udgl., FA f. komm. Dienstleistungen, 2003
EUR 5.000,--

Bepflanzungen und Sonstiges, Stadtgärtnerei, 2003
EUR 1.729,58

Gesamt: EUR 320.829,32

Die erforderlichen Mittel werden wie folgt finanziert, auf die nachstehend angeführten Voranschlagsstellen übertragen und freigegeben:

Budget 2003:

Kanalbau aus Übertrag von Gemeindestraßen von 5/612000/0020000 auf 5/851000/004000 - Gutenberggasse im Kanalbau

EUR 32.000,-- inkl. MWSt.

Gemeindestraßen Straßenbauten - diverse Belagsarbeiten 5/612000/002000 - Asphaltierungsprogramm ohne Gutenberggasse

EUR 180.400,-- inkl. MWSt.

Gemeindestraßen Straßenbauten - Ausbau weiterer Straßen von 5/612000/002020 auf 5/612000/002000 - Aufpflasterung Sudetenstraße - Madlsederstraße

EUR 15.000,-- inkl. MWSt.

Gemeindestraßen Straßenbau Resthof - Sparkassenplatz von 5/612000/002180 auf

5/612000/002000 - Sparkassenplatz Resthof ohne Betonplatten

EUR 55.000,-- inkl. MWSt.

Summe aus Budget 2003:
EUR 282.400,-- inkl. MWSt.

Budget 2004:

Kanalbau aus Gemeindestraßen Gutenberggasse BA 2, 5/851000/004000 - Rest Gutenberggasse

EUR 38.400,-- inkl. MWSt.

Summe Budget 2004
EUR 38.400,-- inkl. MWSt.

Gesamt: EUR 320.800,-- inkl. MWSt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von EUR 167.200,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 47 Abs. 5 StS. 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich möchte auch diesen Antrag zum Anlass nehmen, um darauf hinzuweisen, dass die vorhandenen budgetären Mittel nicht ausreichen, um auch nur den Zustand der Straßen aufrecht zu erhalten. Es ist also mit einer weiteren Verschlechterung des Straßenzustandes zu rechnen. Wir würden fast die doppelte Menge der Budgetmittel benötigen, um einen halbwegs vernünftigen Straßenzustand herstellen zu können. Sollten im kommenden Budgetjahr nicht mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden, dann werden wir damit leben müssen, dass wir von einem Schlagloch in das andere fahren. Der Unterboden der meisten Straßen ist so schlecht, dass eine normale Oberflächensanierung nicht mehr zum Ziel führt. Es ist also eine Gesamtsanierung notwendig, so wie wir das z. B. auch im Bereich Leitnerberg machen müssen, wo es nicht nur um die Oberfläche geht, sondern wo der gesamte Aufbau gemacht werden muss. Ein Hinausschieben einer rechtzeitigen Sanierung zieht mit sich, dass es dann nicht mehr möglich ist, mit normalen Sanierungsschritten zu arbeiten, sondern dass ein genereller Neubau der Straßen notwendig ist. Das bedeutet mittel- und langfristig einen höheren Finanzaufwand, als wie wenn man rechtzeitig die Mittel bereitstellt. Ich erinnere, dass wir vor 10 Jahren bei einem Straßennetz von 170 km im Gemeindebesitz, höhere Budgetmittelansätze gehabt haben, jetzt haben wir aber über 200 km. Ich ersuche dringend, bei der kommenden Budgeterstellung diese Notwendigkeit zu berücksichtigen. Für diesen Antrag ersuche ich um ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Es gibt eine Wortmeldung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich würde den Referenten nur ersuchen, dass man bei der Gehsteigerneuerung und -sanierung Schrägen hinein macht, dass die Behinderten, bzw. die alten Leute mit den Gehwägeln die Möglichkeit haben, auch dort runter zu fahren. Das fehlt mir nämlich sehr und ich werde laufend darauf angesprochen. Gerade in den Kreuzungsbereichen ist das sehr schwierig, es ist auch wichtig für die Kinderwägen. Ich kann das nur vom Fachbeirat von den Behindertenangelegenheiten weitergeben, dass das Anliegen immer wieder an mich herangetragen wird.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Ich gebe ihnen vollkommen Recht und unterstütze das. Ich werde das auch gleich direkt an die Fachabteilung weitergeben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Eine langjährige und langwierige Angelegenheit, nämlich die Grundeinlöse mit der Bezirksbauernkammer im Bereich Tomitzstraße - Leopold Werndlstraße kommt nun zum Abschluss. Hier geht es um die Rechtsabbiegespur vom Tunnel kommend Richtung Garsten, die zwar bei der Parkplatzgestaltung bei der Bezirksbauernkammer schon berücksichtigt wurde, wir konnten uns jedoch bisher über den Preis nicht einigen. Wir haben einige Zeit gebraucht, bis wir einen Gutachter gefunden haben, der auch die Zustimmung der Bezirksbauernkammer gefunden hat. Das ursprüngliche Angebot war der Bezirksbauernkammer zu nieder, mit diesem Gutachten kommen wir auf einen noch niederen Preis, aber sie haben sich jetzt Gott sei Dank bereit erklärt, auf den einzugehen.

Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

18) BauStr-20/99 Abschluss einer Vereinbarung mit der Landwirtschaftskammer für Oberösterreich über eine Grundabtretung im Bereich Tomitzstraße zur Errichtung einer Rechtsabbiegespur in die Werndlstraße

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 8. April 2003 wird dem Abschluss einer Kaufvereinbarung mit der Landwirtschaftskammer für Oberösterreich zum Erwerb einer Fläche von rund 205 m² aus dem Grundstück 334/1, Grundbuch Steyr, zum Kaufpreis von EUR 232,55 je Quadratmeter zugestimmt. 80 % der geschätzten Grundeinlösen, d. s. EUR 38.138,20 sind binnen 14 Tagen nach letztgültiger Unterfertigung der abzuschließenden Vereinbarung an die Landwirtschaftskammer für Oberösterreich zur Überweisung zu bringen. Der Restbetrag ist nach Endvermessung zur Zahlung fällig. Zusätzlich zum Kaufpreis hat die Stadt die Grunderwerbsteuer und alle sonstigen mit dem Rechtsgeschäft verbundenen Nebenkosten zu tragen.

Zur Überweisung der Anzahlung sowie der Grunderwerbsteuer wird bei der VA-Stelle 5/612000/002590 (Gemeindestraßen - Straßenbau City-Point) ein Betrag von EUR 39.900,-- als Kreditüberschreitung bewilligt.

Die Bedeckung dieses Betrages hat durch Rückforderung entsprechend der Vereinbarung vom 30. 5. 2000 von der Liegenschaftsentwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Steyr GmbH zu erfolgen.

Ich ersuche um ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

Ich danke dem Berichterstatter und bitte den nächsten Berichterstatter, Herrn Ing. Dietmar Spanring um seine Berichte.

BE:STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates. In meinem ersten Antrag geht es um den aus dem Rechnungsabschluss 2002 hervorgehenden Mitgliedsbeitrag der Stadt Steyr an den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung.

Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

19) Fin-295/01 Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung, Rechnungsabschluss 2002; Mitgliedsbeitrag der Stadt Steyr

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des beiliegenden Rechnungsabschlusses des Reinhaltungsverbandes Steyr und Umgebung für das Jahr 2002 wird, beschlossen in der Mitgliederversammlung vom 11. März 2003, der Mitgliedsbeitrag der Stadt Steyr an den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung in der Höhe von € 2.444.703,22 (Betriebskostenanteil: € 1.469.551,27; Investitionskostenanteil: € 975.151,95) zur Kenntnis genommen und der Auszahlung eines Restbetrages in der Höhe von € 1.126.863,22 (€ 2.444.703,22 abzüglich Akontozahlung von € 1.317.840,--) zugestimmt (alle Beträge exkl. MWSt.).

Zu diesem Zweck wird bei VASt. 1/851000/754000 ein Betrag von € 1.126.863,22 (exkl. MWSt.)

freigegeben. (Beilage)

Ich ersuche um Freigabe dieses Betrages.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Im nächsten Antrag geht es um die Projektförderung 2003 für den Verein „Musik Festival Steyr“, die heuer 2 Stücke veranstalten, „The rocky horror show“ und das Musical „Evita“ im Stadttheater Steyr. Dieser Antrag wurde im Kulturausschuss in der Sitzung vom 10. April 2003 behandelt und es wird die entsprechende Empfehlung des Kulturausschusses an den Gemeinderat weitergeleitet.

Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

20) Fin-233/02 Verein „Musik Festival Steyr“ - Projektförderung 2003

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Kulturangelegenheiten vom 11. April 2003 wird dem Verein „Musik Festival Steyr“, vertreten durch den Obmann/Intendant Karl-Michael Ebner, 4212 Neumarkt, Rudersdorf 8/1, eine Projektförderung für das Jahr 2003 in der Höhe von

€ 36.500,- (EURO dreißigsechstausendfünfhundert) aus der VA-Stelle 1/300000/757000 zuerkannt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von € 18.200,- bei der VA-Stelle 1/300000/757000 freigegeben sowie eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von € 18.300,- bei derselben VA-Stelle bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Ich ersuche um Genehmigung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Herr Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Natürlich würde ich dem Verein „Musik Festival Steyr“ gerne die geplante Subvention zukommen lassen, nur wenn das Schule macht, dass jemand eine Verdopplung des geplanten Budgets, nur durch einen Besuch beim Herrn Bürgermeister erreicht, dann ist das eher etwas seltsam und sprengt natürlich den Rahmen, den sich der Kulturausschuss selbst gesetzt hat. Es kann doch nicht sein, im ersten Halbjahr bereits mit Kreditüberschreitung bei einer Subvention auf das Doppelte zu gehen. Was sagt man dann den anderen Kulturtreibenden bzw. passt das in das nebulöse Kulturkonzept hinein?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Frau Feller-Höllner bitte.

GEMEINDERÄTIN HELGA FELLER-HÖLLNER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, wertes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Ich werde mich bemühen, zu vorgerückter Stunde ganz kurz zu diesem Tagesordnungspunkt Stellung zu nehmen. Wir wissen alle, es war im Jahr 1995 als ein gewisser Herr Ebner, heute Intendant und künstlerischer Leiter des Musik Festivals, eine Idee hatte. Er ist für diese Idee gelaufen, er hat viel organisiert und er hat es erreicht, es gibt das Musik Festival heute nach 8 Jahren immer noch und es gibt es größer und besser denn je. In diesen 8 Jahren haben nicht weniger als 25.000 - und ich glaube, diese Zahl sollte man sich schon einmal überlegen - 25.000 Besucher, haben die diversen Veranstaltungen dieser Einrichtung besucht. Ich habe mich auch bei unserer Tourismuseinrichtung etwas schlau gemacht, es ist diese Veranstaltungsreihe, abgesehen von den Aktivitäten in der Vorweihnachtszeit, die größte, die wir in Steyr am kulturellen Gebiet haben, die auch etwas wie einen Kulturtourismus nach Steyr bringt. Ich glaube, das sind schon Argumente, die sehr

wohl für diese Unterstützung sprechen. Der Herr Stadtrat hat es angesprochen, wir haben im Kulturausschuss einstimmig dafür gestimmt, dass diese Kreditüberschreitung beschlossen werden soll, wir haben diese Empfehlung abgegeben und ich glaube, dass alleine diese Zahlen und Fakten der Besucherzahlen schon sehr viel für sich sprechen. Wir haben uns aber auch dahingehend geäußert, dass es nicht zu Lasten eines anderen Kulturkontos gehen darf und es freut mich heute im Namen des Kulturausschusses sehr, dass es tatsächlich auch dabei geblieben ist. Es gibt eben Dinge, die wir zu entscheiden haben, wo man in diesem Sinne einfach einmal großzügig in die Zukunft denken soll. Ich möchte noch ganz kurz eine Diskussion ansprechen, die in der letzten Zeit gelaufen ist; nämlich den Vorwurf, dass Herr Ebner zu wenig Künstlerinnen und Künstler aus der Stadt engagiert und in seine Projekte einbindet. Er hat - das ist nachprüfbar und das hat mir auch gestern noch der Herr Dr. Locicnik versichert - alle infrage kommenden Organisationen und Institutionen in Steyr kontaktiert, der Martin Fiala wird das bestätigen. Er hat mit den Chören Kontakt aufgenommen, aber er hat aufgrund der Ferienzeit und der zu geringen Personalressourcen überall Absagen erhalten, mit einer Ausnahme und die freut mich persönlich sehr, das ist die Jugendballettgruppe um die engagierte Frau Howecker, also auch auf diesem Wege sind beim Nachwuchs sehr wohl Steyrerinnen und Steyrer eingebunden. Unsere Fraktion wird diesem Antrag selbstverständlich die Zustimmung geben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall, daher bitte ich um das Schlusswort. Kein Schlusswort, daher gleich die Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? 7 - FPÖ. Dieser Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

In meinem nächsten Antrag geht es um das Gleichbehandlungsprogramm für den Magistrat Steyr samt städt. Betrieben und selbständigen Einrichtungen. Mit dem LGBl. Nr. 63/99 wurde das OÖ Gemeinde-Gleichbehandlungsgesetz geschaffen und seitens der Stadt Steyr gem. § 25 Abs. 6 OÖ G-GBG eine Geschäftsordnung für die Gleichbehandlungskommission der Stadt Steyr erlassen. Dieses Gleichbehandlungsprogramm wurde entsprechend abgehandelt und liegt nun zur Beschlussfassung vor.

Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

21) Präs-120/03 Gleichbehandlungsprogramm für den Magistrat der Stadt Steyr samt städt. Betrieben und selbständigen Einrichtungen

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für öffentliche Rechtsangelegenheiten und Verfassungsdienst vom 22. April 2003 wird das Gleichbehandlungsprogramm des Magistrates der Stadt Steyr in der Fassung vom 22. April 2003 beschlossen. (Beilage)

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Herr GR Apfelthaler bitte.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren. Wie wir am 23. März 2000 die Bestellung der Gleichbehandlungsbeauftragten hier beschlossen haben, war die Stimmung ähnlich. Im Prinzip hat es keinen besonders interessiert und es ist auch ein wenig untergegangen. Das ist auch der Grund, warum man letzten Endes fast 3 Jahre gebraucht hat, dass man dieses Programm hier entwickelt.

Diskussion verschiedener Mandatare

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Darf ich um die Aufmerksamkeit bitten, weil sonst schreie ich wie der Herr Dir. Lengauer.

Gelächter

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

In Wahrheit handelt es sich um ein äußerst wichtiges Programm, das ich ihnen nahe legen möchte, vor allen Dingen, weil es sich um Maßnahmen im Bereich der Aus- und Weiterbildung für Frauen handelt, Förderung des Wiedereinstiegs, zur Förderung der Vereinbarung von Beruf und Familie und

um Erhöhung der Frauenanteile in Kommissionen und Beiräten. Das kann ihnen doch nicht egal sein, meine Damen und Herren. Ich denke mir, das ist ein wichtiger Schritt, der hier getätigt wird, ein wichtiger Schritt auch für die Frauen hier im Magistrat.

Diskussion verschiedener Mandatare

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Darf ich bitte wieder auf mein Thema zurückkommen?

Ordnungsruf

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Einen Satz noch. Bislang hat das unsere geschätzte Kollegin Großalber gehabt und ich hoffe, dass sie es auch weiter betreut. Nur eines ist auch klar, dass das wahrscheinlich nicht mit ein paar abgezwickten Stunden aus der Dienstzeit gehen wird. Wir haben so viele Angestellte, Damen und Herren hier im Haus, dass es mit ein paar Stunden nicht getan sein wird, wenn wir das ernst nehmen, was wir hier festgeschrieben haben. Wahrscheinlich werden wir uns bei der nächsten Budgetverhandlung überlegen müssen, welches Leben wir diesen Statuten hier einhauchen und dann kann ja der oder die eine oder andere ausarbeiten, ob ihr denn die Gleichbehandlung im Magistrat - und wir sprechen ja hier im Magistrat - ein Anliegen ist. Sie signalisieren mir jetzt, dass es kein besonderes Anliegen ist, ich möchte es nicht gerne dabei belassen, aber ich warne sie, wahrscheinlich werden wir bei dieser Diskussion wieder intensiver über diese Sache reden. Nicht jetzt vielleicht, weil die Stimmung nicht danach ist, aber dann, wenn es um das Geld geht, dann werden sich die Geister scheiden müssen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Ich nehme an, dass da dazu eigentlich eine Frau hätte reden müssen.

Es ist eh eine wesentliche Änderung, das muss man ganz klar sagen, es ist auch ein eindeutiger Auftrag an das Magistrat der Stadt Steyr, dass dieses Thema behandelt wird.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Und berücksichtigt wird!

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Bei meinem letzten Antrag geht es um die Mitarbeitervorsorge-Kasse, um Erteilung einer Vollmacht an das Land OÖ für das vom Land durchzuführende Vergabeverfahren.

Seitens des Landes OÖ ist beabsichtigt, sowohl für die Vertragsbediensteten des Landes OÖ als auch für die Vertragsbediensteten der OÖ Gemeinden und Gemeindeverbände und in folge auch für die Vertragsbediensteten der Statutarstädte Linz, Wels und Steyr, die „Abfertigung-Neu“ mit Wirkung vom 1. Juli 2003 in Form einer Mitarbeitervorsorgekasse einzuführen.

Um dieses dem Land zu ermöglichen, ist eine Vollmacht notwendig und ich ersuche den hohen Gemeinderat, dieser Vollmacht an das Land OÖ für das vom Land durchzuführende Vergabeverfahren zuzustimmen.

Es ergeht der Antrag des Personalbeirates an den Gemeinderat.

22) Präs-308/03 Mitarbeitervorsorge-Kasse - Erteilung einer Vollmacht an das Land OÖ für das vom Land durchzuführende Vergabeverfahren

Der Gemeinderat möge beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Personalverwaltung vom 28. April 2003 wird der Erteilung der beiliegenden Vollmacht an das Land Oberösterreich, betreffend die Vergabe der Dienstleistung „Vertrag mit der Mitarbeitervorsorge-Kasse für die Vertragsbediensteten der Stadt Steyr“, zugestimmt. (Beilage)

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag?
Stimmhaltungen? Einstimmige Annahme.
Ich danke dem Berichterstatter.

Wir kommen nun zur Resolution, zum Dringlichkeitsantrag. Es gibt in der Zwischenzeit einen
Abänderungsantrag der SPÖ und der GAL-Fraktion zu diesem Thema.

Abänderungsantrag

zum Dringlichkeitsantrag der SP- und GAL-Fraktion
gem. § 9 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr

Der Gemeinderat möge beschließen:

RESOLUTION

Dem Bundeskanzler Hr. Dr. Wolfgang Schüssel (Herr Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer
abschriftlich zur Kenntnis mit dem Ersuchen um Unterstützung).

Die geplante Pensionsreform der Bundesregierung wird den Gemeinden hohe Kosten verursachen!

Die Pensionsreform stößt aus vielerlei Gründen auf breite Ablehnung. Für uns als
verantwortungsvolle Kommune ist es von besonderem Interesse, mit welchen Mehrbelastungen wir in
Zukunft durch die Pensionsreform zu rechnen haben, da die Bundesregierung mit der Pensionsreform
weitere hohe Kosten auf die Stadt Steyr und das Land Oberösterreich abwälzt. Daher muss sofort der
Konsultationsmechanismus in Gang gesetzt werden.

In Oberösterreichs Alten- und Pflegeheimen leben ca. 11.400 Personen. Zur Bezahlung des
Heimentgeltes sind vorrangig das Einkommen und Vermögen des/der HeimbewohnerIn
heranzuziehen, 20 % der Pension und die Sonderzahlungen (Urlaubs- und Weihnachtsremuneration)
so wie ein Vermögen bis 7.300,- EUR werden nicht berücksichtigt, verbleiben also dem/der
HeimbewohnerIn. Vom Pflegegeld müssen 10 % der Stufe 3 dem/der BewohnerIn als Taschengeld
verbleiben. Reichen das anrechenbare Einkommen und Vermögen zur Bezahlung nicht aus, wird
Sozialhilfe gewährt. Wenn nun die Pensionen gekürzt werden, können die HeimbewohnerInnen
entsprechend weniger zu den tatsächlichen Kosten ihrer Betreuung beitragen. Einspringen müssen
Land und Gemeinden und die Stadt Steyr.

Wenn etwa durch die drastischen Pensionskürzungen rund 20 % der zu erwartenden Pensionshöhe
wegfallen, müssten Land und Gemeinde sogar einer/m ASVG-HöchstpensionsbezieherIn (nach
derzeitigem Recht etwa 1.670,- EUR monatlich!) bereits mehr als 4.000 EUR jährlich zuschießen.

Durch die Pensionskürzungen werden auf der anderen Seite viele zusätzliche PensionsbezieherInnen
unter den Ausgleichszulagenrichtsatz fallen. Bei diesen Personen füllt der Bund zwar die Pension bis
zum Ausgleichszulagenrichtsatz auf, den Rest müssen aber doch Länder und Gemeinden bezahlen.
Und dazu noch jene Vergünstigungen, die dieser Personengruppe in Oberösterreich zustehen (etwa
Heizkostenzuschüsse und andere Vergünstigungen).

In Summe ergibt das eine Neubelastung des Landes Oberösterreich und der Gemeinden, die unserer
Schätzung nach mehrere Millionen EUR jährlich ausmachen.

Die Mitglieder des Gemeinderates der Stadt Steyr stellen in Verantwortung für alle Bürgerinnen und
Bürger der Stadt Steyr den Antrag an Sie, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, den im Juni geplanten
Beschluss der Pensionsreform zu stoppen und im Interesse der Sicherung der Landes- und
Gemeindefinanzen der Aufforderung nachzukommen, Verhandlungen nach dem
Konsultationsmechanismus bzw. nach den einschlägigen Bestimmungen des
Finanzausgleichsgesetzes unter Beiziehung der Gebietskörperschaften und Sozialpartner
aufzunehmen.

Gibt es dazu eine Wortmeldung, SPÖ?

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Nein!

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
ÖVP?

GEMEINDERÄTIN MARIA KOPPENSTEINER:

Nur eine Verständnisfrage, der erste Satz, ich habe ihn in der ersten Resolution nicht verstanden und verstehe ihn auch in der neuen nicht.

Dem ersten Satz, dem fehlt ein Zeitwort.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ja, da fehlt ein Wort. Vollkommen richtig.

Diskussion verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Der Bundeskanzler wird ersucht: Jawohl, das wird eingefügt.

So, sind wir grammatikalisch jetzt soweit in Ordnung?

Gibt es eine Wortmeldung der FPÖ?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Nein!

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Der Grünen?

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Nein!

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Liberaler Forum ist nicht mehr da.

Wir stimmen über diesen Abänderungsantrag ab. Wer für diesen Abänderungsantrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ, FPÖ, GAL. Wer ist dagegen? 5 - ÖVP.

Stimmenthaltungen? Keine. Damit ist dieser Abänderungsantrag mit Mehrheit angenommen.

Wir sind damit am Ende unserer Tagesordnung. Wir kommen nun zur „Aktuellen Stunde“.

Gibt es eine Wortmeldung der SPÖ?

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Nein!

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

FPÖ?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Ich spreche hier als Verkehrsreferent, ich werde nicht um eine Verflüssigung des Verkehrs sprechen, ich werde auch nicht über eine neue Anbindung, eine bessere Verkehrssituation sprechen, ich werde ausschließlich über die Sicherheit der Steyrer Bürger sprechen.

Wir haben am 4. November 2000 die Nordspange feierlich eröffnet. Alle waren wir dabei, schön ist es gewesen. Es war zwar leider in Dietach, wäre schön gewesen, wenn es in Steyr gewesen wäre, aber alle waren da, alle haben sich hier gerühmt. Um was es mir jetzt geht: Es war schon 1995 klar bzw. gab es schon vonseiten der Bevölkerung und auch der Fachleute Hinweise, dass dieser geplante T-Knoten an der Einmündung der Nordspange in die B 309 extrem unfallgefährdet sein wird. Diese Bedenken wurden seitens des Landes weggewischt und dieser T-Knoten wurde so gebaut. Wir haben wenige Wochen nach der Eröffnung im Verkehrsausschuss eine Debatte gehabt und hier auch einstimmig an den Gemeinderat eine Empfehlung für eine Resolution abgegeben. Diese Empfehlung wurde im März 2001, also bereits wenige Wochen nach Inbetriebnahme, an das Land Oberösterreich, an den zuständigen Baulandesrat, LH-Stellvertreter Hiesl gegeben. Die Ergebnisse bzw. die Antworten waren ernüchternd. Zuerst wurde gesagt, es ist absolut nicht notwendig, hier diesen T-Knoten in einen Kreisverkehr umzubauen, die Steyrer können nicht Autofahren, dieser T-Knoten ist

nach den modernsten Richtlinien gebaut worden. Dann haben wir nicht locker gelassen, es ist dann noch einmal ein Schreiben an den LH-Stvtr. Hiesl gegangen, gleichzeitig in Kopie an den Verkehrslandesrat, LH-Stvtr. Erich Haider und der hat dann auch eine Verkehrsunfallanalyse an dieser Stelle veranlasst. Es hat sich herausgestellt, dass diese Stelle, nach der Analyse des Landes, zu den hauptgefährdetsten Kreuzungen in Oberösterreich zu zählen ist. Wir sind nicht sehr stolz darauf, aber es ist so. Also hier haben wir eindeutig eine neue extreme Unfallstelle gemacht. In dieser Analyse geht es eindeutig darum, dass diese Verkehrsbeziehung geradeaus von der Stadt kommend in Richtung Enns in Konfliktsituation mit dem Linksabbiegenden von der Brücke, von der B 309 Brücke kommend in Richtung Stadt ist. Hier gibt es Konfliktpotentiale, weil der Autofahrer hier überfordert ist, ...

Diskussion verschiedener Mandatare

Ordnungsruf

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Kollegen und Kolleginnen, ich möchte sie wirklich nicht langweilen. Ich habe das heute schon einmal gesagt, aber das ist ein wichtiges Thema, wir haben letzte Woche dort den fünfzigsten Unfall „gefeiert“. Beim einundfünfzigsten waren dann 4 Schwerstverletzte.

Diskussion verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Moment, nur an dieser Kreuzung, nur diese eine Linksabbiegebeziehung, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen. Der mittlerweile einundfünfzigste hat letzte Woche 4 Steyrer schwerst verletzt. Ich war vorgestern mit den Beamten der Bundespolizei dort und die Leute vom Verkehrsunfallkommando haben vor Zorn und Wut fast geheult. Sie schreiben Bericht um Bericht und es passiert nichts. Ich habe hier sehr viele Schreiben von allen zuständigen Beamten des Landes, dass alles bestens geplant und verschoben wird, aber es passiert nichts. Der letzte Stand ist, dass im Rahmen der Erweiterung der B 309 auch diese Kreuzung vielleicht - wenn die Widmung, die Verkehrsbelastung vonseiten der Stadt Steyr dazu passt - dann doch in einen Kreisverkehr umgebaut wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Bürgermeister, wir können nicht warten. Wir sind so weit, dass wir dort entweder eine Baustellenampel aufstellen oder der Wirtschaftshof der Stadt Steyr nimmt am Samstag Nachmittag die zwei Grüninseln bzw. Auftrittflächen weg und macht dort aus diesen provisorischen - ich weiß jetzt nicht wie das heißt - diese provisorischen Randleistenständer, die 60 cm hoch sind, einen Kreisverkehr. Einen provisorischen Kreisverkehr, dann habe ich nur mehr einen Blick nach rechts zu werfen, wenn ich hier einbiege. Entschuldigung, natürlich einen Blick nach links, wenn ich hier einbiege und ich habe eine Verkehrsbeziehung und nicht extrem gefährliche Verkehrsbeziehungen. Hier liegt es - nachdem es sich um eine Bundesstraße handelt - am Bürgermeister. Ich appelliere dringend, wirklich mit all seiner Macht und Autorität nächste Woche das entweder selbst zu veranlassen, dass wir das dürfen, das auf der Bundesstraße wegzureißen oder das Land zu veranlassen, dass sie das machen. Es ist Gefahr in Verzug und im letzten Unfallbericht vom Verkehrsunfallkommando - wo die 4 schwerstverletzten Steyrer Bürger waren - steht drinnen, jetzt erwarten wir an dieser Kreuzung den ersten Toten. Ich ersuche, dass es nicht so weit kommt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke, ich gebe dir vollkommen Recht, das ist eine Katastrophenkreuzung ersten Ranges und es sind auch bereits Verbesserungen durchgeführt worden, die eigentlich nichts bringen. Ich habe nicht nur einmal beim Landeshauptmannstellvertreter Hiesl diese Kreuzung moniert und gefordert, dass dort Verbesserungen gemacht werden. Ich habe diese Woche vom Baudirektor eine Skizze bekommen, eigentlich schon eine Verkehrsplanung für den Kreisverkehr in diesem Bereich, aber ein Umbau - hat er mir gesagt - ist halt vor Herbst diesen Jahres nicht möglich. Ich werde deine Anregung trotzdem aufnehmen und ich werde diese Kreuzung noch einmal so reklamieren, dass ein Umbau schneller passiert, weil es ja wirklich nicht sein kann, dass man darauf warten muss, dass einer stirbt, weil die Landesbaudirektion eigentlich einen Pfuscher gemacht hat. Das muss man ganz klar so sagen.

Gibt es eine Wortmeldung von der ÖVP?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Da stehen wir alle dahinter!

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Grüne?

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Mehr als eine Bestätigung. Ich gebe dem Kollegen Pfeil und auch dem Bürgermeister völlig Recht. Das ist wirklich ein Endlosthema bei uns und ich denke mir auch, dass die Zeit gekommen ist, etwas zu machen. Die Grünen haben bei den Budgetverhandlungen mit dem Bürgermeister damals den Vorschlag eingebracht, ob nicht die Stadt Steyr eine Vorfinanzierung übernehmen könnte, wenn es so sicher ist, dass das Land damit anfängt. Jetzt gibt es scheinbar die Zusicherung, zumindest diverse Aussagen, dass es beim Baubeginn der B 309 gemacht wird, aber so richtig trauen tu ich dem ehrlich gesagt nicht, ob das dann tatsächlich auch kommt. Diese Kreuzung ist auf unserem Stadtgebiet, wir können uns natürlich zurückziehen und sagen, okay das ist die Angelegenheit des Bundes oder des Landes, aber ich denke mir, so leicht können wir uns das nicht machen. Vielleicht ist die Zeit tatsächlich gekommen, dass die Stadt die Initiative ergreift, nicht nur eine provisorische Lösung zu machen, wo dann bei Unfällen die rechtlichen Fragen vielleicht auch nicht abschätzbar sind, wenn wir ein Provisorium aufstellen. Ich denke mir, dieser Kreisverkehr gehört einfach gemacht und das Geld müssen wir unter Umständen halt auch in die Hand nehmen und die Vorfinanzierung übernehmen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Da geht es jetzt nicht um das Geld, die Planungen werden jetzt gerade gemacht und die Ausschreibungen müssen erst stattfinden, darum ist ein früherer Baubeginn wie September nicht realistisch.

Diskussion verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Die Verkehrsinseln wegreißen, einen provisorischen Kreisverkehr wie eine Baustelle, oder morgen zwei Baustellenampeln hingeben, das könnten wir machen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es zur „Aktuellen Stunde“ noch eine Wortmeldung?

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
Ja, was machen wir denn jetzt?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich habe eh gesagt, ich werde am Montag noch einmal ein Gespräch zu diesem Thema mit dem Herrn Hiesl führen und ihm vorschlagen, dass wir dort unbedingt Sofortmaßnahmen haben möchten. Vielleicht fahren wir einmal gemeinsam zum Hiesl und machen das.
Zur „Aktuellen Stunde“, gibt es von der ÖVP ein Thema?

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Nein!

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Grüne? Auch nicht, dann sind wir am Ende unserer Sitzung.
In den Beschlüssen haben wir heute 14.000,-- Euro beschlossen und bei den Verhandlungsgegenständen 7.230.000,-- Euro, in Summe also 7.244.000,-- Euro.

Ich danke für ihre Aufmerksamkeit, die Sitzung ist geschlossen.

ENDE DER SITZUNG: 20.10 UHR

DER VORSITZENDE: Bürgermeister Ing. David Forstenlechner

DIE PROTOKOLLFÜHRER: OAR Anton Obrist, Gabriele Obermair

DIE PROTOKOLLPRÜFER: GR Roswitha Großalber, GR Stefan Fröhlich